



Jahrg. 3 Nr. 35/6. Nov. 73

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

50 Pf.

Arbeiterkampf

Nahost: WEDER KRIEG NOCH FRIEDEN

Nach fast dreiwöchigen Kämpfen ist in der letzten Oktober-Woche im Nahen Osten ein neuer Waffenstillstand zustande gekommen. An der syrischen Front ist es Israel gelungen, die Waffenstillstands-Linien (von 1967) noch weiter zu seinen Gunsten zu verschieben. Am Suez-Kanal ist die Lage komplizierter: Im Nordabschnitt stehen ägyptische Truppen weiterhin auf dem Ostufer des Kanals und einige Kilometer in die Sinai-Halbinsel hinein – in der Mitte und im Südschnitt des Kanals haben israelische Truppen einen Brückenkopf zwischen Ismailia und Suez gewonnen und ägyptische Truppen am Ostufer sowie in der Gegend von Suez eingeschlossen. Wichtige Gelände-Gewinne erreichte Israel noch am 23. und 24. Oktober – unter Bruch des am 22. Oktober vereinbarten ersten Waffenstillstands: So vor allem der israelische Vormarsch westlich des Suez-Kanals und damit die vollständige Einschließung von etwa 20 000 Mann der ägyptischen 3. Armee am Ostufer des Kanals und im Raum von Suez. Die so erreichte Waffenstillstands-Linie am Kanal ist offenbar viel instabiler als die Linie vor dem Krieg, die entlang des Kanals verlief. Ein „Einfrieren“ der neuen Front auf längere Zeit – wie es mit der alten Waffenstillstands-Linie von 1967 geschah – ist daher wenig wahrscheinlich, d.h. es dürfte entweder rasch Vereinbarungen geben – zumindest über eine neue Waffenstillstands-Linie, wodurch u.a. das Schicksal der eingeschlossenen ägyptischen Truppen geklärt wird – oder neue Kämpfe.

„Friedens-Pläne“

Nach Inkrafttreten des Waffenstillstands ist wieder Konjunktur für verschiedene „Friedens-Pläne“. Offiziell fordern die arabischen Regierungen den Rückzug Israels aus allen mit 1967 besetzten Gebieten. Diese Forderung stimmt auch überein mit der UN-Resolution 242 vom November 1967. In dieser Resolution wird betont, „daß es nicht angeht, Territorium durch Krieg zu erobern“, und wird der Rückzug israelischer Streitkräfte aus den Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt worden sind“, gefordert. Die Resolution 242 fordert außerdem „eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems“ (Palästinenser) und die „Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit jeglichen Gebiets, die während des jüngsten Konflikts besetzt worden sind“, gefordert. Die Resolution 242 fordert außerdem „eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems“ (Palästinenser) und die „Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit jeglichen Gebiets, die während des jüngsten Konflikts besetzt worden sind“, gefordert. Die Resolution 242 fordert außerdem „eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems“ (Palästinenser) und die „Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit jeglichen Gebiets, die während des jüngsten Konflikts besetzt worden sind“, gefordert.



eine Lösung der nationalen Staat der Region“ (d.h. einschließlich Israel). Die Resolution 181 ist also

Frage des palästinensischen Volkes nicht zu bzw. macht es zu einem reinen „Flüchtlingsproblem“.

Israel hat die Resolution 242 nie anerkannt bzw. interpretiert den Inhalt dieser Resolution völlig absurd. Unter spitzfindiger Ausnutzung von Übersetzungs-Unterschieden behaupten die Zionisten, die Resolution 242 fordere nicht den Rückzug Israels „aus den besetzten Gebieten“, sondern nur „aus besetzten Gebieten“ – also nicht aus allen, sondern nur aus einigen. Eine solche Auslegung ist offenbar absurd. Selbst wenn Israel nur irgendwo zwei oder drei Meter der besetzten Gebiete „zurückgeben“ würde, hätte es dann schon formal einen „Rückzug aus besetzten Gebieten“ durchgeführt. Daß dies nicht gemeint ist, geht aus dem Text der Resolution hervor, nämlich „daß es nicht angeht, Territorium durch Krieg zu erobern“.

Festzuhalten bleibt, daß Israel die UN-Resolution 242 nicht anerkennt. Auf diese Resolution bezieht sich jedoch erneut die vom UN-Sicherheitsrat angenommene sowjetisch-amerikanische Resolution über einen Waffenstillstand vom 22. Oktober 73, nämlich: „...fordert die betreffenden Parteien auf, die Resolution 242 (1967) in allen ihren Teilen sofort nach der Feuereinstellung zu verwirklichen.“

Israels „Mindest-Forderung“

Golda Meir hat nach ihrer Reise in die USA Anfang November erneut gesagt, daß die israelische Regierung nicht zu einem Rückzug aus allen besetzten Gebieten, sondern nur zu Verhandlungen über „Grenzkorrekturen“ bereit ist. **Forts. Seite 18**



Thailand:

Massenkampf verjagt Militär Diktatoren

Massendemonstrationen, Straßenschlachten und z.T. bewaffnete Kämpfe in Thailands Hauptstadt Bangkok zwangen im Oktober einige besonders verhasste Führer der Militär-Junta, das Land fluchtartig zu verlassen. Präsident Thanom Kittikatschorn zog sich in die USA zurück. Es wurde eine neue Regierung gebildet, der jedoch wiederum Militärs angehören.

Mehrere Hunderttausend Menschen – zwischen 200 000 und 400 000 – hatten zuvor in Bangkok demonstriert. Die Führung der Massende-

monstrationen wurde von der Führung der Massendemonstrationen übernommen. Die Führung der Massendemonstrationen scheint bei der kleinbürgerlichen Intelligenz (Studenten, Professoren, Lehrer, Schüler u.a.) und bei den buddhistischen Mönchen gelegen zu haben. Ihre Forderungen: Absetzung der seit 1971 auch offiziell herrschenden Militär-Clique (das Land war schon vorher von den Militärs beherrscht worden; 1971 wurde auch formal die Verfassung von den Militärs außer Kraft gesetzt). Wiederherstellung einer demokratischen Verfassung und Durchführung freier Wahlen. Außerdem richteten sich die Massen-Demonstrationen gegen Korruption, Mißwirtschaft, gegen den zunehmenden Einfluß japanischer Konzerne in Thailand und gegen die Abhängigkeit des Landes vom US-Imperialismus. (Thailand ist der wichtigste und stärkste Stützpunkt der USA in Südostasien.)

Beim Versuch von Polizei und Militär, die Demonstrationen zu unterdrücken, hat es mehrere hundert Tote gegeben – einige Berichte sprechen von mehr als 1000. Offenbar waren die Demonstranten zum Teil auch bewaffnet; außerdem haben nach verschiedenen Berichten Teile des Militärs mit ihren Forderungen sympathisiert.

Zunächst hat der Massenkampf nur erreicht, daß einige besonders verhasste Militärs durch weniger belastete Figuren abgelöst wurden, so wie einen Sack voll Versprechungen (freie Wahlen etc.) gemacht wurden. Die Ziele der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Führer der Aktionen scheinen auch nur sehr begrenzt gewesen zu sein: in diesem Sinn ist ihr Appell zur Einstellung der Aktionen (nach der Flucht von Kittikatschorn & Co. und der Bildung einer neuen Regierung) und ihre Distanzierung von „separaten“ und „extremistischen“ Gruppen, die den Kampf fortsetzen wollten, offenbar zu verstehen.

Seit etwa 1965 gibt es in Thailand, vor allem in den nördlichen Provinzen, bewaffnete Formationen des Volkes in den ländlichen Gebieten. Wir drucken hier ein Interview der schwedischen Zeitung „Gnistan“ nach, das diese noch vor den jüngsten Massendemonstrationen mit einem Vertreter der Thailändischen Nationalen Befreiungsbewegung führte und das die Situation in Thailand etwas verdeutlichen kann. **Forts. Seite 18**

Zur Situation des Widerstandes in Chile:

Langdauernder revolutionärer Krieg

Ein genaueres Bild über den Widerstand des chilenischen Volkes gegen die Militärjunta zu erhalten, ist gegenwärtig ebenso schwierig, wie das ganze Ausmaß des faschistischen Terrors zu erkennen. Die konkreten Informationen, die uns bislang über den Widerstand vorliegen, haben wir weitgehend aus ausländischen linken Zeitungen bekommen.

Die zweiwöchentlich erscheinende französische Zeitung „Révolution“ einer gleichnamigen kommunistischen Organisation berichtete in ihrer Ausgabe vom 6. Oktober, daß es den bewaffneten Widerstandskräften des chilenischen Volkes gelungen sei, rund 2.000 Soldaten der Militärjunta zu töten. Ein gleiches Ziel wurde von der linken italienischen Tageszeitung „Lotta Continua“ schon am 19. September genannt. „Lotta Continua“ berief sich dabei auf die Aussage eines Beauftragten der Militärjunta, der die chilenische Fußballmannschaft nach Argentinien begleitet hatte. Offensichtlich ist der bewaffnete

Widerstand gleich nach dem Putsch ziemlich breit und heftig aufgeflammt, wenn auch mit weit unterlegener und unzureichender Bewaffnung. Dafür gibt es eine Reihe von Hinweisen, die wir aber im einzelnen von hier aus natürlich kaum beurteilen können.

Einige Meldungen haben sich allerdings als zu euphorisch herausgestellt, wie etwa die auch vom lateinamerikanischen Studentenverband AELA in Hamburg verbreitete und von einigen Gruppen (wie der Hamburger SSG, eine KBW-Filiale) aufgegriffene „Nachricht“, wonach „80.000 bewaffnete Arbeiter auf Santiago de Chile zumarschieren“ (Flugblatt der SSG/KG vom 12.9.)

mit dem General Prats, der in der Allende-Regierung stellvertretender Minister war, an der Spitze. Prats ist, wie wir schon in der vorletzten Ausgabe des AK schrieben, nach Argentinien ausgewandert, nachdem er zuvor noch erklärt hatte, daß er nicht die Absicht habe, die Militärjunta zu stürzen. Aber auch ohne „Prats an der Spitze“ ist die Meldung von den „80.000 bewaffneten Arbeitern“ (waren die chilenischen Arbeiter unter der Allende-Regierung etwa doch militärisch so gut ausgerüstet worden, daß schon innerhalb des ersten Putschtages mindestens 80.000 von ihnen unter Waffen marschieren?) das Mögliche der SSG doch mal erklären! Die „auf Santiago de Chile zumarschieren“, wohl mehr ein mit gewissen rosaroten Trübsinn zusammenhängender Wunschgedanke gewesen. Man sollte erst überlegen und dann schreiben. **Forts. Seite 20**

Doppelte Buchführung:

Rüstungsausgaben der BRD

Die Kapitalisten und ihr Staat lassen nichts unversucht, um der Arbeiterklasse Sand in die Augen zu streuen, wenn es um die Steuergelder für Bundeswehr, Rüstung und langfristige Kriegsvorbereitung geht.

So werden erhebliche Teile der Rüstungskosten in anderen Ecken des Bundeshaushaltes untergebracht, um niedrigere Militärausgaben vor-

zutauschen. Dementsprechend veröffentlichte die Bundesregierung für den „Verteidigungshaushalt“ (Einzelplan 14) 1972 Ausgaben von 24.219,0 Mio. Mark und für 1973 von 26.552,80 Mio. Mark.

Gegenüber Presse, Funk und Fernsehen werden von der Regierung selbst noch weitere Posten hinzugerechnet, die sich an anderen Stellen befinden. **Forts. Seite 27**

Zur 'Reverse'-Politik der Gewerkschaftsführer

MAK Kiel: Ausschlussverfahren gegen eine Vertrauensfrau

Mitte Juli hat die Kieler Ortsverwaltung der IGM beschlossen, gegen eine Kollegin der MAK, die Mitglied der Leitung des Vertrauensleutekörpers (VLK) ist, ein Ausschlussverfahren nach § 30 der Satzung durchzuführen. Das Verfahren geht auf einen Antrag Carl Births zurück, der freigestellter Betriebsrat und in der Leitung des VLK auf der MAK sowie Mitglied der Kieler Ortsverwaltung (IG-Metall) ist.

Birth wirft der Kollegin „gewerkschaftsfeindliches Verhalten“ und die Zusammenarbeit mit unserem kommunistischen Bund – also einer nach IGM-Betriebsratsbeschluss „gegnertischen Organisation“ – vor. Die Ortsverwaltung dagegen weiß es noch genauer: Ihr ist „die Mitgliedschaft der Kollegin im KB bekannt“, schreibt sie lakonisch und ohne nähere Begründung. Deshalb schickt sie der Kollegin auch gleich ein **Revers** mit, durch das sie per Unterschrift „verbindlich erklären“ soll, dem KB „nicht mehr (!) anzugehören und für ihn nicht mehr (!) tätig zu sein“.

Inzwischen hat die Ortsverwaltung auch alles weitere für ein Ausschlussverfahren aus der Gewerkschaft vorbereitet: Die Einwilligung des Hauptvorstandes der IGM liegt vor, ein Termin für die Verhandlung steht fest; das Zusammenspiel zwischen betrieblichem BR-Fürsten, der Ortsverwaltung und dem Hauptvorstand klappt tadellos – der Ausschluss steht unmittelbar bevor.

Bereits vorher hat die sozialdemokratische Ortsverwaltung (OV) mehrere Gewerkschafter, die in den Kieler Betrieben von ihren Kollegen gewählt worden sind, nachträglich einfach nicht bestätigt: So fünf Vertrauensleute bei HDW zwei in den OJA (Orts-Jugend-ausschuss der IGM) gewählte Jugendliche und auch eine weitere Vertrauensfrau bei MAK. In mehreren Fällen sind auch hier Reverse mit ähnlichem Inhalt wie oben an

die Kollegen verschickt worden.

Im Falle der beiden OJA-Mitglieder und der MAK-Vertrauensfrau „beschränkt“ sich die OV darauf, sie durch Annullierung demokratischer Wahlen aus gewerkschaftlichen Funktionen herauszudrängen und ihnen „Feststellungsverfahren“ anzudrohen, um sie auf diese Weise zu disziplinieren. In anderen Fällen – so z.B. den Howaldt-Vertrauensleuten – sind „Feststellungsverfahren“ gegen die Kollegen eingeleitet worden. Sollten sich dabei „Hinweise“ auf Mitglied- oder Sympathisantenschaft zu kommunistischen Organisationen „ergeben“, droht ihnen der Ausschluss. (Vor einem Feststellungsverfahren schützt übrigens auch ein bereits unterschriebenes Revers nicht!)

Im jüngsten Angriff gegen die MAK-Vertrauensfrau sparen sich die Rechten allerdings selbst diese „Möhe“. Hier ist die Mitgliedschaft im KB „bekannt“, und der Ausschluss soll offenbar **direkt** und auf jeden Fall durchgepeitscht werden.

Rechter Kurs Kieler Gewerkschaftsführer

Die forcierte betriebliche Ausschluss- und Reversepolitik der Kieler OV bildet den vorläufigen Höhepunkt einer rechten Disziplinierungs- und Säuberungspolitik größten Umfangs.

Vorausgegangen ist u.a. die systematische Zerschlagung der gewerkschaftlichen Betriebsjugendgruppen mehrerer Betriebe, darunter MAK und HDW. Grund: „Kommunistische Unterwanderung“. Während bei HDW seitdem überhaupt keine Jugendgruppe mehr existiert, wurde von den rechten Sozialdemokraten bei MAK gleich eine neue, „saubere“ Gruppe gebildet, die völlig unter der politischen und personellen Kontrolle der Gewerkschaftsführer steht. (Von daher ist auch das dieser

Gruppe eingeräumte „Recht“ zu verstehen, ihren Vorsitzenden automatisch und als vollwertiges Mitglied (!) in die VLK-Leitung zu delegieren; faktisch ist das eine beidseitige Unterlaufung der Vertrauensleuteverfahren!)

Im Zusammenhang mit der Auflösung dieser Gruppen ist die OV-Bande nicht einmal davor zurückgeschreckt, die Dienste des hiesigen **Polizei- und Justizapparates** in Anspruch zu nehmen: Als die Kollegen der Jugendgruppen sich trotz Verbotes im gewerkschaftlichen „Leuchner-Heim“ versammelten, um mit den anwesenden OVlern die Sache zu besprechen, riefen diese flugs eine halbe Hundertschaft Bullen und ließen das Haus „raumen“.

Doch es kam noch besser: Vor wenigen Wochen wurde ein „Räufelstreich“ (der auch das Flugblatt unterschrieben hatte, das zur Diskussion im Heim aufrief) von den Gewerkschaftsführern vor Gericht gestellt und wegen „Hausfriedensbruch“ zu 70 DM Geldstrafe oder drei Tagen Haft verurteilt! Der Kollege ist zudem „sämtlicher gewerkschaftlicher Funktionen entbunden“ und von den HDW-Kapitalisten nach seiner Lehre nicht wieder eingestellt worden. – Präziser kann das Zusammenspiel zwischen Gewerkschaftsführung, Kapitalisten und Staatsapparat kaum abrollen!

Dieses Zusammenspiel hat allerdings noch andere Blüten getrieben: z.B. die sich in Kiel häufenden politischen Entlassungen.

Wir erinnern an die bereits im ARBEITERKAMPF 28 enthaltene eindeutig politisch motivierte Entlassungen bei HDW und Hagenuk. Auch bei MAK sind Jugendvertreter nach ihrer Ausbildung und ein Kollege entlassen worden, der sowohl in seiner Abteilung als auch auf der letzten Betriebsversammlung durch „unangenehme Aktivitäten“ aufgefallen ist. In allen Fällen konnte das politische Motiv der Entlassungen nur sehr unzureichend kaschiert werden: „Keine ausreichende Arbeitsleistung“ (obwohl am selben Tag in der Zeitung für dieselbe Arbeit gearbeitet wird) oder „zu hohe Ausfallzeiten“ – diese Vorwände der Kapitalisten sind bekannt.

Weniger bekannt sind oft die schmutzigen Handlangerdienste der Gewerkschaftsführer (die in fast allen Fällen personell identisch sind mit den rechten BR-Fürsten): Nicht nur bereitwillige Zustimmung zu politischen Entlassungen, sondern auch aktive Vorbereitungsarbeit dabei gehören zum Repertoire dieser Herren (z.B. Aufstellen „schwarzer Listen“ bei Hagenuk u.ä.). In wenigen Fällen, wo die Kollegen Widerstand leisteten, wurde die Entlassung schließlich per **Arbeitsgericht** besiegelt.

Die genannten Beispiele für den zunehmend offensiveren und härteren Kurs der rechten Kieler Gewerkschaftsführer sind allerdings nur die Spitze eines Eisberges. Vor allem auch in den betrieblichen Gewerkschaftsgremien wird zunehmend häufiger mit antikomunistischen Dreck geschleudert. Die Kontrollen sozialdemokratischen Schaffens der Funktionäre in Kiel sollen hier nur zeigen, worin die gegenwärtige Ausschluss- und Reversepolitik einzuordnen ist und wie die Kieler Gewerkschaftsführer den **offiziellen** offensiveren antikomunistischen Kurs der Führung im nationalen Maßstab linientreu regional umsetzt.

Die genannten Beispiele für den zunehmend offensiveren und härteren Kurs der rechten Kieler Gewerkschaftsführer sind allerdings nur die Spitze eines Eisberges. Vor allem auch in den betrieblichen Gewerkschaftsgremien wird zunehmend häufiger mit antikomunistischen Dreck geschleudert. Die Kontrollen sozialdemokratischen Schaffens der Funktionäre in Kiel sollen hier nur zeigen, worin die gegenwärtige Ausschluss- und Reversepolitik einzuordnen ist und wie die Kieler Gewerkschaftsführer den **offiziellen** offensiveren antikomunistischen Kurs der Führung im nationalen Maßstab linientreu regional umsetzt.

Was steckt hinter dem Ausschlussversuch?

Die betroffene MAK-Vertrauensfrau hat sofort die beiden Schreiben der OV, das mitgelieferte Revers und eine Entgegnung, die das hinterhältige Vorgehen der OV kritisiert und die Verweigerung zur Unterschrift des Reverses begründet, an alle Vertrauensleute geschickt, um

eine möglichst breite Öffentlichkeit zu schaffen.

Tatsächlich fehlt auf den Schreiben der OV eigentlich nur noch der Stempel der „Deutschen Arbeitsfront“ der Nazischädeln – ansonsten ist die Übereinstimmung mit den hitlerischen Methoden der „Auseinandersetzung“ mit oppositionellen Kollegen fast vollständig: Denn alle konkreten Anschuldigungen, die von Birth erhoben worden, sind sämtlich unwahr (z.B. die freche Behauptung, die Kollegin hätte „unter falschen Angaben Unterschriften gesammelt“, angeblich hat sie Unterschriften für eine Diskussion der Teuerungszulage gesammelt, und nachdem die Kollegen unterschrieben haben, ein anderes Deckblatt vor die Unterschriften gehaltet, in dem eine Diskussion des **Betriebsratsbeschlusses** gefordert wurde. Plumper gehts nimmer!)

Was also an „Begründung“ für ein Verfahren übrigbleibt, ist bloß die aus trüben Informationsquellen stammende Behauptung der Mitgliedschaft im KB.

Ein ähnlich spalterisches Kabinettstückchen ist aber auch das Revers selbst: Aufgrund der raffinierten Formulierung („nicht mehr Mitglied im KB...“) muß die Kollegin in jedem Fall den Ausschluss befürchten – ob sie unterschreibt oder nicht. Man sieht hieran sehr deutlich, wie der Extremistenbeschluss des IGM-Betriebs als Ersatz für die Auseinandersetzung über die tatsächlich geleistete Gewerkschaftsarbeit fungiert.

Was ist diesem Angriff der MAK-Funktionäre vorausgegangen?

Bereits vor mehreren Monaten hat die OV auf Vorschlag der Leitung des MAK-VLK eine von den Lehrlingen gewählte Vertrauensfrau nachträglich nicht bestätigt; vorgeschobene Begründung: sie sei „nicht richtig“ nicht bestätigt; vorgeschobene Begründung: sie sei „noch kein Jahr in der IGM“.

Auf einer VLK-Sitzung nahmen die Kollegen dieses „Argument“ auseinander: zum einen trifft das auch auf andere Kollegen zu, die bestätigt worden sind; zum anderen sehen die „Richtlinien“ ausdrücklich Ausnahmen vor; und schließlich hat man das auch schon vor der Wahl gewußt. Die Rechten um Birth nahen sich daher genötigt, mit dem wirklichen Grund herauszutreten: Sie sei auf der Mai-Demonstration der „RGO“ gesichtet worden, wo sie „gewerkschaftsfeindliche Transparenz“ mitgeführt habe.

Ganz offensichtlich hat man der Kollegin nachgespielt (für solche Dienste sind die rechten Funktionäre scheinbar am 1. Mai noch auf die Straße zu locken) oder aber – noch wahrscheinlicher – es ist mit dem Verfassungsschutz – jenen „sicheren Informationsquellen“, auf die sich die Rechten auf der VK-Sitzung düster berufen – zusammengebastelt worden!

Dem wütenden Protest der Kollegen begegneten die Rechten überstürzt „elegant“: sie bezeichneten die Kollegen als „wilden Haufen“ und lösten die VK-Sitzung kurzerhand auf!

Diesem provokatorischen Kurs setzten die Sozialdemokraten auch in der weiteren Entwicklung fort: als die Kollegen zwei Unterschriftensammlungen organisierten, um eine VLK-Sitzung mit dem Thema „Betriebsbeschluss“ durchzusetzen, gingen die Rechten aus der Leitung zu gezielten politischen Schlägen über, um diesem antizipierten Widerstand frühzeitig das Genick zu brechen!

Auf der folgenden VLK-Leitungssitzung ließen sie ein Trommelfeuer von Verleumdungen, Lügen, persönlichen Angriffen und antikomunistischer Hetze vom Stapel, das nur noch als Schweigen zu bezeichnen ist: Die Kollegen

seien „gezwungen worden (!) zu unterschreiben“, die Teuerungszulage würden „die Kommunisten“ nur fordern, weil sie „sonst keine Unterschriften zusammenbekommen“ würden usw.

Diese Tirade wurde dann gegen eine Kollegin persönlich gewendet – sie sei das „Loch in der Leitung“, wie Birth in eindeutiger Absicht meinte, und würde „fraktionelle Politik im Sinne der RGO“ machen, wenn sie sich mit Kollegen am Bierisch treffe usw. usw. Kurze Zeit später hatte die Kollegin ein Ausschlussverfahren am Hals!

Die Kehrseite derselben Medaille: Während im Betrieb die Kollegen durch die Unterschriftensammlungen ihrer Empörung über das Vorgehen der rechten Leitungsmehrheit Luft machten, werte sich wiederum Herr Carl Birth mit seinen kapitalistischen Kumpen der MAK an einen Tisch und „erkämpfte“ derweil eine Teuerungszulage für uns (ohne daß wir die Forderung kannten, ja ohne daß wir überhaupt von den Verhandlungen selbst wußten, wohlgeachtet! Das Ergebnis war entsprechend: 230 DM aus Weihnachtsgeld angerechnet – also so gut wie nichts angesichts der wahnwitzigen Teuerung.

Schließlich machten sich Birth & Co. die Resultate dieser üblichen Spaltungspolitik auch noch demagogisch zunutze: Da wir nun bereits einen Teuerungszuschlag hätten (!) und außerdem der Betriebsbeschluss eben ein **Beschluss** ist, an dem oh nicht mehr zu ändern ist – ja, was wollt ihr dann noch eine VLK-Sitzung haben? Es gibt nichts zu diskutieren! – So die offizielle Stellungnahme der Ortsverwaltung!

Das Resultat: Einerseits keine VLK-Sitzung und also weder Diskussion des Betriebsbeschlusses noch der Teuerungszulage. Andererseits Ausschlussversuche gegen Kollegen und außerdem eine völlig unzureichende Teuerungszulage. Eine Niederlage also für die Kollegen.

Was bezwecken die Kapitalisten und Gewerkschaftsführer mit diesem Vorgehen?

Die geschilderten Ereignisse auf der MAK äßen sich nahtlos in die im nationalen Maßstab von der Gewerkschaftsführung forcierte betriebliche Reverse- und Ausschlusspolitik im Gefolge der Antikommunismusbeschlüsse ein. Der ARBEITERKAMPF hat an anderer Stelle ausführlich diese erneute antikomunistische Welle in den westdeutschen Gewerkschaften (etwa mit den BR-Wahlen 72) analysiert.

Diese Politik der Gewerkschaftsführer ordnet sich nun ihrerseits genau in die Versuche der Kapitalistenklasse ein, die schrittweise Fachisierung von Staat und Gesellschaft voranzutreiben (hier müssen vor allem genannt werden: Berufsverbot für Kommunisten und, konsequente Demokraten im öffentlichen Dienst, der Entlassungsterror gegen klassenbewußte Arbeiter und Streikführer, gegen konsequente Jugendprecher, die Verfolgungen, Bespitzelungen und Behinderungen kommunistischer Gruppen, die verschärfte antikomunistische Hetze in Presse, Funk und Fernsehen, der Versuch, bestimmte Jugendverbände auf antikomunistische Anschauungen auszurichten usw. – um nur die aktuellsten und wichtigsten Stationen antikomunistischer und **arbeiterfeindlicher Politik und Propaganda** zu nennen, die wesentlichen Bestandteil der schrittweisen Fachisierungsbemühungen der westdeutschen Kapitalisten sind).

Diese Schläge der Kapitalisten sind nicht als direkte Reaktion auf eine politisch relativ weit entfaltete Arbeiterbewegung und eine entscheidende Rolle der Kommunisten

Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland Verwaltungsstelle Kiel



1973

1973

1973

1973

Der Ortsverwaltung ist Deine Zugehörigkeit zu kommunistischen Organisationen bekannt. Wir bitten Dich, daß der Beirat der IG Metall durch den Beschluß von 16. April 1973 die unter der Bezeichnung IGM, KPD/ML, KPD/AD, Arbeiter-Isoli-Gruppen, Kommunistischer Bund, kommunistischer Arbeiterbund und kommunistischer Arbeiterprozess tätigen links-extremistischen Gruppen und die von ihnen getragene sogenannte „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO) oder „Gewerkschaftsopposition“ (GO) zu gegnerischen Organisationen erklärt hat.

Der § 30 Ziffer 7, des § 3 der Satzung der IG Metall steht dir den Fall der Zugehörigkeit zu gegnerischen Organisationen den Ausschluss vom Verfahren vor. Wir bitten Dich deshalb, das durch Unterzeichnung der antikomunistischen Erklärung verbindlich abzustellen, daß Du den kommunistischen Bund nicht mehr angehörst und für ihn nicht mehr tätig sein wirst.

Für den Fall, daß innerhalb von 14 Tagen, d.h. bis zum 27.7.73 Deine Erklärung nicht vorliegt, muß Du mit Ausschluss ohne Verfahren rechnen. Innerhalb dieser Frist sind wir gerne bereit, mit Dir ein Gespräch über diese Angelegenheit zu führen.

Von kollegialen Gruß

A. Birth

Anlage

1973

Ich erkläre verbindlich, daß ich keiner der in Beiratsbeschluss von 16.4.73 aufgeführten gegnerischen Organisationen mehr angehöre und für diese Organisationen nicht mehr tätig sein werde.

Kiel, den 1973

Facts „Reverse“

In ihr zu verstehen, sondern privativ – als Versuch der Kapitalisten also, sich schon heute günstigere Kampfbedingungen zu schaffen für zu erwartende härtere Klassenauseinandersetzungen, indem sie insbesondere die Kräfte aus der Arbeiterbewegung eliminieren und diskreditieren, die den Kämpfen eine klare politische Stoßrichtung und eine sozialistische Perspektive geben könnten. Es ist klar, welche wesentliche Rolle der Gewerkschaftsführung als Agentur der Kapitalisten in der Arbeiterbewegung dabei zukommt.

In diesem Sinne sind auch die massiven antikomunistische Politik und dabei vor allem die Ausschluss- und Reversepolitik der Kieler rechten Funktionäre zu verstehen: Nicht als Reaktion auf schon heute bestehende Stärke der Kommunisten in Betrieb und Gewerkschaft (von der noch nicht die Rede sein kann), sondern in erster Linie als vorgeschlagener Schlag: Zum einen sollen schon jetzt die noch relativ vereinzelt klassenbewussten Kritiker ausgeschaltet werden, zum anderen soll aber auch ein abschreckendes Exempel für noch unentschlossene Arbeiter statuiert werden.

Die Reaktion der Kollegen auf den Ausschlussversuch...

Unmittelbar nach Erhalt der OV schreiben organisierte die Vertrauensfrau mit Unterstützung einiger Kollegen im Betrieb eine Unterschriftensammlung gegen das Ausschlussverfahren und für eine sofortige VLK-Sitzung.

Spontan solidarisierten sich viele Kollegen – sie unterschrieben selbst, sammelten in ihren eigenen Abteilungen Unterschriften, boten gar Geldspenden für die Kollegen an, um ihre Kosten für die Kopien, die sie an die Vertrauensleute geschickt hatte, für Porto usw. zu decken.

Es gelang, fast 700 Unterschriften (darunter fast ein Viertel Vertrauensleute) zusammenzubekommen, die mit der Resolution an die VLK-Leitung und die OV geschickt wurden.

Zwar wurde eine VLK-Sitzung nicht erreicht, zumindest zögerte die OV zunächst aber mit dem Ausschlussverfahren und ließ „Gras über die Sache wachsen“.

Interessant ist dabei die Reaktion vieler Kollegen auf die Extra-Ausgabe unseres METALLER, der während der Unterschriftensammlung verteilt wurde. Wir riefen zur Solidarität mit der Vertrauensfrau und versuchten, den Ausschlusspolitisch einzuordnen und seine Hintergründe zu erläutern.

Nach dieser METALLER-Ausgabe nahm nämlich die spontane Un-

terstützungs- und Solidaritätsbereitschaft vieler Kollegen einen erheblichen Rückgang. Viele, die noch nicht unterschrieben hatten, verweigerten nun ihre Unterschrift; andere, die sich schon dazu bereit erklärt hatten, zogen ihre Bereitschaft zurück; kaum einer half noch beim Unterschriftensammeln und einige sogar machten aktive Gegenpropaganda und versuchten ihre Kollegen zur Ablehnung der Aktion zu bewegen. Meinungen wie: „Jetzt mischen sich die Kommunisten wieder in unsere Angelegenheiten, um sie auf ihre Mühlen zu lenken“ oder „Vielleicht ist doch was dran, daß das Mädchen im KB ist, dann unterstütze ich sie nicht“ wurden vertreten.

Man sieht, wie die Gewerkschaftsführung bei vielen Kollegen genau das erreicht, was sie will: Eine „abstrakt-politische“ Auseinandersetzung darüber, ob die Kollegen Kommunist ist oder nicht, eine Gegenüberstellung also von kommunistischen Arbeitern und ihren anderen Kollegen.

Auf dieser Grundlage erscheint dann ein Ausschluss eines kommunistischen Arbeiters von vornherein „geruchlos“.

Daß diese Demagogie bei vielen Kollegen noch verfliegt, ist das Produkt einer jahrelangen konzentrierten antikomunistischen Hetze von kapitalistischen Massenmedien wie Presse, Radio und Fernsehen sowie der Gewerkschaftsführung und ihrer bewußten oder unbewußten Helfershelfer in den unteren Funktionsreihen. Über systematisch inszenierte Kampagnen gegen „Bader-Meinhold“ und andere „Terroristengruppen“, gegen Gruppen wie den „Schwarzen September“ und auch bereits gegen „super-links“ kommunistische Gruppen wie „KPD“, „KPD/ML“ usw. ist vom Klassenfeind die Kriminalisierung, Illegalisierung und Isolierung der kommunistischen Bewegung vorangetrieben worden. Mit der systematischen antikomunistischen „Säuberung“ der Gewerkschaften leistet die Gewerkschaftsführung die Kapitalisten hierbei einen wertvollen Dienst.

In einem so geschaffenen antikomunistischen Klima ist es erklärlich, daß eine spontane und zunächst relativ breite Solidaritätsbewegung mit einer unter Beschuß stehenden Kollegin durch die massive Propaganda der IGM-Führer relativ schnell wieder abebbte und fast ergebnislos verpuffte. So ist auch die Reaktion der Kollegen auf den nicht von der Masse als ihre Zeitung begriffenen METALLER zu verstehen. Der Protest der Kollegen erweist sich also als noch nicht politisch fundiert, sondern als überwiegend spontane Empörung.

Andererseits liegt gerade in solchen Auseinandersetzungen eine bedeutende Chance weitergehender Verankerung kommunistischer Politik, die Chance für das Knüpfen neuer Kontakte und Verbindungen durch die kommunistischen Arbeiter. (Seiten ist bei uns so viel und lebhaft diskutiert worden wie über diesen Ausschlussversuch und den

Beiratsbeschl.:

Diese Chance kann aber nur genutzt werden, wenn die Kommunisten es verstehen, in diese Auseinandersetzungen die konkreten und unmittelbaren Interessen der Belegschaft einzubringen (ohne vom politischen Charakter der Auseinandersetzung abzulenken) und die spontane Empörung der Kollegen in politische Klarheit und Aktivität umzuwandeln. (D. h. z. B. bei uns zu zeigen, wie durch den Beiratsbeschl. eine Diskussion der Teuerungszulage von den Rechten verunmöglicht worden ist.) Nur so ist es auch möglich, die „abstrakt-politische“ Diskussion durch eine konkrete politische Diskussion der betrieblichen und gewerkschaftlichen Probleme zu ersetzen und so allmählich antikomunistische Vorurteile mancher Kollegen praktisch zu widerlegen.

...und die schändliche Rolle der „KPD/ML“

Die spontane Solidaritätsbereitschaft nahm übrigens nicht nur bei „normalen“ Kollegen nach dem METALLER ab. Selbst die große „Partei der Arbeiterklasse“ (wie sich die „KPD/ML“ mit stolzscheuwiller Brust selbst nennt) reagierte ähnlich: Zunächst waren sie ganz vorne bei der Unterstützung der Kollegin, rannten im Betrieb umher und brachten recht viele Unterschriften heran (was sehr lobenswert ist). Das erwies sich jedoch schnell als Strohhalm und Versuch, den abgefahrenen Zug noch schnell zu erwischen: später nämlich – zumal, als die Solidarität der übrigen Kollegen auch abnahm – verweigerten sie konstant jede Unterstützung, „weil sie vielleicht doch im KB ist“ – so ihr „Argument“.

Dieser Akt verstockter Ladenbornerheit reiht sich ein in einen insgesamt innerhalb der Linken zu verzeichnenden Verfall der angesichts härterer Schläge der Klassenfeinde dringend notwendigen Solidarität. Von völlig deplacierten und aufgebauchten „ideologischen Auseinandersetzungen“ statt Solidarität (die Meinungsverschiedenheiten natürlich auch nicht verwehren darf) bis hin zu offener Sabotage der Solidarität mit angeschossenen Kollegen – solche toten Blüten hat die ser Opportunismus bereits getrieben, der Ausdruck des feigen Zurückweichens einiger Gruppen gegenüber den Angriffen des Klassenfeindes ist.

Zum anderen ist dieses freche Verhalten der „KPD/ML“er aber auch Beleg ihrer Stupidität, ihres politischen Unverständnis dafür, daß dieser Angriff nicht einem „lohlerten Spinner“ gilt (wie die Rechten um Birth weismachen wollen, worauf die Superlunen auch prompt hereinfallen), sondern gegen die gesamte Belegschaft gerichtet ist. Was diese Leute als kommunistische Politik ausgeben, entlarvt sich als verantwortungslose Sandkastenspieler.

Einige wichtige Erfahrungen

1. Zur Reaktion auf Reverse- und Ausschlusspolitik der Gewerkschaftsführung gibt es keine Patentrezepte; jeweils im Konkreten müssen kommunistische und andere klassenbewußte Kollegen abschätzen, wie zu reagieren ist. Entscheidend zur Beantwortung dieser Frage ist vor allem das aktuelle Kräfteverhältnis im Betrieb. D.h. es kommt darauf an, inwieweit bereits unter den Kollegen eine entsprechende Überzeugungsarbeit über die Funktion von Ausschluss- und Reversepolitik geleistet worden ist; nur auf der Grundlage einer solchen Absicherung bei den eigenen Kollegen ist es auch heute bereits manchmal möglich, die politischen Erpressungen der Gewerkschaftsführung zurückzuweisen und eine Unterschrift zu verweigern.

U.E. hat die Kollegin in diesem Fall durchaus richtig gehandelt, indem sie ihr Reverse nicht unterschrieben zurückgeschickte; im Zuge der vorher organisierten Unterschriftensammlung konnte mit den Kollegen ausführlich über Rolle und Bedeutung des Beiratsbeschlusses diskutiert werden; die zunächst recht breite Solidarität mit der Kollegin bestätigt diese Einschätzung. Andererseits müssen wir sehen, daß es den Gewerkschaftsführern

Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland Verwaltungsstelle: Kiel



10.000, D-20000 Kiel, Postfach 10

An die

Vertrauenskörpersitzung der

Firma S. & K.

23, 24, 25, 26, 27

Von

Der Belegschaft

Unter

Heute

Tag

0/7.

29. Juni 1973

Liebe Kollegen!

Wie ich heute erfahre, sind entgegen dem Beschluß der letzten Vertrauenskörpersitzung – in Juli und August keine Versammlungen durchzuführen – die Vertrauensleute für Dienstag, den 3. Juli 1973 eingeladen worden.

Ich muß mich mit Entschiedenheit darauf beziehen, daß diese Versammlung nicht stattfinden kann. Der Beiratsbeschl. der Tagesordnung ist mit der Verwaltungsstelle nicht abgestimmt. Außerdem sind die mir bekannt gewordenen Beiratsmitglieder nicht dem angegebenen, die Dringlichkeit der Versammlung herauszuheben.

Die von einigen Kollegen geforderte außerordentliche Versammlung soll sich nach der dafür gegebenen Begründung mit aller Dringlichkeit über den Beiratsbeschl. und mit der derzeitigen Tarifsituation befassen.

Hierzu ist folgendes zu bemerken:

1. Für eine Diskussion über den Beiratsbeschl. besteht überhaupt keine Veranlassung.
2. In Bezug auf die derzeitige Tarifsituation ist dem Betriebsratsvorsitzenden und dem Leiter des Vertrauenskörpers eine entsprechende Einschreibung der Verwaltungsstelle zugegangen.

Ein weiteres Exemplar dieses Beschlusses füge ich zu Ihrer Kenntnisnahme diesem Brief bei.

Mit freundlichen Grüßen

H. Geyer

in diesem Fall durchaus möglich ist, trotz Protesten und auch auf die Gefahr hin, zumindest einige Kollegen vor den Kopf zu stoßen und sich bei ihnen ungläubig zu machen, diesen Ausschluss exemplarisch durchzudrücken. Einen nennenswerten Verlust ihres politischen Einflusses brauchen sie noch nicht zu befürchten. Deshalb wäre es nicht angebracht, bis zum Schluß harnäckig eine Unterschrift zu verweigern, wenn es klar ist, daß die IGM-Führer unbedingt auf einen Ausschluss hinauswollen. Vielmehr muß das weitere Verhalten von dem Fröhen ausgehen, unbedingt in der Gewerkschaft zu bleiben und in ihr klassenbewußte Arbeit zu leisten.

Überhaupt ist eine solche Unterschrift unter ein Reverse nicht grundsätzlich abzulehnen, wenn unsere Kollegen klar ist, daß wir damit nicht unseren politischen Überzeugungen – abschwören, sondern nur alles tun, um weiterhin in der Gewerkschaft Reverse- und Ausschlusspolitik bekämpfen zu können.

Ausdrücklich warnen müssen wir allerdings vor der Illusion, sich durch einen unterschriebenen Reverse soz. „Narrenfreiheit“ erkaufen zu haben. Natürlich werden die rechten

Funktionäre solange nachhaken, bis sie den Kollegen entweder völlig unter die offizielle Führungslinie gezwungen oder aber vollends ausgeklippt haben.

2. Der Kampf gegen Reverse- und Ausschlusspolitik darf nicht isoliert in gewerkschaftlichen Gremien (z.B. im VLK) geführt werden. Entscheidend ist vielmehr die Arbeit unter den organisierten Kollegen in den Abteilungen. Vor allem hier gilt es Klarheit über Methoden und Ziele sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik zu vermitteln. Nicht offensive Redeschlachten oder noch so gute Enthüllungen im VK allein setzen die Rechte unter Druck, sondern nur die kontinuierliche Arbeit unter den Kollegen. Solche offensiven und nicht betrieblich abgesicherten Redeschlachten nützen unter den gegebenen Kräfteverhältnissen lediglich den Sozialdemokraten, die aus diesen abgehobenen Diskussionen heraus fortschrittliche Kollegen abschneiden können, ohne das nennenswerte Widerstand organisiert werden könnte.

Betriebszelle M&K, KB-Gruppe Kiel

Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland Verwaltungsstelle: Kiel



10.000, D-20000 Kiel, Postfach 10

An die

Vertrauenskörpersitzung der

Firma S. & K.

23, 24, 25, 26, 27

Von

Der Belegschaft

Unter

Heute

Tag

Liebe Kollegen!

Wie ich heute erfahre, sind entgegen dem Beschluß der letzten Vertrauenskörpersitzung – in Juli und August keine Versammlungen durchzuführen – die Vertrauensleute für Dienstag, den 3. Juli 1973 eingeladen worden.

Ich muß mich mit Entschiedenheit darauf beziehen, daß diese Versammlung nicht stattfinden kann. Der Beiratsbeschl. der Tagesordnung ist mit der Verwaltungsstelle nicht abgestimmt. Außerdem sind die mir bekannt gewordenen Beiratsmitglieder nicht dem angegebenen, die Dringlichkeit der Versammlung herauszuheben.

Die von einigen Kollegen geforderte außerordentliche Versammlung soll sich nach der dafür gegebenen Begründung mit aller Dringlichkeit über den Beiratsbeschl. und mit der derzeitigen Tarifsituation befassen.

Hierzu ist folgendes zu bemerken:

1. Für eine Diskussion über den Beiratsbeschl. besteht überhaupt keine Veranlassung.
2. In Bezug auf die derzeitige Tarifsituation ist dem Betriebsratsvorsitzenden und dem Leiter des Vertrauenskörpers eine entsprechende Einschreibung der Verwaltungsstelle zugegangen.

Ein weiteres Exemplar dieses Beschlusses füge ich zu Ihrer Kenntnisnahme diesem Brief bei.

Mit freundlichen Grüßen

H. Geyer

KONTAKTADRESSEN

Bremen:
F. Köpcke
285 Bremerhaven 1
Postfach 00 31 60

Eutin:
H. Linkau
242 Eutin-Großmainedorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postfach A 022583

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 800747

Hamburg:
Postadresse:
J. Reentz
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
M. D. Schaefer
23 Kiel 1
Postfach 086 831 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 80

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße“
34 Göttingen
Rote Straße 10
01. 17 - 18 Uhr

Lüneburg:
H. Blankenhorn
24 Lüneburg
Postfach 082 332 A

Weitere Vertriebsgruppen:

Gewerkschaft HBV: Der Kampf um die Mitgliederversammlung

Auf dem letzten Gewerkschaftstag der HBV war das Ende ihrer Aufbau-Phase angekündigt worden. Das bedeutet gleichzeitig, daß die demokratischen Rechte der Mitglieder auf ein Niveau beschnitten werden sollen, das in anderen DGB-Gewerkschaften schon längst erreicht ist. Während etwa in der Gewerkschaft HBV in Hamburg die einzelnen Fachabteilungen (wie etwa Banken, Genossenschaften etc.) ihre Mitgliederversammlungen abhalten, existieren solche Mitgliederversammlungen in fast allen DGB-Gewerkschaften schon seit längerer Zeit nicht mehr. Als jetzt mit HBV eine neue, von den HBV-Führern entwickelte „Geschäftsordnung“ auch in der Gewerkschaft HBV der Mitgliederversammlung weitgehend das Recht genommen werden sollte, Beschlüsse nach Vorstellungen und Anträgen der Mitglieder zu fassen, rief das starke Protest in der Gewerkschaft hervor. Wir drucken im folgenden dann einen Artikel aus der ZUR SACHE, der Branchenzeitung des KB für diesen Bereich ist.

Gleichzeitig mit der Ankündigung des 1. Vorsitzenden der Gewerkschaft, Viethor, im „ausblick“, der Zeitung der Gewerkschaft HBV, mit Hilfe der Satzung und Ausschüssen den Kommunisten das Agitationsfeld zu entziehen, plante die Gewerkschaftsführung neue „Geschäftsordnungen“ für die Mitgliederversammlungen einzuführen. Diese Geschäftsordnung (kurz: GO) sollte nicht etwa Rechte für die Mitglieder festsetzen, auf demokratischem Wege ihre Politik im Kampf gegen die Kapitalisten zu bestimmen, sondern die Gewerkschaftsführung, die sich damit ein Instrument schaffen, mit dem sie die Arbeit der Betriebsgruppen und Vertrauensleute besser dirigieren kann.

Dieser lang vorbereitete GO-Entwurf sieht vor, einen Präsidium, das sich aus Fachgruppen- und Ortsvorstand zusammensetzt, und somit leicht von der Gewerkschaftsführung zu kontrollieren ist, alle Rechte über die Mitgliederversammlung einzunehmen. Darüber wird die Tagesordnung per Einladung festgesetzt. Nur zu diesen Punkten sollen überhaupt Beschlüsse gefaßt werden können, die zudem vorher schriftlich eingereicht sein müssen. Auch dann kann eine Antragskommission diese beliebig ändern. Außerdem kann das Präsidium Rednern das Wort entziehen. Das versteht die Gewerkschaftsführung darunter, wenn sie davon spricht, durch eine GO eine Mitgliederversammlung „ordentlich und geregelt“ durchzuführen.

Nachdem Betriebsgruppen von der Sache Wind bekommen hatten, versuchten sie den Entwurf zu verbreiten und den Kampf gegen diesen Angriff auf die Demokratie innerhalb der Gewerkschaft zu organisieren.

Fachgruppe Groß- und Außenhandel auf kaltem Wege

Auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe des Groß- und Außenhandels vom 11.10.73 stand die neue GO gar nicht erst auf der Tagesordnung, sondern der Vorstand versuchte, sie gleich auf kaltem Wege einzuführen. Das begann damit, wie in der GO vorgesehen, daß erstmalig die Mitgliedsausweise kontrolliert wurden. Dort sind die Gewerkschaften noch stark gesplittelt, und es gibt auch keine Betriebsgruppen. Doch einige Kollegen hatten den Entwurf mitgebracht und forderten Diskussion über diesen Abbau der Rechte im ersten Tagesordnungspunkt. Das versuchte dann der Vorstand durch alle möglichen Versammlungsleitungs-Machenschaften und „Auskünfte“ abzuwehren. Erst hieß es, die Tagesordnung „umzu- stoßen“ sei ein Angriff auf die Demokratie (der neuen GO nach wäre das auch nicht statthaft). Dann hieß es, der Entwurf sei eine Fälschung. Einige rechte Kollegen sprangen sofort für den Vorstand in die Bresche und wollten die Kollegen, die den Entwurf mitgebracht hatten, gleich dingfest machen. Als damit der Vorstand nicht durchkam, war der GO-Entwurf auf einmal „überholt und verjagt“ und bereits vor einem Jahr erstellt worden; außerdem sei, so wurde erklärt, diese GO auch dann nicht bindend, wenn sie durch die Delegiertenversammlung am 29.10.73 beschlossen werden sollte. (Die Delegiertenversammlung mit Delegierten aller Fachgruppen in Hamburg ist das der Mitgliederversammlung übergeordnete Gremium der Gewerkschaft HBV).

Als der Vorstand merkte, daß damit wohl um eine Abstimmung, die Diskussion über die GO in die Tagesordnung aufzunehmen, nicht herumzukommen sei, versuchte er, sie in seinem Sinne schnell über die Bühne zu ziehen. Rednern wurde das Wort entzogen, Meldungen nicht berücksichtigt, der Antrag einfach geändert zur Abstimmung gestellt (die GO würde ihm auch ausdrücklich Recht dazu geben).

Mit dem Trick, daß der Antrag auf einmal heißen sollte: „Wer ist dafür, daß der alte Punkt 1 entfällt?“ sollten die Kollegen, die die Diskussion über die GO gefordert hatten, als Leute hingestellt werden, die die Mitgliederversammlung kaputt machen und wichtige Diskussionen sabotieren. Auch das wurde diesmal nicht. Bei der Abstimmung schließlich sah sich der Vorstand außerstande, diese zahlreichen Stimmen dafür zählen zu können. Erst beim dritten Mal konnte sich der Vorstand auf eine Zahl einigen. Nun konnte ja wohl die Diskussion beginnen (!).

Der Vorstand schoß auf einmal los, als ob er die Diskussion hätte gar nicht mehr abwarten können: „Sind zu Punkt 1 Änderungen vorgesehen?“ Als von einigen Kollegen gefordert wurde, daß auch die Mitglieder eine Mitgliederversammlung einberufen können, wurde gleich vom Vorstand gefragt: „Wieviel Prozent der Mitglieder sollen sich dafür aussprechen, um die Versammlung einzuberufen?“

Damit gelang es dann endgültig, die Diskussion in die Sackgasse zu leiten. Es wurde jetzt viel um die

Prozentzahl diskutiert, und man konnte sich nicht auf einen Vorschlag einigen. Gleich hakte der Vorstand nach: „Es läßt sich schlecht diskutieren, da die Kollegen nicht vorbereitet sind.“ Damit war schließlich die Diskussion gestorben. Allerdings gelang es den Kollegen durchzusetzen, daß im November – also erst nach der Delegiertenversammlung, die über die Satzung entscheiden soll – eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfinden soll, auf der nochmals über die GO diskutiert werden soll, wobei der Vorstand den neuesten Entwurf vorher zuschickt.

Diese Mitgliederversammlung hat gezeigt, daß vom Vorstand das, was in der GO festgehalten werden soll, längst praktiziert wird. Nur dadurch, daß eine Reihe von Kollegen gezielt und mit entsprechender Vorbereitung versuchte, gegen diese GO zu kämpfen, konnte ein solcher Teilerfolg errungen werden.

Fachgruppe Versicherungen: Angriff abgewehrt

Schon ganz anders sah es dagegen auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Versicherungen aus. Dort ist in den Betriebsgruppen der Kampf der Mitglieder um ihre Rechte schon weiter entfaltet. Die GO stand auch gleich auf der Tagesordnung. Es gelang, die Angriffe auf die Rechte der Mitglieder zurückzuweisen. Eine GO wurde als Beschlussvorlage für die Delegiertenversammlung verabschiedet, die wesentliche Rechte für die Mitglieder festhält. In der Diskussion trat dann auch Sekretär Arnold Krause, der den undemokratischen Entwurf vertrat, als der vorgeblich größte Demokrat und beste Vertreter der Kollegen auf. Als die Betriebsgruppen zur besseren Vorbereitung und zur Einbeziehung weniger aktiver Kollegen vierwöchige Vorbereitung der Mitgliederversammlung forderten, meinte er, daß dann die Mitgliederversammlung vergessen würde, was im übrigen von einigen anderen Kollegen unterstützt wurde.

Diese Gefahr besteht natürlich dann, wenn die Betriebsgruppen genau „gut“ wie die Gewerkschaftsführung, etwa über den GO-Entwurf, informieren würden, nämlich gar nicht.

Als die Kollegen das Recht forderten, jederzeit Anträge stellen zu können, auch nach eingehender Diskussion, strich er seine „demokratische“ Sorge vor Störenfriedern heraus. Ihm zufolge könnten ja dann 3 - 4 Leute die Sitzung kaputt machen. Daß die Mitglieder selbst entscheiden können, wen sie hören wollen oder nicht und dazu keinen Vorstand brauchen, das ist diesem „Demokraten“ überhaupt nicht einleuchtig.

Als dann noch von den Kollegen die Antragskommission getrieben wurde, war Arnold Krause völlig sauer: „Mit diesem Angriff auf die Antragskommission würde die Demokratie mit Füßen getreten“ (!!). er versteht gar nicht das Mißtrauen der Kollegen, redigieren hieße doch nicht inhaltlich verändern.

Als wenn es von Bedeutung wäre, daß die Anträge geschliffen formuliert wären! Die Betriebsgruppen erinnern sich noch gut an die Tarifrunde 73. Dort wollten ihr die Betriebsgruppen-Zeitungen redigieren, wobei ein anderer Text herauskam, weil ihr das sonst (also den Inhalt) für nicht verantwortlich hielten!

Horst Meyer, stellvertretender Fachgruppenvorsitzender, machte danach den Versuch, die Kollegen mit der Gewerkschaftsführung zu versöhnen. Er meinte, daß jede Antragskommission eine Manipulation sei, auf Gewerkschaftstagen notwendig, und für Mitgliederversammlungen nicht so erforderlich. Dieser Punkt wäre ja auch von der Ortsverwaltung eingebracht, meinte er weiter. Notwendig wäre von ihm, gerade als stellvertretender Fachgruppenvorsitzender, eine klare politische Abgrenzung gegen diese Antragskommission gewesen.

Es wurde insgesamt von den fortschrittlichen Kollegen versäumt, näher auf den politischen Hintergrund dieser GO einzugehen, die Diskussion zu führen, was mit solcher GO bezweckt werden soll und daß sich diese GO in die momentane Angriffs-

welle gegen fortschrittliche Kollegen und Kommunisten einreihet.


Kampf gegen die GO auch bei Genossenschaften

Im Bereich der Genossenschaften bildet sich die Fachgruppe aus Kollegen von der COOP und der PRO.

Was die Demobilisierung zur Mitgliederversammlung angeht, übertrifft diese selbst die von Versicherungen. In der Einladung stand lediglich etwas von der OV-Satzung, kein Wort aber über eine Geschäftsordnung.

Nur durch die aktive COOP Betriebsgruppe ist es möglich gewesen, daß die GO diskutiert wurde und die Kollegen es schafften, eine neue aufzustellen, die der im Bereich Versicherungen ähnelt.

Durch ein „Börsenverstehen“ wurde die nicht vorgesehene GO entschuldigt. Ist es nicht merkwürdig, wie in den einzelnen Fachgruppen unsere Herren sich versuchen zu wenden wie ein Aal in Gelee, wenn die Kollegen die Praktiken unserer „Gewerkschaftdemokratie“ durchschaut ha-



Zur Sache

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN
BUNDES / GRUPPE HAMBURG
FÜR DIE KOLLEGEN DES HANDELS,
DER BANKEN UND DER VERSICHERUNGEN

Jahrgang 3 Nr. 7 September 1973

Das Gebot der Stunde: WACHSAMKEIT

Sicherlich werden jetzt einige Leute mit Schauer vor dem Mund sitzen, von kommunistischer Unterwanderung der Fachgruppen reden und ganz im Sinne des Artikels von Viethor zur Jagd auf fortschrittliche Kollegen aufrufen. Die Gewerkschaftsführung wird jetzt noch härter zum Angriff blasen.

In nächster Zeit wird wohl das Auge stärker auf die Betriebsgruppen gerichtet sein, die durch die Vorbereitungen der Mitgliederversammlung eine gewerkschaftsfeindliche Geschäftsordnung zu Fall bringen konnten. Es zeigt sich, daß die Betriebsgruppen immer mehr an politischen Bewußtsein gewinnen, das sich z.B. auf der Mitgliederversammlung Versicherungen durch Ablehnung und Verurteilung des Extremismus ausdrückt.

Diese Entwicklung soll durch die Gewerkschaftsführung gebremst werden, denn sie würde sonst Gefahr laufen, ihren Einfluß auf die Kollegen noch weiter zu verlieren und damit nicht mehr die arbeiterfeindliche sozialdemokratische Politik an den Mann bringen können. Den besten Beweis, daß es zu weiteren Schlägen kommen wird, gibt Viethor mit aller Deutlichkeit: „Jetzt ist es noch früh genug, gegen Links in den Gewerkschaften vorzugehen.“

ben und die Leute zur Rede stellen, die eine solche Geschäftsordnung vertreten!

Nichts Neues!

Der Angriff auf die Mitgliederversammlungen sind in den DGB-Gewerkschaften nichts Neues. Im Gegenteil, die HBV Gewerkschaft zieht hier nach: Schon vor Jahren wurden die Rechte der Mitglieder auf Mitgliederversammlungen der IG Druck und Papier in Hamburg durch ähnliche Satzungen beschnitten, wie jetzt bei der HBV, um dann schließlich die Mitgliederversammlungen ganz abzuschaffen. Heute gibt es bei der DruPa nur noch eine Delegiertenversammlung.

Im April dieses Jahres unternahm der Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Hamburg einen ersten Anlauf, um die Hauptversammlung, zu der alle Mitglieder Zutritt haben, durch eine Delegiertenversammlung zu ersetzen. Vorausgegangen waren dramatische Appelle der Gewerkschaftsführung nach dem Motto: „Rettet die GEW vor kommunistischer Unterwanderung.“ Der Plan schloß vorerst am Votum der Mitglieder. Daraufhin hat der Vorstand einen zweiten Anlauf noch für dieses Jahr angekündigt.

HBV-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Unser Weg Sonderbrochüren des KB Unser Weg

Folgende Sonder-Brochüren haben wir in unserem Angebot noch vorrätig:

Zum Nahost-Probleem
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITER-KAMPF mit Oktober '72

38 Seiten DM 1,50

CHILE: Vom „friedlichen Übergang“ zum Bürgerkrieg
2. erweiterte Auflage mit Nachdrucken ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF seit April '73

50 Seiten DM 2,00

Routen aus der DEK!
Kommunistischer Nachdruck einer Ausrichtungs- und Ortsgruppe Bußbach der DEK

2. Auflage, 12 Seiten DM 0,50
(eine 3. Auflage wird vorbereitet)

Der Metallarbeiter-Streik in Baden-Württemberg 1956/57
hin ausführliche Analyse der Flensburger KB-Gruppe

16 Seiten DM 1,00

Amis raus aus Frankreich!

Nachdruck von KB-Ansagen, ARBEITERKAMPF-Artikel und wichtige Dokumenten (z.B. die Erklärung der DRV zum „Neun-Punkte-Abkommen“ u.a.)

2. erweiterte Auflage, 26 Seiten DM 0,50

Freiheit in Vietnam?

Die Entwicklung in Vietnam vor und nach dem „Waffenstillstand“ und die Widerspiegelung in der bürgerlichen Presse. Wunderteuende (der rechts-bürgerlichen und der sozialdemokratischen)

44 Seiten DM 1,50

Vom Putsch zu Feltreli, politischer Mord in Italien
In einer präzisen politischen Analyse wird die kapitalistische „Strategie der Bomben, der Provokation und Bestätigung, des geplanten politischen Mordes und Einmarsches faschistischer Kommandos“ im Kampf gegen die kommunistische und Arbeiterbewegung am Beispiel Italien enttellt.

64 Seiten DM 1,50

Wahlungsprobleme in Westdeutschland
Nachdruck ausgewählter Texte aus dem ARBEITER-KAMPF seit März '72

3. erweiterte Auflage, 40 Seiten (Kleinformat) DM 1,00
(eine 4. erweiterte Auflage wird vorbereitet)

Die Kollapsion der Frau in Palästina
Von uns kommentierte und überarbeitete Propaganda-Broschüre der PFLP

34 Seiten DM 1,00

VON DEN BEMBERG ARBEITERN LERNEN

ARBEITERSOLIDARITÄT CONTRA CHEMIE-GIGANT

Im folgenden veröffentlicht wir einen Artikel aus der größten DDR-Publikationszeitschrift „Wochenpost“, der in Form einer Reportage vom Streik der AKZO-Arbeiter in Wuppertal und dem holländischen Streik im September vergangenen Jahres berichtet.

Der Kampf der Chemiearbeiter richtete sich gegen die geplante Schließung von vier „amrentablen“ Betrieben des Chemie-Giganten in verschiedenen Ländern Westeuropas.

Die westdeutschen Kommunisten haben von diesem Streik, in dessen Verlauf die Arbeiter die beiden Werke für mehrere Tage besetzt hielten, nur ein Randes oder gar nicht Notiz genommen.

Die revisionistische DKP, die in der „UZ“ über den Kampf der AKZO-Arbeiter berichtete, hatte in der ihr eigenen Manier die NW-Landungsgier in Düsseldorf aufgeföhrt, „den Glanzstoff-Konzern wegen Mißbräuchs (!) wirtschaftlicher Macht (!) ... in Gemeineigentum (!) zu überführen“.

Ganz im Zeichen der vorgeschobenen Bundestags-Wahlkampf stand die Erklärung des DKP-Spitzenkandidaten im Wahlkreis 70 (Wuppertal) nach dem erfolgreichen Streik:

„Wir gratulieren zu diesem Erfolg, hat doch (??) der DKP der erste Stelle ihrer sozialpolitischen Forderungen die Sicherung der Arbeitsplätze gestellt“ („UZ“, 29.9.1972).

No klar! Darum ja auch DKP, was denn sonst!

Noch einige Bemerkungen zu folgenden Reportage:

Die Genosin Pfannstiel (Verfasserin des Artikels) hat in ihrer Darstellung eine Einschätzung der IG-Chemie-Führung in dieser Auseinandersetzung völlig außer von gelassen. Das ist im konkreten Fall nur so wenig zutreffend, als dadurch einige Aussagen der Genosin direkt falsch, andere ungenau werden.

1. Die Behauptung, der Betriebsrat habe von der Konzernleitung gefordert, „durch einen neutralen Gutachterausschuss die Notwendigkeit der Betriebsstillegungen nachzuweisen ...“ ist unzutreffend. Vielmehr wurde die „Kommission“ auf Betreiben der zuständigen IG-Chemie-Sekretäre gebildet. Halbe/Halbe aus Kapital- und Gewerkschaften.

Halbe aus Kapital- und Gewerkschaften.

Im vorliegenden Fall rechtfertigt das „Gutachten“ die geplanten bzw. bereits durchgeführten „Strukturmaßnahmen“ (d.h. die Entlassung von ca. 5000 Arbeitern!). Die IG-Chemie-Führer haben das mit unterschrieben!!!

2. Während der spontanen Aktionen griff die Verwaltungsstelle der IG Chemie nicht dazuprinzierend in die Kämpfe ein (etwa als IGM-Vorstand bei Henrich/Mannemann etc.). Während der Abwesenheit des Bezirksleiters soll sogar der einzige anwesende Sekretär Schemionek eine durchaus positive Rolle auf Seiten der Bemberg-Kollegen gespielt haben.

3. Daß die Rolle eines Sekretärs durchaus nicht typisch für die offizielle Politik der IG Chemie ist, wird zwar einem an der Zustimmung ihrer Vertreter zu den Stillegungsplänen der AKZO-Kapitalisten deutlich – zum anderen am Bemühen der reformistischen Gewerkschaftsführer, die spontane Bewegung nachträglich und damit für die Zukunft wieder fest in den Griff zu bekommen.

Zu diesem Zweck wurden die Gewerkschaftsvertreter aller 100 AKZO-Betriebe aus 40 Ländern nach Genf geholt. Die Zielrichtung dieser „Arbeitnehmerkonferenz“ war mit der Parole „Mitbestimmung bei der Investitionspolitik“ von den Gewerkschaftsführern bereits vorgegeben.

Dieser Sachverhalt darf deshalb nicht verdrängt werden, weil man präzisen Bestimmung der kämpfenden Parteien bei der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit immer auch die Rolle der Gewerkschaften untersucht und



2.000 Bemberg-Arbeiter demonstrieren gegen die geplante Stillegung ihres Werkes

vor den Arbeitern enthält worden

Eine weitere bedeutende Schwäche des vorliegenden Artikels muß darin gesehen werden, daß die Verfasserin offenbar nicht in der Lage war, das Ergebnis des Kampfes realistisch (d.h. vor allem mit Blick nach vorn) zu beurteilen. Es sollte eigentlich klar sein, daß ein Chemie-Gigant von der Art AKZO nicht durch einen vierstägigen Streik eines Teils der Belegschaft zur „Kapitulation“ oder „in die Knie“ gezwungen werden kann. Die Genosin läßt jedoch die Frage offen, wie sich die Dinge in der Zukunft entwickeln werden.

Daß die solidarisch im Kampf vereinten westdeutschen und holländischen Kollegen die AKZO-Kapitalisten zum vorläufigen Einlenken gezwungen haben, ist zweifelhaft richtig.

Daß die Kapitalisten damit den Plan zur „Strukturbereinigung“ nicht fallengelassen haben, sondern bei Berücksichtigung der Erfahrungen aus den zurückliegenden Kämpfen nach neuen Möglichkeiten

Kämpfen nach neuen Möglichkeiten suchen zu seiner Verwirklichung neuen und weitere Angriffe durchzuführen werden, das liegt in der Logik des Kapitalismus.

Eine an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte Propaganda muß gerade diese Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten vor den Arbeitern enthüllen. Nicht um die Freude über orangene Erfolge zu trüben, sondern um die Arbeiter für die kommenden notwendigen Auseinandersetzungen zu rüsten.

Es sollte darum nicht das hervorgehoben werden, was die Arbeiter selbst schon tun und empfinden, sondern das, was sie noch nicht wissen können – weil der „nugewerkschaftliche“ Kampf sie darauf nie stoßen wird.

Die Genosin sagte, „daß man nicht unbedingt Marx und Engels gelesen haben muß“, um die „revolutionäre Vereinigung durch die Amotisation“ (Marx) auch spontan voranzutreiben.

Wir dagegen betonen, daß die klassenbewußten Arbeiter u. a. unbedingt Marx und Engels lesen müssen, weil der Kampf gegen die Rationalisierungspläne und Stillegungspraktiken der Kapitalisten des „eigenen“ Betriebes nur als politischer Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und ihren Staat wirkungsvoll geführt werden kann – und in der Errichtung der Klassenherrschaft des Proletariats sein Ziel haben muß. Erst durch den Sturz der bestehenden Verhältnisse werden sich die Arbeiter aus allen Nöten befreien, die sie heute in den Kampf zwingen.

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Mit dem Werk Barmen geben wir eine der traditionsreichen Stätten der deutschen Textil- und Chemiedustrie auf. Pietätvoll formuliert ist die Mitteilung der Konzernleitung, mit der sie am 6. April 1972 den „geehrten Mitarbeitern“ die Stillegung des Bemberg-Werkes bekannt gibt.

Völlig ahnungslos waren die Wuppertaler Arbeiter zu der plötzlich einberufenen Belegschaftsversammlung gekommen, wo sie die Nachricht wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf. Unter dieser Schockwirkung folgten sie nur mühsam den Worten des Konzernsprechers Zempin, der den Stillegungsbeschluss erläuterte. Von kritischer Situation der Chemieindustrie war die Rede, von Überkapazitäten, sinkenden Preisen, steigenden Verlusten. Was im Ohr blieb, waren die Worte „abbauen“ und „aufgeben“: 3000 Menschen, hochproduktive Anlagen, ein modernes Werk. Daß auch Betriebe in Holland, Belgien und der Schweiz „von den Maßnah-

men“ betroffen wurden, ließ zwar das riesige Ausmaß der Stillegung erkennen – mehr aber noch nicht.

Nur einmal wurde die lähmende Stille durch gellende Pfiffe unterbrochen – als Zempin von der „Bemberg-Familie“ sprach. Die auf Abruf bereitstehenden Polizeieinheiten kamen indes nicht zum Einsatz, die von der Konzernleitung erwarteten „Ausschreitungen“ blieben aus.

„Wir wurden schamlos überrumpelt“, erzählt Albert Langwiler, Vorsitzender des Betriebsrates, der erst drei Stunden vor Beginn der Belegschaftsversammlung vom Vorstand über die Stillegungspläne informiert worden war. Ganz bewusst wurde damit das Betriebsversatzgesetz gebrochen, das festlegt: „Der Unternehmer hat den Betriebsrat über geplante Betriebsänderungen, die wesentliche Nachteile für die Belegschaft zur Folge haben, rechtzeitig und umfassend zu unterrichten.“ Unabhängig davon lag auch kein Anlaß vor, Pläne

für Stillegungen zu vermuten. Das Bemberg-Werk schloß seine Bilanzen immer mit hohem Gewinn ab, der Umsatz war ständig gestiegen und hatte – wie es noch in der letzten Ausgabe der Werkzeugzeitung stand – „auch 1971 die Erwartungen voll erfüllt“. Seit Jahren wurden Millionen investiert, das Werk mit den modernsten Anlagen ausgerüstet. Täglich wurden Überstunden gemacht, Sonntagsmächten eingelegt. Das alles stand im krassen Widerspruch zu den Erklärungen der Konzernleitung, mit denen sie die Stillegung begründete: „Absatzschwierigkeiten, Überkapazitäten, Verluste“.

In der Werkkantine, am Treppen der kleinen Wuppertaler Platanen, auf der Fahrt im Schichtbus redeten sich die Arbeiter die Köpfe heiß über Logik und Gerechtigkeit, sprachen in moralischen Begriffen, wo es sich um nichts anderes als um die gemetzlichen Widersprüche des Kapitalismus handelte, die schon vor 125 Jahren von Karl Marx und dem Wuppertaler Bürger Friedrich Engels aufgedeckt wurden. Näher an die Wahrheit kam, wer sich mit dem

Wahrheit kam, wer sich mit dem von der Konzernleitung beklagten „Preisverfall für Chemiefasern“ beschäftigte.

Seit Jahren ist das Geschäft mit der Chemiefaser äußerst lukrativ, und keiner der internationalen Chemiekonzerne ließ es sich entgehen. Entzückt von den märchenhaften Gewinnen, sprachen sie 1969 noch von „goldenen Fäden“, die ihnen ein Heer von Chemiearbeitern spannen. Die Kapazitäten wurden ständig erweitert, die Produktion stieg, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärfte sich. Wohl waren bei der Massenproduktion auch die Produktionskosten gesunken, aber die Konzernherren deshalb noch lange nicht bereit, ihre Ware billiger zu verkaufen, auf einen Teil ihres Profits also zu verzichten.

Da stand just am gleichen Tag, als die Bemberg-Arbeiter die Schließung ihres Betriebes erfuhren, ohne kurze, unscheinbare Meldung in der Presse, wonach das Kartellamt gegen neun Unternehmen der chemischen Industrie Geldbußen wegen Beteiligung an kartellistischen und weltweiten Kartellen verhängt hatte. 21 Millionen DM entfielen davon auf den Konzern, zu dem Bemberg gehört. Diese „Beteiligung an Kartellen“ bedeutet: Die Chemiekonzerne hatten sich untereinander abgesprochen, zu welchen Preisen sie die Chemiefasern verkaufen. Das ist eine Methode, den Profit zu maximieren.

Eine andere Methode ist die: Man kauft die Konkurrenz auf und legt sie still. Und genau das war der Plan des niederländischen Konzerns AKZO, als er 1969 die Glanz-

Der niederländische Chemiegigant AKZO NV entstand 1969 durch den Zusammenschluß der vormaligen selbständigen Gesellschaften „Koninklijke Zout-Organon NV“ und der „AKU NV“. Er ist ein führendes Weltunternehmen, dessen Aktivitäten sich in drei Schwerpunkten gliedern: Chemiefasern, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse sowie Konsumartikel. In der internationalen Chemierangliste steht die AKZO NV im Jahre 1970 mit einem Umsatz von 7 Milliarden holländischen Gulden auf Platz 12 und in der europäischen Rangliste auf Platz 7. Auf dem Chemiefasersektor ist die AKZO NV nach DU PONT die Nr. 2 in der Welt. In Europa zählt das Unternehmen außerdem zu den bedeutendsten Farben- und Lackherstellern.

Die AKZO NV tritt als Holdinggesellschaft auf. Sie verfügt über große Beteiligungen an einer Vielzahl von Gesellschaften, die zusammen die AKZO-Gruppe bilden. Die Unternehmenspolitik der Spitze erstreckt sich vor allem auf eine zentrale Finanzierung, auf eine strategische Planung sowie auf die Koordinierung der einzelnen Gruppen.

Enka-Glanzstoff-Gruppe

Die Enka-Glanzstoff-Gruppe ist der organisatorische und wirtschaftliche Zusammenschluß der Chemiefaserunternehmen einschließlich der Mehrheitsbeteiligungen im Bereich der AKZO NV. Die Enka-Glanzstoff-Gruppe verfügt unter den Chemiefaserunternehmen in der Welt über die breiteste Produktpalette. Mit einem Umsatz von 2,9 Milliarden DM und einer Belegschaftsstärke von über 52.000 Beschäftigten im Jahre 1970 ist sie ein wichtiges Glied der AKZO-Unternehmensgruppe. Ihr Anteil am Gesamtumsatz des Unternehmens lag bei knapp 50 Prozent. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Enka Glanzstoff AG der bedeutendste Chemiefaserhersteller. Ihre Erzeugnisse umfassen: Rayon (Kunstseide), Enka Perlon (Fäden und Fasern), Diolen (Polyesterfaser) in Fäden und Fasern, Enka Nylon, Kordrayon, Kordnylon, Kordzwirn, Kordgewebe, Zellwolle und Colvera-Polyesterfaser sowie texturierte Garne, Glanzstoff-Elastomer, Xylor, Stahlkord, Synthesew- und Verbundfolien, Arnite-G, Vilese und Vilesestoffe, Structofors.

(Aus „Gewerkschaftliche Umschau“, Nr. 3/72)

Forts. Arbeitersolidarität

stoff AG „Übernahm“, zu der das Wuppertaler Bemberg-Werk, ein holländisches Werk in Breda, Fabelis in Belgien und die Feldmühle in der Schweiz gehörten. Und eben diese vier Werke sollten nun stillgelegt werden, 6000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren.

Wurden in den zwanziger Jahren Kaffeebohnen verheißt und Weizen ins Meer geschüttet, so werden nun Produktivkräfte direkt vernichtet.

Am 11. April 1972 der Betriebsrat des Wuppertaler Werkes eine Belegschaftsversammlung einberuft, ist es nicht mehr still im Saal. Seit Tagen angestaute Erbitterung macht sich Luft, formuliert sich zur Anklage gegen die Konzernbosse. Da wird an die Jahre nach 1945 erinnert, als die Arbeiter die Maschinen aus den Trümmern holten. Da wird der Leitspruch des Werkes zitiert, der in allen Abteilungen hängt: „Unser Name – ein großer Name – Bemberg – schützt ihn!“ Da spricht der Arbeiter Gustav Huck, einer der 500 ehemaligen Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet, die in Wuppertal neue Arbeit fanden: „Vor zehn Jahren habe ich das gleiche schon einmal erlebt. Eine Grube nach der anderen haben sie zugemacht. Sechsmal mußte ich die Zeche wechseln, von einer Stadt zur anderen wandern. Hier haben sie einen sicheren Arbeitsplatz, hat der Bemberg-Direktor gesagt.“

Ein 52-jähriger Arbeiter: „Seit 30 Jahren arbeite ich hier. Jetzt, wo ich zu alt bin, wo mich niemand mehr nimmt, jagen sie uns über die Wupper.“

Im Namen von 1300 ausländi-

schen Kollegen nimmt der italienische Gastarbeiter Tortelli das Wort: „Für uns bedeutet die Schließung eine noch größere soziale Härte. Denn viele haben in ihrer Heimat alles aufgegeben, ihre Familien nachkommen lassen.“

Aber es wird nicht nur angeklagt, auch von Widerstand ist schon die Rede, von Kämpfen müssen.

Eine Woche später, am 18. April demonstrieren sie durch die Innenstadt. Mit schwarzen Fahnen, auch einigen roten, denn „rote Fahnen riecht man besser“. Ziel des langen Protestmarsches ist das Glanzstoff-Hochhaus, wo im 14. Stockwerk der Aufsichtsrat tagt. Zu den riesigen Fensterfronten hinauf ertönen die Sprechbühnen: „Parasiten!“ In einer Kundgebung fordert der Bezirkssekretär der IG Chemie die Zurücknahme der Stilllegungsbeschlüsse. Eine Delegation wird von den Konzernbossen empfangen, die Resolution der Bemberg-Arbeiter entgegengenommen. „Ihre Sorgen sind auch unsere Sorgen“, sagt der Aufsichtsratsvorsitzende F. H. Ulrich und die Deutsche Bank, in Person des Hermann Josef Abs, steht daneben und lächelt. Es ist eine Szene, die sich ein Karikaturist aus dem alten „Simplicissimus“ ausgedacht haben könnte.



Zwei Tage lang lag der Enka-Glanzstoff-Betrieb (früher Bemberg) in Wuppertal-Barmen still. Dieses Bild zeigt Posten und Diskussionsgruppen vor dem Haupttor des Werkes.

Die Forderung des Betriebsrates, durch einen neutralen Gutachterausschuß die Notwendigkeit der Betriebsabschließungen nachzuweisen, wird vom Konzernvorstand akzeptiert. Das gleiche hatten auch die Arbeiter des holländischen Werkes Breda verlangt, die, alarmiert durch ein spektakuläres Ereignis, ganz neue Aspekte der Konzernstrategie entdeckten:

Zur gleichen Zeit nämlich, als sie den blauen Brief erhielten, hatte Prinz Bernhard von den Niederlanden zur Einweihung eines neuen Werkes in Schottland einen Baum gepflanzt. Dieses neue AKZO-Werk in Schottland stellt indes die gleichen Chemiefasern her wie das AKZO-Werk in Breda, das wegen Überkapazität geschlossen werden soll.

Eine Woche später meldete der europäische Wirtschaftsdienst, daß die AKZO-Tochter La Seda de Barcelona erheblich investierte. Es sei beabsichtigt, in Spanien ein neues Perlonwerk zu bauen mit gleicher

der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die „Association“. Daß man nicht unbedingt Marx und Engels gelesen haben muß und doch solchen Gesetzmäßigkeiten folgt, zeigte sich auch im Kampf der Wuppertaler Arbeiter um ihren Arbeitsplatz. Dieser Kampf war nämlich von dem Zeitpunkt an in ein neues Stadium getreten, als die Gewerkschaftsvertreter der vier von der Stilllegung bedrohten Werke beschlossen, ein gemeinsames Aktionskomitee zu bilden, „welches wir vereint stärker sind“.

Noch gab es keine konkrete Vor-

werden sollen.

Für den Konzernvorstand sind das „chaotische Zustände“, „illegale Methoden“. So war das doch nicht ausgemacht! Seinerseits nun „völlig überrascht von den Ereignissen“, tagt er pausenlos in seiner Glasfeste.

Am Mittag fährt eine Delegation Wuppertaler Arbeiter nach Breda, um den holländischen Kollegen von ihrer Aktion zu berichten. Beglittert werden sie begrüßt. Durch die Gitter des Werkzaunes drücken sie sich die Hände, fühlen sie die Stärke ihrer Einheit, die Kraft ihrer Solidarität.



Einen Tag nach der Betriebsbesetzung in Breda legen die Bemberg-Arbeiter in Wuppertal die Arbeit nieder.

Produktionskapazität wie das bis dahin stillzulegende Wuppertaler Werk. Es ist auch von Investitionen in Übersee die Rede, von Brasilien und anderen „Ländern, die günstigere Bedingungen bieten“. Solche günstigen Bedingungen sind beispielsweise Steuerfreiheit und Zuschüsse, die einige Länder geben, um in industriearmen Gebieten Arbeitsplätze zu schaffen. So in Schottland, wo der englische Steuerzahler den

stellung über die Aktionen, noch wartete man auf das Gutachten. Ende August lag es vor. In 35 Schreibmaschinenseiten wurde mitgeteilt, daß die „Strukturmaßnahmen“ des Konzerns berechtigt seien. Nun waren die Fronten klar. Es gab nichts mehr zu verhandeln.

Die Alternative hieß Resignation oder offener Kampf.

Am Montag, d. 18. September 1972, 13:05 Uhr, schließen Arbeiter des

Solidaritätsgrüße kommen auch aus Dortmund, wo in diesen Tagen ein Kongress der IG Chemie über eine internationale Zusammenarbeit der Chemiewerker berät.

20. September 1972: In Wuppertal beschließt die Belegschaft einstimmig, den Kampf weiterzuführen. Beglittert springen die ausländischen Gastarbeiter auf die Stühle, stimmen Lieder an. Alle, ohne Ausnahme, haben sich der Aktion angeschlossen.



Bemberg-Arbeiter bei ihren streikenden Kollegen in Breda (Holland): Händedruck als Zeichen solidarischer Verbundenheit.

Werkes Breda die Tore des Betriebes. 13:10 Uhr besetzen sie Telefonzentrale, Fernschreibraum und Direktion. 13:15 Uhr die Büros im Verwaltungsgebäude, die Produktionsstätten und die Energiezentrale. 13:27 Uhr befindet sich das Werk in Arbeiterhand. Die Produktion ruht.

Hervorragend geplant und organisiert, hatte ein Komitee von 70 Kollegen – Betriebsräte, Gewerkschaftsvertreter – die Besetzung durchgeführt. Ermächtigt wurden sie von dem einstimmigen Beschluß der Belegschaft, den Kampf so lange zu führen, bis die Konzernleitung die Stilllegungsbeschlüsse zurücknimmt. Und zwar nicht nur für Breda, sondern für alle bedrohten Betriebe!

Mitglieder von der kühnen Aktion ihrer holländischen Klassenbrüder, die den proletarischen Internationalismus auf ihre Fahnen schrieben, folgten die Wuppertaler Arbeiter dem Beispiel.

19. September 1972: Holländische Transportwagen, wegen der Betriebsbesetzung in Breda nach Wuppertal umgeleitet, stehen auch hier vor verschlossenen Toren.

In einer spontanen Versammlung war schon am frühen Morgen ein Aktionskomitee gewählt worden, das nach inzwischen bekanntem und bewährtem Muster die Betriebsbesetzung organisierte. Nur die Capro- und die Perlonproduktion läuft weiter, da sind die beiden Abteilungen, die von der Konzernleitung wegen Überkapazität als erste stillgelegt

geplant.

21. September 1972: „Angesichts der starken Reaktion auf den vorliegenden Strukturplan zur Verringerung der Überkapazitäten bei textilen Synthesefasern, dem u.a. eine Beendigung der Produktion in den Betrieben Breda, Wuppertal-Barmen und Zuffenhausen zugrunde gelegt war, hat der Vorstand von AKZO beschlossen, diesen Plan vollständig zurückzunehmen.“

Die Arbeiter haben gesiegt! Adressiert an den Vorsitzenden des Aktionskomitees, hatte ein Bote der Konzernleitung um 15 Uhr die Kapitulationsurkunde am Werkstor abgegeben.

Stauend, den Sinn nicht gleich erfassend, lesen die Arbeiter immer wieder „angesichts der starken Reaktion...“ Das sind sie, ihre Aktionen, die internationale Solidarität, die vereinte Kraft der Arbeiterklasse.

Jubelnd fallen sich die Sieger in die Arme, schlagen sich auf die Schultern, jetzt erst voll bewußt ihrer Stärke, die einen so mächtigen Konzern in die Knie zwang.

Jeder möchte eine Fotokopie des Briefes haben, zum Beweise und „um ihn fürs Leben zu bewahren“. Denn „diese Aktion hat historische Bedeutung“, sagt Betriebsratsvorsitzender Albert Langwiler.

„Sie ist eine neue Qualität im Arbeitskampf, die in Zukunft die Strategie und Taktik der Gewerkschaftsbewegung bestimmen wird.“

Vor Bemberg wurden in der BRD schon viele Betriebe stillgelegt. Und der Verlauf war immer der gleiche: Die Belegschaft protestierte, der Betriebsrat verhandelte – ohne Erfolg. In Wuppertal wäre es nicht anders gewesen und auch nicht in

obwohl sie das die Arbeitsurlaubskosten kann. „Das lassen wir nicht zu. Dann streiken wir für euch“, sagen die Wuppertaler.

In dem Direktionsräumen in Breda informieren zwei Arbeiter die Presse über die Lage. „Die Besetzung geht weiter. 500 Kollegen sind auf dem Posten. Abdrück erfolgt alle zwölf Stunden. Heute mittag gab es Erbsensuppe. Noch Fragen?“

Aus über 20 Betrieben des AKZO-Konzerns kommt die Nachricht, daß die Belegschaften während der Aktion ihrer Wuppertaler und Bredaer Kollegen alle Überstunden ablehnen. Außerdem ist ein Welttreffen der Gewerkschaftsvertreter aller 100 AKZO-Betriebe aus 40 Ländern

Breda, selbst wenn beide Betriebe gemeinsam protestiert und verhandelt hätten. Erst als die Bredaer Arbeiter vom passiven Widerstand zum aktiven Kampf übergingen und die Wuppertaler Arbeiter dem Beispiel folgten, entstand eine grundsätzlich neue Situation: Aus zwei lokalen Ereignissen wurde eine Aktion der internationalen Arbeiterklasse. Hier liegt der Schlüssel des Erfolges.

Eine neue Qualität? So neu kann auch wieder nicht. Die Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ wurde vor 125 Jahren ausgegeben. Neu für die westdeutschen Arbeiter ist wohl die Erkenntnis, wie richtig sie ist.

Anzeige

Kampf dem Faschismus

Nachdruck von Texten der Kommunisten aus den zwanziger und dreißiger Jahren zum Thema Faschismus

Zu bestellen bei:
1. Bente
2. Hamburg 13, Osterholz 35

Zu erhalten an ARBEITERBUCH
Preis 6,50 DM 340 Seiten

Saarbergleute mußten aufgeben

Drei Tage streikten die Bergarbeiter im Saarland für eine Teuerungszulage von 300 DM und 100 DM für jeden weiteren Monat. Trotz der für die Arbeiter günstigen Konjunktur – keine Tonne Kohle liegt derzeit auf Heide – und der schnell anwachsenden geschlossenen Streikfront mußte der Kampf ergebnislos abgebrochen werden.

Nachdem zwei Wochen zuvor in der saarländischen Stahlindustrie eine Teuerungszulage gezahlt worden war, forderten die Handwerker der Grube Reden, also größtenteils über Tage arbeitende Metallfacharbeiter, als erste am Montag, dem 22.10., eine Teuerungszulage und legten die Arbeit nieder. Einen Tag später streikten auch alle unter Tage Beschäftigten dieser Grube, schon am Mittwoch folgten die Frähschicht am sächsischen Gruben (Maybach, Wernitz, Göttsborn, Lützenhain, Endorf, Casparhausen und Reden) der Saarbergwerke nicht mehr ein, insgesamt 14.000.

In der schnellen Ausbreitung der Kampffront kam die große Empörung über den niedrigen Tarifabschluß zwischen Unternehmensleitung und IG Bergbau und Energie (IGBE) vom Juli dieses Jahres zum Ausdruck: Obgleich die Löhne der Bergarbeiter im Vergleich zur übrigen Industrie im letzten Jahre sowieso schon immer weiter nachhinkten, waren nur 9,6% „Erhöhung“ vereinbart worden.

Der Streikverlauf

In den nur wenige Kilometer voneinander entfernten Saarbrücken in der Umgebung Saarbrückens verbreitete sich die Nachricht von den ersten Kampfkraften in Reden schnell. Unter anderem auch durch die Betriebszeitung der DKP, die – den Berichten der bürgerlichen Presse und der UZ nach – vor allem Saarbrücken am Mittwoch, dem 24.10., zur Demonstration vor dem Verwaltungsgebäude der Saarbergwerke AG in Saarbrücken aufrief.

An der Demonstration vor dem Verwaltungsgebäude beteiligten sich ungefähr die Hälfte der Streikenden, also eine zum Streikbeginn verhältnismäßig hohe Zahl. (Die bürgerliche Presse, die die Zahlen gern untertreibt, berichtete von 5000 („Hamburger Morgenpost“, „Frankfurter Rundschau“) und 6000 („Die Welt“) beteiligten Demonstranten der 14000 Streikenden insgesamt.) Das schon im Verlaufe des Montags und Dienstags in der Grube Reden gewählte Streikkomitee wurde durch Delegierte der anderen Gruben erweitert und übernahm die Führung der Kampfkraften. Sein Sprecher, der Hauer Bernhard Motschenbach, ein Mitglied der DKP, erläuterte die Forderung nach einer Teuerungszulage von 300 DM sofort und 100 DM für jeden weiteren Monat ab 1. November.

Durch Sprechchöre „Wir wollen unsere Boose sehen“ und „Kapitalisten raus“ versuchte die Versammlung, die Geschäftsleitung zur Kumpel zu zwingen. Die Besetzung verlief, wie selbst Springer „Welt“ bekunden mußte, „diszipliniert“. Die Angestellten wurden in Diskussionen verwickelt und bekundeten zum großen Teil ihre Solidarität mit dem Kampf der Kumpel.

Der Vorstandsvorsitzende Anderheggen erschien und erklärte, daß das Unternehmen nicht in der Lage sei, die Forderung zu erfüllen. Der Tarifvertrag vom August mit der IGBE-Führung nehme auf die Preisentwicklung genügend Rücksicht. Seine weiteren Worte gingen in einem minutenlangen Pfeifkonzert unter. Arbeitsdirektor Lambrecht (IGBE), nach dem paritätischen „Montan-Mitbestimmungsrecht“ der „Arbeitnehmervertreter“ im Vorstand, stand daneben und hüllte sich in Schweigen.

Nach der harten Absage des Vorstands formierte sich der Zug der Streikenden in Richtung Innenstadt, zum Landtag und der Staatskanzlei, dem Regierungssitz, denn die Saarbergwerke sind im Staatsbesitz, mit 25 %igem Anteil des Landes und 75 % Bundesanteil. Auf schnell gemalten Pappschildern hieß es: „300 DM – keinen Pfennig weniger“ und „Alle Räder stehen still, wenn der Saarbergmann es will“. Mit Sprechchören wie „Unsere Arbeit, die ist schwer – eine Teuerungszulage muß jetzt her“ wiesen die Kumpel auf die starke Zunahme der Arbeitsintensität in den Bergwerken in den letzten Jahren hin.

So ist die Schichtleistung eines Kumpels allein in den letzten vier Jahren im Saarbergbau von ca. 3,4 t auf weit über 4 t, teilweise schon 5 t, hochgetrieben worden. Brutal nutzen die Kapitalisten seit Jahren die Einschränkung der Kohleproduktion aus, entlassen einen Teil der Bergarbeiter und erpressen den anderen durch die Existenzunsicherheit zu mörderischen Höchstleistungen. (Siehe auch hierzu die Artikel...

zu mörderischen Höchstleistungen. (Siehe auch hierzu die Artikelfolge zur kapitalistischen Lösung der Krise im Kohlenbergbau.) Die Facharbeiterlöhne bewegen sich an der unteren Grenze des Existenzminimums: Hinzuwachsen Überstunden werden monatlich über Tage...

die „Bannmeile“ um den Landtag ab, wie sie es sonst bei Demonstrationen und Kundgebungen zu tun pflegt, um die „Volksvertreter“ im Parlament vom Volk (vorn „Pöbel der Straße“, wie diese Herren sagen) zu schützen und zu bewahren. Die Kapitalistenvertreter saßen vor „Tuchfühlung herzustellen“ („Die Welt“), um Zeit zu gewinnen, statt die Bergleute sofort durch die Konfrontation mit der Polizeigewalt zu provozieren. Landtagspräsident Maurer trat als erster auf und forderte zum sofortigen Verlassen der Bannmeile auf. Zum weiteren Verlauf berichtet die Springerzeitung „Welt“: „Landtagspräsident Maurer wurde niedergeschrien, der Wirtschaftsminister Schäfer mit Hohngeklächter überschüttet. Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende konnte sich in dem Tumult nicht durchsetzen. Erst der DGB-Landesbezirksvorsitzende, der wegen des Bergarbeiterstreiks eine sofortige Sondersitzung des Landeskabinetts verlangte, wußte sich Gehör zu verschaffen.“ (25.10.)

Geschickt hatte der DGB-Vorsitzende, zugleich SPD-Mitglied im Landtag, sich Einfluss zu verschaffen gewußt. Er bekundete zunächst „volles Verständnis“ für den Unmut der Kumpel – natürlich nicht wegen des Tarifabschlusses, der ihnen ja mit Hilfe der Gewerkschaftsführung überbraten worden war, sondern angesichts der „normales Freiheitsrecht der Unternehmer“, die man „nicht vorzunehmen“ konnte. Andererseits sei dies ein „Wildes Streik“, der von der Gewerkschaft nicht unterstützt werden könne, aber er werde darauf drängen, daß das saarländische Kabinett und dann die Bundesregierung über die Forderung berieten. Wenn das nicht ausreichte, müsse man wieder arbeiten. Damit hatte die Gewerkschaftsführung ihr erstes Ziel erreicht: Einfluss auf die Bergarbeiter zu bekommen und ihnen Hoffnung auf einen schnellen Erfolg zu machen, der nicht von ihnen selbst, sondern von Beratern der Landes- und Bundesregierung abhängt. Um dem ganzen Manöver einen Anstrich von Ernsthaftigkeit zu geben, ließ sich sogar Wirtschaftsminister Schäfer dazu herab, eine Delegation der Streikenden mit Motschenbach an der Spitze zu empfangen.

Der Demonstrationszug löste sich auf, nachdem bekannt wurde, daß Regierungsvertreter in Bonn verhandeln würden. Der größte Teil der Streikenden schien sich eines schnellen Erfolges sicher. Man erinnerte sich an den „Wilden Streik“

Dort hatten inzwischen Hundertschaften der Bereitschaftspolizei das Verwaltungsgebäude bewacht, um eine Wiederholung der Vorgänge vom Morgen (Besetzung durch die Kumpel) zu verhindern. Wieder ließ sich niemand von der Geschäftsleitung blicken. Aufgebracht verlangten die Bergleute nach „Arbeitnehmervertreter“ Lambrecht, Arbeitsdirektor im Vorstand: „Ein, Zwei, Drei – Lambrecht kommt herbei“. Nach längerer Zeit erschien Lambrecht und erklärte, Minister Schäfer sei nach Bonn geflogen, um zu verhandeln. Auf Fragen, ob er nicht mehr tun könne, schließlich

Ordnung zurückzuführen“. Gleichzeitig verteilten IGBE-Funktionäre, darunter die SPD-Betriebläden, die sich vorher nicht hatten sehen lassen, einen „offenen Brief“ des IGBE-Vorsitzenden A. Schmidt.

In diesem an alle Saarbergleute gerichteten Brief forderte Schmidt auf: „In erster Stunde den wilden Streik abbrechen und die Arbeitsplätze nicht zu gefährden.“ („Welt“ vom 26.10.) Das war die gleiche Kerbe, in die schon am frühen Morgen die Konzernflugblätter gehauen hatten: mit Drohungen nach Massenentlassung, weiteren Grubenstilllegungen und Verlust des Versiche-

IGM-Jugend HH solidarisch!

Solidaritätsadresse an die 14.000 streikenden Saarbergwerkarbeiter

Kollegen, durch die Presse erfahren wir heute, daß 14.000 Bergarbeiter im saarländischen Bergbau für eine Teuerungszulage von 300,- plus 100,- streiken. Die Eigentümer der sechs Werke, Bund und Länder, konnten bisher nicht zu einer Erfüllung Eurer Forderungen gezwungen werden.

Mit Empörung mußten wir lesen, daß sich auch der Vorstand Eurer Gewerkschaft, der IG-Bergbau, gegen Euren gerechten Kampf ausgesprochen hat und Euren Streik als von „arbeitsfremden Theoretikern und KP-Funktionären angezettelt“ (so in der Tageschau vom 24.10.) verunglimpft. Wir verurteilen entschieden dieses Verhalten und sprechen Euch unsere unerschütterliche Solidarität aus. Wir verurteilen eine Gewerkschaftspolitik, die darauf angelegt ist, nicht ausschließlich die Arbeiterinteressen gegen die Unternehmer zu vertreten, sondern dazu beiträgt, den gerechten Kampf der Arbeiter zu verunglimpfen.

Aus der Presse erfahren wir auch, daß viele von Euch mit dem Ruf „Kapitalisten raus“ das Direktionsgebäude besetzt haben, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die immer stärkere Verschlechterung der Lage der Arbeiter in der BRD, der immer stärkere Druck auf die Arbeiterschaft und andere Teile der Bevölkerung (wir nennen nur den Lohnraub durch Preiserhöhungen, immer häufigeren Polizeieinsatz gegen Arbeiter), zeigen uns aber auch, daß eine wirkliche, dauerhafte und ständige Verbesserung unseres gesamten Lebens erst dann erreicht ist – wenn letztlich alle Kapitalisten, nicht nur aus Eurer Direktionsgebäude, sondern aus ganz Deutschland „raus“ sind.

Daß sich die Arbeiterschaft hierüber klar wird und den Kampf aufnimmt für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung durch Unternehmer und Staat – das hatten wir entscheidend für eine wirkliche Verbesserung unserer Lage.

Mit unserer ganzen Solidarität stehen wir bei Eurem Kampf an Eurer Seite!

Mit gewerkschaftlichem Kampfspruch

Diese Solidaritätsadresse wurde von HDW-Kollegen auf der Lehrlingsversammlung des Hamburger IGM-OJA am 25.10.73 vorgetragen und mit überwältigender Mehrheit angenommen (anwesend waren hier knapp 100 jugendliche Kollegen, vor allem Vertrauensleute, aus zahlreichen Hamburger Metallbetrieben).

werde er ja aus Gewerkschaftsbeträgen bezahlt, erklärte Lambrecht zynisch: „Ich werde voll vom Unternehmen bezahlt und bin nicht bereit, die Frage, ob die Forderungen zu Recht bestehen, zu beantworten.“ So wenig beachtet ist die arbeitnehmerfeindliche Geknechtung der „Mitbestimmungsvertreter“ selten offen zu Tage getreten.

Der Streik bricht zusammen

Am Donnerstag nahm der Streik zunächst den gleichen Verlauf wie am Vortage: Von den einzelnen Gruben her marschierten die Kumpel geschlossen vor die Hauptverwaltung im Stadtzentrum, wo sich am späten Vormittag noch einige Tausend mehr als am Mittwoch versammelten. Die Kumpel erwarteten, daß erste positive Verhandlungsergebnisse verkündet würden. Als stattdessen Konzernflugblätter den Ablehnungsbescheid aus Bonn verkündeten, formierte sich der Zug in Richtung Landtag und Staatskanzlei. Dort allerdings hatte sich das Bild gegenüber dem Vortage geändert: Polizeilastwagen hielten die Straßen in Richtung Landtag abgesperrt. Nur zur Staatskanzlei, für die es keine Bannmeile gibt, war der Weg frei.

Eine Abordnung des Streikkomitees wurde von den Ministern Schnur (Inneres), Schäfer (Wirtschaft) und Wilhelm (früher Gewerkschaftsführer, heute Finanzminister) die Auffassung der Bundesregierung mitgeteilt, daß die Forderungen der Streikenden „unberechtigt“ seien. Schnur forderte die Kumpel auf, „wieder zu Ruhe und

schutztes für die Kumpel und ihre Familienangehörigen bei Fortsetzung des Streiks.

Diese Erpressung der Kapitalisten und ihrer Handlanger innerhalb der Gewerkschaftsführung verleiht bei den seit Jahren von Existenzunsicherheit bedrohten Kumpeln nicht ihre Wirkung, zumal die illusionären Stimmungen zu Beginn der spontanen Kämpfe durch die Erfahrung vom Herbst 1969 genährt wurden und so der größere Teil der Kollegen mit einem schnellen Erfolg rechnete. Streikkomitee und DKP unterstützen diese Illusionen. So hielt das Vertreten der Kumpel in das Streikkomitee auch nur so lange vor, wie die Illusionen über einen schnellen Erfolg dauerten. Als das Streikkomitee dann ständig mit leeren Händen zurückkehrte, die eigene Siegesgewissheit nicht mehr glaubwürdig vertreten konnte, die Arbeiter aber nicht darauf vorbereitet hatte, einen längerfristigen Kampf zu führen, mußte seine Autorität abbrechen: Dem auf und für sich sehr guten Aufruf, am Freitag mit den Ehefrauen gemeinsam in Saarbrücken gegen die ständige Verschlechterung der Lebensbedingungen zu demonstrieren, folgten die Kumpel nicht mehr. Geschickt setzte der mehrheitlich sozialdemokratische Gesamtbetriebsrat der Erpressung der Kapitalisten die Krone auf. Er verkündete den Streikenden als „Verhandlungsergebnis“ mit der Geschäftsleitung: Wenn am nächsten Morgen wieder überall gearbeitet würde, könnten Makregelungen der Streikenden „abgewendet“ und die ausgefallenen Schichten durch Überstunden, Ver-



Demonstrierende Saarbergleute: Ein Vertreter des Streikkomitees erläutert die Forderung

Stellungnahme zu zwingen. Die Besetzung verlief, wie selbst Springer „Welt“ bekunden mußte, „diszipliniert“. Die Angestellten wurden in Diskussionen verwickelt und bekundeten zum großen Teil ihre Solidarität mit dem Kampf der Kumpel.

Der Vorstandsvorsitzende Anderheggen erschien und erklärte, daß das Unternehmen nicht in der Lage

wie die bürgerliche „Frankfurter Rundschau“ berichtete, netto 800 bis höchstens 1000 DM verdient, unter Tage bis höchstens 1200 DM. Das bei der enorm schweren und gesundheitlich belastenden Arbeit! Gegen Mittag näherte sich der Zug dem Landtagsgebäude. Auf Anordnung des Landtagspräsidenten Maurer (CDU) zog sich die Polizei

1969 im September, wo am 8.9.1969 sämtliche Gruben bestrahlt wurden und schon einen Tag später 310 DM sofort und ab 1.9. voller Lohnausgleich auf den Löhnen an der Ruhr gewährt wurden. Ein kleiner Teil der Streikenden fuhr zurück zum Verwaltungsgebäude, um dort Posten zu beziehen, darunter auch das Streikkomitee.

Fortis Saarberg...

zielt auf Erhöhungslauf und Vorgriff auf den Jahresurlaub 1974 aus. Schon in der Nacht bröckelte der Streik ab, am letzten Freitag am Freitag, morgens 2.15 Uhr, in der Grube Reden die Mitglieder des Streikkomitees mit Motzenbach an der Spitze ein.

Damals waren zwar die weitergehenden Forderungen, wie z. B. 1.000 DM mindestens im Monat, Barzahlung nicht beanspruchter Deputatkohle, Angleichung des Kindergeldes an die Angestellten usw. nicht durchgesetzt worden, aber immerhin wurde in kürzester Zeit die volle Lohnangleichung an die Kumpel im Ruhrgebiet, wo es auch

im Ruhrgebiet eine Solidarisierung mit dem Kampf der Saarbergleute herzustellen, scheiterten. Dadurch brachten sich die Kapitalisten vor dem wirtschaftlichen Folgen des Streiks im Saarbergbau kaum betroffen zu fühlen und konnten doch noch provokativ vorgehen, da ein Stillstand der Produktion für nicht allzu lange Zeit nie tritt.

stand, Aufsichtsrat bis hin zu den Betriebsräten - die Rolle der staatlichen Konzern im Kapitalismus, die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes heute usw., das darzulegen, wäre die Aufgabe einer Streikführung gewesen, die den spontan kämpferischen Willen der Arbeiterklasse für eine längerfristige Stärkung der Arbeiterbewegung zu nutzen vermocht hätte. Das alles kann die DKP natürlich nicht, da es den Inhalten der revisionistischen Politik völlig entgegensteht.

Der „politische Kampf“ der Revisionisten im Streik reduzierte sich darauf, durch Entstellungen und Weglassen selbst in der einfachen Berichterstattung (UZ - einzige Tageszeitung an der Seite der Arbeiterklasse) das Bild von der Wirklichkeit zu zeichnen, das die revisionistische Linie vorschreibt: So berichtet UZ über die arbeiterfeindlichen Reden der CDU-Minister z. B. vom Landtag ausführend, von den gleichmaßen arbeiterfeindlichen Sprüchen des SPD-Fraktionschefs und des SPD-Abgeordneten, der DGB-Chef ist, kein Wort. Der Leser erfährt noch nicht einmal, daß diese Leute überhaupt anwesend sind: In der UZ ist nur von „Abgeordneten“ die Rede. Um so mehr Schamung der Sozialdemokratischen Partei-

und Gewerkschaftsführer, je öfter deren Handeln: Zur Erpressung, mit der der SPD-Generalsekretär die Arbeiter von der von links kommunisten geplanten Demonstration weg in die Betriebe trieb, heißt es in der UZ: „Der Generalsekretär muß sich sagen lassen, daß er mit seiner Unterschrift kam die Interessen der Belegschaft vertreten hat.“ Und das Verhalten des IGBE-Spitzen „beschreibt“ UZ so: „Auch die Zurückweisung der berechtigten Bergarbeiterforderung durch den IGBE-Vorstand dürfte nicht (vielleicht doch?) dazu beigetragen haben, die Position der Bergarbeiter zu stärken.“

Kapitalisten und ihre Handlanger in der Führung der IGBE äußerten sich am Freitag, als wieder gearbeitet wurde, dann auch „befriedigt über die Disziplin der Bergarbeiter“. Ein spontaner Kampf, den in einer Niederlage endet und dessen politische Folgen für die Rolle der Sozialdemokratie durch die Revisionisten der DKP erträglich gemacht werden, wie hätten sie noch besser angesichts der großen Kampfbereitschaft der Bergarbeiter wegkommen können?

Gewerkschaftskommunisten
des Chemie-Bereichs,
KB-Gruppe Hamburg



In der Innenstadt: „Alle Räder stehen still, wenn der Saarbergmann es will!“

Warum diese Niederlage?

Offensichtlich ist, daß es den Saarbergleuten keineswegs an Kampfwillen gefehlt hat. Der Druck der kapitalistischen Rationalisierung, der sich mit dem Beginn der Strukturveränderung der Energieversorgung als „Kohlenkrise“ für die Bergarbeiter extrem hart auswirkte, hat bei den Bergarbeitern besonders viel Wut und Empörung angestaut: Massenentlassungen parallel zu neuen Ausbeutungsmethoden, die die Schichtleistungen des einzelnen Bergmanns hochtrieben, Abbau der sozialen Fürsorgeeinrichtungen, die sich die Bergleute wegen der Schwere ihrer Arbeit einmal erkämpft hatten und der relative Rückgang der Löhne im Vergleich zur übrigen Industrie haben sie jahrelang hinnehmen müssen. (Vergleiche hierzu die Artikelserie im AK zur kapitalistischen Lösung der „Kohlenkrise“)

Daher wuchs der spontane Kampf sehr schnell in die Breite und erfaßte sämtliche Saarzechen. Begünstigt wurde dies zweifellos durch die noch „frischen“ Erfahrungen aus dem September 1969.

Im Steinkohlenbergbau zu Arbeitsniederlegungen gekommen war, erreicht. (Im Ruhrgebiet endeten 1969 allerdings die Streiks im Steinkohlenbergbau mit einer vollen Niederlage.)

Begünstigt wurde die rasche Streikentwicklung im Saarbergbau auch dadurch, daß die Kommunistenverfolgungen im Saarbergbau wegen seiner geringeren wirtschaftlichen und politischen Bedeutung nicht so heftig wie im Ruhrbergbau seit Mitte der 50er Jahre durchgeführt wurden. Dies hatte zur Folge, daß sich - im Gegensatz zum Ruhrbergbau - in den einzelnen Betrieben kämpferische Arbeitergruppen etwas besser erhalten konnten und so im Streik sich Ansätze einer Führung herausbildeten, die für die Verbindung der Zechen untereinander usw. sorgen konnte.

Ein Übergreifen des Streiks auf den Ruhrbergbau wie 1969 konnte von den Kapitalisten verhindert werden, sicherlich nicht zuletzt wegen des Fehlens gerade der Bedingungen, die den Kampf der Saarbergleute begünstigten. Die Versuche einzelner politischer Gruppen, z. B. der DKP,

Die wirtschaftliche Bedeutung der Kohle aus den Saargruben ist im Verhältnis zur Ruhr gering und läßt sich, wenn an der Ruhr weitergearbeitet wird, längere Zeit auffangen. Da die Saarbergwerke als Staatskonzern die übrige Industrie billig mit Kohle versorgen soll, fühlt sich auch kein einzelner Kapitalist in seinen Profiten betroffen, was ihn zu schnelleren Nachgeben bewegen könnte. Für die Kapitalisten würde sich die Saarkohle dadurch um keinen Pfennig verteuern, da Bilanzverluste jederzeit durch Steuergehalte ausgeglichen werden können.

Die Streikführung, an der die DKP zumindestens größeren Anteil hatte, hätte daher die Aufgabe gehabt, die tieferen, vor allem politischen Hintergründe des Streiks in den Vordergrund zu stellen, anstatt nur auf der Welle spontaner Empörung „mitzuschwimmen“ und den Herbst 1969 zu wiederholen zu versuchen. Die Analyse der gegenüber 1969 veränderten Kampfbedingungen, der völlige Verrat der Arbeiterinteressen durch die IGBE-Führung von der Gewerkschaftsspitze über „Arbeitnehmervertreter“ im Vor-



Vor dem Landtag: Bullen sichern die Bannmeile

Wieder spontane Streiks der Metaller

Hanomag-Henschel

Rund 4000 Arbeiter im Hanomag-Werk Kassel traten Mitte Oktober in einen Warnstreik gegen die Kürzung des Weihnachtsgeldes. Ebenfalls im Bremer Werk kam es in einigen Abteilungen zu kurzen Warnstreiks.

Am 10.10. gab es auch im Werk Hamburg-Harburg einen einstündigen Warnstreik. Etwa 300 Kollegen der Spitzschicht aus allen Abteilungen versammelten sich im Karosseriebau und hielten dort eine Streikversammlung ab.

Im Juli hatten die zum Daimler-Benz-Konzern gehörenden Hanomag-Arbeiter unter dem Eindruck der spontanen Streiks eine Teuerungszulage von 250 DM erhalten. Diese „Zulage“ wurde aber schon damals als eventuell auf das Weihnachtsgeld anrechenbar bezeichnet, was die Harburger Kollegen auf einer Betriebsversammlung am 3.7. schon kritisierten. Damals wurde jedoch vertröstet und auf das naheliegende, die 250 DM mehr im Portemonnaie verweisen.

Am 9.10. nun entschied der Konzernvorstand:

- das Weihnachtsgeld wird um 100 DM erhöht, allerdings werden die im Juli gezahlten 250 DM voll angerechnet!
- „Trotz“ wird in Angleichung an Daimler-Benz die Zahlung von 312 DM „Vermögensbildung“ auf ein Sperr-

konto oder Sparvertrag eingeführt.

Das bedeutet in diesem Jahr 150 DM Weihnachtsgeld weniger!



Diese Karikatur zur Zahlung der sogenannten Teuerungszulage veröffentlichte die Zeile Hanomag-Henschel im Juli in der Zeitung METALLARBEITER.

Die Harburger Kollegen forderten auf ihrer Streikversammlung: volle Zahlung der 250 DM und der 312 DM „Vermögensbildung“.

Die Geschäftsleitung und ihre Helfershelfer im Betriebsrat verhinderten allerdings ein Übergreifen des Streiks auf die Frühschicht und zogen zur Zeit massiv gegen eine von fortschrittlichen Kollegen gestartete Unterschriftensammlung für eine Betriebsversammlung zu Felde, deren Durchführung der Betriebsrat beharrlich verweigert. Nahezu 500 Kollegen haben diese Versammlung durch ihre Unterschrift gefordert.

Die Harburger Zeile Hanomag-Henschel des KB wird im nächsten ARBEITERKAMPF ausführlich von den zur Zeit laufenden Auseinandersetzungen berichten.

Es ist bisher in keinem der Hanomag-Werke gelungen, die Forderungen der Kollegen durchzusetzen.

Neuenkircher Eisenwerke, Saarbrücken

Zwei Tage lang streikten 7000 Stahlarbeiter in Saarbrücken Mitte Oktober. Sie forderten eine Teuerungszulage von 70 DM auch für die restlichen drei Monate dieses Jahres. Dieser Streik wurde gestützt durch Warnstreiks auf der Burbacher Hütte und den Dillinger Hüttenwerken sowie mehreren kleinen Betrieben im Saarland. Sie erreichten die Weiterzahlung der Teuerungszulage.

Mannesmann-Hüttenwerke, Duisburg

Mindestens 3000 Arbeiter traten am 29. und 30.10. in einen sponta-

nen Streik. Sie fordern die Zahlung von zusätzlich monatlich 70 DM.

Der Streik begann am 29. in der Spitzschicht. Ausgangspunkt waren die Verkehrsbetriebe, die schon einmal in diesem Jahr für die Forderung nach einer Teuerungszulage streikten. In der Frühschicht griff der Streik auf das Profilwalzwerk über, jene Abteilung, die schon im März nach einem neun-tägigen Streik

griff auf einen neuen Abschluß der Nacht-, Mehr- und Sonntagsarbeit aus dem gekündigten Manteltarif.

Schon im September hatten die Mannesmann-Vertrauensleute zusammen mit den Lohnforderungen auch die Forderung nach Weiterzahlung dieser von der Gewerkschaftsführung als „stahltypischen Zulage“ bezeichneten Summe gefordert, da der Manteltarif immer noch nicht abgeschlossen ist.



Mehr als 3000 Arbeiter beteiligten sich an dem zwei-tägigen Streik bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg, der zunächst mit der Entlassung von 121 Arbeitern endete.

eine neue Prämienregelung erkämpfte. Es folgten Teile des Stahlwerks und der Hauptwerkstatt, insgesamt 15 Abteilungen.

Die geforderten 70 DM gehen auf eine Vereinbarung zwischen IG-Metall und den Stahlkapitalisten zurück, die im Mai zustande kam. Nach dieser Vereinbarung erhielten die Stahlarbeiter von Juni bis September monatlich 70 DM als Vor-

Der Streik ist zunächst abgebrochen worden, nachdem die Werksleitung mit massiven Drohungen reagiert und 121 Arbeiter fristlos entlassen hat.

Diesen Entlassungen hat der Betriebsrat nicht zugestimmt.

Metall-Komitee,
KB-Gruppe Hamburg



Ruhrkohle-Chief Kuhndt

KRISE

IM STEINKOHLBERGBAU

FÜR WEN?

III. TEIL
DIE KOMMUNISTENJAGO



In dieser Artikelreihe über die kapitalistische Lösung der Krise im westdeutschen Steinkohlenbergbau sind wir in den beiden letzten Ausgaben des AK auf den energiepolitischen Konzepts der Kapitalisten, die Rationalisierungswelle zwischen 1938 und 1965 im Steinkohlenbergbau und die Gründung der Ruhrkohle AG eingegangen.

Grundlage der Einschränkung der Steinkohlenproduktion durch die westdeutschen Bergbaumonopole war der verstärkte Einsatz von Erdöl als Energiequelle.

Dabei konnten die Monopole nicht nur trotz, sondern gerade wegen der teilweise Einstellung der Kohlenproduktion das große Geschäft machen. Sie nutzten die Existenzunsicherheit der Bergarbeiter darauf aus, daß parallel zu Massenentlassungen die Arbeitslosen gesteuert wurde, daß die Kohlenförderung insgesamt nur unwesentlich zurückging. Mitte der 60er Jahre war diese erste Rationalisierungswelle abgeschlossen. Der Ausbau in den Zechen – ohne jede Neu- bzw. auch nur Ersatzinvestition – machte eine profitable Kohlenförderung immer schwieriger. Auf den Zechen lasteten riesige Folgekosten in Höhe mehrerer Milliarden DM für Flur- und Wasserwirtschaftsschäden, Bergarbeiterrenten etc. Ohne umfangreiche Neuinvestitionen für Maschinen konnte auch der Abbau an der menschlichen Arbeitskraft nicht weiter gesteigert werden.

Die Bergbaumonopole und der kapitalistische Staat entwickelten als „Lösung“ das Konzept der Ruhrkohle AG, einer ganz besonderen „Aktiengesellschaft“. Die Bergbaumonopole behielten aus ihren Gesellschaften alle profitablen Zweige, wie z.B. die Kraftwerke, den riesigen Grundbesitz, den Kohlen-Größthandel und die Bergarbeiterwohnungen. Allein die inzwischen unrentablen Zechen wurden zur Ruhrkohle AG zusammengeschlossen, deren Eigentümer die Bergbaumonopole blieben.

Für die Ruhrkohle AG konstruierten die Zechenherren und der Staat eine besondere Rechtsform, die in einem Grundvertrag mit dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Bund festgelegt wurde. Dieser Vertrag sieht vor, daß sämtliche „Verluste“ der Ruhrkohle AG auf Staatskosten getilgt werden. Der Ruhrkohle AG konnten jetzt alle Folgekosten des vorherigen Raubbaus auferlegt werden, Milliarden an Steuergeldern flossen in die Bilanzen. Ihre überalterten Zechen ließen sich die Bergbaukapitalisten weit über Wert von ihrer eigenen Gesellschaft Ruhrkohle AG bezahlen in sog. „Einbringungsleistungen“, denn der Staat übernahm die Bürgschaft. Weit unter Preis mußte die Ruhrkohle AG jährlich ihren eigenen Besitzern, den Zechenherren, die Zechen mieten.

bringungsleistungen“, denn der Staat übernahm die Bürgschaft. Weit unter Preis mußte die Ruhrkohle AG jährlich ihren eigenen Besitzern, vor allem den Stahlindustriellen, Kohle liefern. Dieser dritte Teil der Artikelreihe beschreibt die Kommunistenverfolgung in den Bergbau-Betrieben, die von den Kapitalisten und ihren Handlangern in der Gewerkschaftsführung seit Mitte der 50er Jahre forciert betrieben wurde. Bevor sich spontane Abwehrkämpfe der Bergarbeiter gegen die vornehmbarsten Massenentlassungen entwickelten, waren die Betriebe vorwiegend „geleitet“ worden. Als es dann zu Massenkämpfen der Bergarbeiter kam, waren die Kommunisten bereits weitgehend liquidiert und die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hatte die Bewegung völlig unter Kontrolle und konnte sie in die Irre führen. Jeder Widerstand gegen die Pläne der Kapitalisten brach vorerst zusammen.

Die weiteren Teile der Artikelreihe gehen auf die Kämpfe der Bergarbeiter im Herbst 1969, die Fachisierung der IG Bergbau und schließlich die sozialen Folgen der kapitalistischen Lösung der Krise im Steinkohlenbergbau für die Bergarbeiter und ihre Familien ein.

Das Milliardengeschäft mit der „Kohlenkrise“ auf Kosten der Arbeiterklasse konnte nur bewerkstelligt werden, weil es den Kapitalisten frühzeitig gelang, den Widerstand der Arbeiterklasse fast vollständig zu brechen.

Die Grundlagen für diese Politik wurden schon Mitte der 50er Jahre gelegt, als für die Arbeiter von den zukünftigen Ereignissen noch nichts zu spüren war. Den Kapitalisten gelang es in diesem Zeitraum willigend, die Linken, in der Mehrzahl Mitglieder und ehemalige Mitglieder der KPD, zu isolieren und auszuschalten. Nach dem 1956 erfolgten KPD-Verbot fiel dies besonders leicht, so daß Hunderte von Kommunisten in den Betrieben verfolgt, entlassen und isoliert werden konnten.

Diese Kommunienjagden hatten weniger ihre Ursache darin, daß die KPD, die ehemals an Rhein und Ruhr sehr stark war, zu diesem Zeitpunkt den Kapitalisten in irgendeiner Weise gefährlich werden konnte, sondern vielmehr darin, daß die in der Zukunft von den Kapitalisten erwarteten spontanen Abwehrkämpfe durch die Kommunisten organisiert und mit einer Zielrichtung versehen werden könnten.

Bei der Ausschaltung der Linken stützten sich die Kapitalisten auf die aktive Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Um deren Einfluß gegenüber den Linken in der Arbeiterklasse zu stärken, waren die Ruhrhosen in diesem Zeitraum auch zu erheblichen materiellen Zugeständnissen bereit: Mit den SPD-Gewerkschafts-

„Deutschen Industrieministern“ (DI), einer Zentrale der Arbeitgeberverbände zur Beobachtung gewerkschaftlicher und politischer Aktivitäten der Arbeiterklasse und zur Propaganda der „Freien Marktwirtschaft“, wird deutlich, mit welchen Methoden diese fortschrittlichen Arbeitgebergruppen in den Ruhrzechen mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer der IG Bergbau ausgeschaltet wurden.

Der von der Abteilung II des DI bearbeitete „Bericht zu Gewerkschaftsfragen Nr. 4/61“, „Die Kommunisten und die Betriebsratswahlen 1961“ stellt fest, daß in einigen Ruhrzechen der Einfluß der KPD immer noch verhältnismäßig groß war, „ungeachtet der Tatsache, daß die soziale Situation heute kaum noch Anhaltspunkte für die kommunistische Agitation bietet, so daß in zahlreichen Fällen Kommunisten in die Betriebsräte (1961) gewählt wurden. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Betriebsratswahlen im Zeitpunkt eines besonderen Drucks der Kommunisten in der Deutschlandpolitik stattfanden. Am bemerkenswertesten sind hierbei die Fälle, in denen Kandidaten, die als Kommunisten oder als prokommunistisch orientiert bekannt waren, auf eigenen Listen gegen die der Gewerkschaftslisten Erfolge erzielen konnten.“ (S. 13/14).

Gewerkschaftslisten Erfolge erzielen konnten.“ (S. 13/14)

Mit der Formulierung „im Zeitpunkt besonderen Drucks der Kommunisten in der Deutschlandpolitik“ spielt das DI auf die antikommunistische Hetze der Adenauerregierung an, die 1961 einen Höhepunkt erreicht hatte (Bau der „Mauer“), und auf deren Hetzweise sämtliche bürgerlichen Massenmedien über Kommunisten herfielen.

Erfolge kommunistischer Betriebsratslisten

Dennoch war es z.B. der kommunistischen „Liste Kreienhorst“ auf der Schachtanlage Rheinbaben des Hibernia-Konzerns gelungen, die gewerkschaftsoppositionelle Position gegenüber der letzten Betriebsratswahl noch auszubauen, sodaß auf diese Liste 1794 Stimmen (fast 40%) von 2167 insgesamt gegenüber nur 244 der IG-Bergbau-Liste und 129 des „Christlichen Bergarbeiterverbandes“ entfielen. (Bei der Wahl 1959 hatte die IG-Bergbau-Liste noch 420 Stimmen erhalten.)

Als Kommunist hatte Kreienhorst selbst von 1946 - 1951 auf der IG-Bergbau-Liste kandidiert und war gewählt worden, dann wurde er bei Auseinandersetzungen mit der SPD-Führung der IG-Bergbau wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens“ ausgeschlossen, einige Jahre später wieder aufgenommen und 1959 vor der Betriebsratswahl wieder ausgeschlossen, um seine Wiederwahl zu verhindern. Darauf war Kreienhorst gezwungen, eine eigene Liste einzubringen.

Auf der Schachtanlage „General Blumenthal“ in Recklinghausen waren die Linken ebenfalls gezwungen, auf einer eigenen Liste zu kandidieren. Sie erreichten 50% und acht Sitze, während die von der IG Bergbau-Führung vorgeschlagenen Kandidaten trotz aller Anstrengungen der Gewerkschaftsfunktionäre nur sieben Sitze erhielten. (DI-Bericht, S. 14)

Auf drei Schachtanlagen der „Ewald-Kohle“ sollten die oppositionellen Gewerkschaftler, „nach dem

Willen der Gewerkschaft auf aussichtslose Plätze der gewerkschaftlichen Vorschlagslisten platziert werden.“ (S. 15) Die Linken machten das nicht mit, stellten eigene Listen auf und erhielten statt vorher sieben jetzt insgesamt 14 Sitze in den Betriebsräten, „bei den Untertage-Arbeitern sogar mehr Stimmen als die IG Bergbau“. (S. 15)



Sprengung des Förderturms der Bismark-Zeche 1968

In einigen Zechen gelang es auch einem erheblichen Teil der Linken, über die IG Bergbau-Liste in den Betriebsrat einzuziehen. Von den drei Bismarckschächten in Gelsenkirchen z.B. waren von 50 BR-Mitgliedern 15 Kommunisten, auf Schacht IV und VI der Rheinpreußen AG von 28 Betriebsräten insgesamt 15 Kommunisten.

„Feinsinnig“ interpretierte das Kapitalistenorgan „Industrie-Kurier“ 1961 (Nr. 95) den – unter derartigen Umständen erstaunliche – Erfolg der KPD-Genossen und anderen Linken:

„Die Belegschaft hat in ihrer überwiegenden Mehrheit bewußt Kommunisten in ihren Betriebsrat gewählt. Und dies, obwohl sie nachweisbar nur zu einem geringen Teil kommunistisch geprägt ist. Die eigentliche Ursache ist somit in dem Verhältnis der Arbeitnehmerschaft zum Betriebsrat zu suchen. Sie liegt, bei näherem Betrachten, in der Institution des Betriebsrates, wie dieser von dem Mitbestimmungsgesetz (gemeint ist das Betr. VG – die Red.) gestaltet wurde, begründet. Mitbestimmung hat Mitverantwortung zur Folge und zur Voraussetzung. Hierdurch wird der Betriebsrat gezwungen, sich der „Eigengesetzlichkeit“ des Betriebes (also der Kapitalisten – AK-Red.) zu beugen. Damit wird er aber auch aus seiner Eigenschaft als bloßer Interessenvertreter der Arbeitnehmer in eine Zwitterstellung der Mitverantwortung auch für das Unternehmen gedrängt. Dieser Zuwachs an Verantwortung nun wird von den Arbeitnehmern sehr oft nicht verstanden. Sie glauben, daß die neue Zweifelschicht der Interessenvertretung der Betriebsräte auf mangelnder Standfestigkeit und mangelndem Charakter sowie einem Fehlen der ideologischen Stille zurückzuführen sei. Sie machen den Vorwurf der Desertion und geben sich blauen der Illusion hin, daß alle diese Eigenschaften bei den Kommunisten, den angeblich kompromittierten Erfolgen der Arbeitgeber, am reibtesten zu finden sind.“

Damit gibt das Kapitalistenorgan

zwei Tatsachen zu, die zusehends von den sozialdemokratischen Führern in Betrieb und Gewerkschaft auf Entschiedenheit voller Entrüstung zurückgewiesen werden, besonders wenn diese Feststellungen von Kommunisten getroffen werden. Nämlich erstens, daß das Betr. VG (Betriebsverfassungsgesetz), das alte wie das neue, den als Arbeit-



Sprengung des Förderturms der Bismark-Zeche 1968

nahmervorteiler gewählten Betriebsrat zu zwingen versucht, sich der „Eigengesetzlichkeit“ des Betriebes, also den kapitalistischen Profitgesetzen, unterzuordnen; und zweitens, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer diese Rolle des Betriebsrates, wie sie die Gesetze des kapitalistischen Staates vorschreiben, völlig akzeptieren und



Auch der Schachturm wurde vernichtet durchzuwerfen sich bemühen sowie von der „Interessensvertretung der Arbeiter“ zur Wahrung der „Mitverantwortung für das Unternehmen“ übergeben sind, was, wie der Schreiberling bedauert, „von den Arbeitnehmern sehr oft nicht verstanden wird“.

Nach diesem Erfolge der Linken, die im einzelnen auf eine gute Verankerung in Betrieben und Betriebsräten hinarbeiten, in der Masse der 600 000 Ruhrkumpeln mit zig-Tausenden an Betriebsräten allerdings keine allzu große Bedeutung hatten, wuchs eine beispiellose Hetzkampagne auch zur Ausschaltung dieser letzten Widerstandszentren gegen die Pläne der Kapitalisten an der Ruhr ein. Ihr Beispiel hätte ja Schule machen können ...

Die "Säuberungsaktion" der "Arbeitnehmervertreter" Mick/Katzer (CDU/CSU) und Gutermuth (SPD)

Vom „Arbeitnehmerführer“ der CDU/CSU im Bundestag, in dem sich die Sozialdemagogen der „Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ tummeln, starteten Hans Katzer und Josef Mick eine Anfrage an die Adenauer-Regierung und forderten Auskunft über die Verhältnisse auf der Rheinischen Zeche, auf der Kreienhorst die BR-Wahl haushoch gewonnen hatte. Diese Anfrage war u.a. deswegen möglich, weil diese Zeche zum bundesgesetzlichen Hibernia-Konzern gehörte. Katzer/Mick forderten die Entlassung von Kreienhorst, da dieser Kommunist „die Mitbestimmungsrechte der Belegschaft (!) mißbrauche“, seine Erfolge auf der „Mißachtung des Betr. VG und Druck auf Arbeitnehmer“ beruhten und „die Frage besondere Beachtung verdient, die den Verdacht der Betriebsauspöhlung nahelegt“.

Daß fast 90 % der Stimmberechtigten in geheimer Wahl für Kreienhorst waren, störte auch die SPD in ihren Behauptungen nicht. Im ihrer „Neuen Rhein-Zeitung“ vom 17.6.61 ließ sie einen „Kumpel der Zeche“ zu Wort kommen: „Hier gilt das Gesetz: Wer nicht für Kreienhorst ist, gilt als Feind, Arbeitervertreter, Kapitalistenanhänger.“ (Man beachte, wie eine Parallele gezogen wird zu den Nazis: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!“) „Es ist mehr als einmal geschehen, daß Leuten gedroht worden ist, wenn sie nicht zur Stange hielten.“

Der SPD-Pressedienst warf der Adenauer-Regierung „Großzügigkeit“ mit den Kommunisten vor und forderte stärkere Maßnahmen: „Aus der kleinen Anfrage (von Katzer/Mick) an die Bundesregierung ist dabei zu entnehmen, daß die Werksverwaltung in Botropp den Exkommunisten um Kreienhorst recht großzügig gegenübertrat und dem von der IG Bergbau und Energie als Meinungs- und Geknüttelterror der Kreienhorst & Co.

bezeichneten politischen Druck auf die Belegschaft nicht konsequent entgegentrat.“ (14.6.61)

Die gewerkschaftsoppositionelle Arbeiter-Gruppe um Kreienhorst lehnte das arbeiterfeindliche BVG (Betriebsverfassungsgesetz) ab und vermehrte statt dessen, den Widerstand der Kollegen gegen die Geschäftsleitung zu organisieren und aktivieren, so daß sich die Geschäftsleitung zu verschiedenen Zugeständnissen gezwungen sah.

Diese Zugeständnisse warfen die Führer die IG Bergbau ihrerseits nun den Kapitalisten vor, da sie zur Unterstützung der Linken durch die gesamte Belegschaft geführt hätten, wobei das BVG „mißachtet“ worden sei. Statt dessen forderten sie von den Kapitalisten harten Kurs gegen Kreienhorst.

Unter der bezeichnenden Überschrift „Unsere Geduld ist zu Ende“ – Betriebsratkonferenzen sind kein Tummelplatz für kommunistischen Terror“ (!!) schrieben diese Leute im Zentral-Organ der IG Bergbau „Einheit“ (Nr. 13/1961) zur Betriebsratswahl der Zeche Babenhäuser:

„Die Kollegen, die trotzdem eine IGBE-Liste vorbereitet und aufgestellt hatten, ständen einem durchorganisierten Apparat (!) gegenüber, den Kreienhorst aus der Schär seiner Anhänger (!) gebildet hatte und der jede (!) anders geartete Willensäußerung bekämpfte. Allein diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß sich auf Rheinischen eine Psychose (!) entwickelt hat, die das selbstherrliche (!) Auftreten Kreienhorst und seiner Männer hingenommen (!) und sich mit ihm abgefunden (!) hat.“

Auftrieb erhielt diese Psychose zweifellos auch aus dem Umstand, daß sich Kreienhorst jede Extravaganz erlaubte (!) und unter Mißachtung des von ihm abgelehnten BVG seine eigenen Regeln im Betriebsrat und im Betrieb wirken lassen konnte.“



Die letzte Schicht auf der stillgelegten DEA (TEXACO)-Zeche Graf Bismarck. Die Kapitalisten kassierten 140 Mill. DM Prämie dafür. Heute wird die Kohle der Graf Bismarck von der Ruhrkohle AG abgebaut, für die notwendigen Neuinvestitionen gab es ständige Beihilfen.

Nachdem so die Kapitalisten und ihre Handlanger aus den Parteien und Gewerkschaftsführung die Ausschaltung der Linken propagandistisch vorbereitet hatten, folgten direkte Maßnahmen. Heinrich Gutermuth, damals IGBE-Vorsitzender, leitete sie auf der ersten Betriebsratvollversammlung des Hibernia-Konzerns nach den Wahlen Mitte Juni 1961 ein, auf der sich die Linken insgesamt in der Minderheit befanden.

Gleich zu Beginn der Versammlung forderte Gutermuth, daß sich alle anwesenden Betriebsräte laut BVG ausschließlich mit wirtschaftlichen, sozialen und arbeitstechnischen Fragen zu beschäftigen hätten, politische oder gewerkschaftliche Fragen zu erörtern sei verboten. Für die Linken war dies eine einzige Provokation, der natürlich nicht zu gestimmt werden konnte, da damit alle entscheidenden Fragen vom Tisch waren.

Daraufhin verließen, wie zuvor verabredet, auf Aufforderung Gu-

termuths an „alle demokratisch geminten Belegschaftsvertreter“ die anwesenden IGBE-Betriebsräte – in einträchtiger „Solidarität“ gegen die Linken – zusammen mit den Vertretern der Spaltergewerkschaften DAG und „Christlicher Bergarbeiterverein“ die Konferenz.

Auf die Forderung Gutermuths an den Hibernia-Vorstand wurden Kreienhorst und der Betriebsrat Sadowski wegen „Mißachtung“ des BVG“ entlassen, was sich nach der allseitigen Hetze in den Vorwachen und in dem allgemeinen antikomunistischen Heizklima jetzt durchsetzen ließ.

Jede Solidarität mit den Entlassenen wurde im Kern erstickt: So entließ z.B. die Geschäftsleitung der Schachtanlage „Franz Haniel“ den Betriebsrat Franz Wemmers, der zur Solidarität mit Kreienhorst und Genossen aufgefordert hatte und Unterschriften gegen deren Maßregelung gesammelt hatte. (Natürlich wegen „Verstoß“ gegen das BVG durch „Störung“ des „Betriebsfriedens“.)

Richtigstellung

In Artikelfolge in AK 32 und AK 33 „Krise im Steinkohlenbergbau – für wen?“ beschäftigt sich in ihrem ersten Teil mit der westdeutschen Energiepolitik, insbesondere mit der Umstellung des Energieverbrauchs von Steinkohle auf Erdöl. Hierbei sind den Genossen leider einige sachliche und politische Fehler unterlaufen, die wir hier richtigstellen wollen.

Förderung und Verarbeitung von Erdöl ist für die Imperialisten heute tatsächlich „das größte Geschäft der Welt“ (vergl. AK 30, Seite 17). Das liegt vor allem daran, daß die Produktionskosten des Erdöls außerordentlich niedrig sind, und zur Produktion, Verarbeitung und Vermarktung relativ wenig menschliche Arbeitskraft verbraucht wird. Das gesamte Geschäft befindet sich in der Hand einer vielfach verflochtenen Gruppe von wenigen multinationalen Monopolfirmen, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht die Abgaben an die Förderländer drücken und die Verkaufspreise, etwa für Heizöl und Benzin, hochtreiben können, so daß riesige Gewinne garantiert sind.

Welchen Anteil die Kapitalisten der BRD an diesem Geschäft erhalten, das richtet sich nach dem internationalen Kräfteverhältnis. Deshalb ist nicht der Suezkanal der Wegbereiter der BRD-Konzerne zum Ölgeschäft gewesen. Vielmehr war der Suezkanal nur ein Ausdruck der in den 50er Jahren stattfindenden Kräfteverschiebungen zwischen den imperialistischen Mächten USA, Großbritannien, Frankreich und BRD, in deren Verlauf sich die USA einen verstärkten Einfluss im Nahen Osten sicherten, und die BRD ihren Aufstieg zur imperialistischen Macht begann.

Die westdeutschen Energiemonopole hatten übrigens auch nicht bis zum Suezkanal, „im wesentlichen Erdöl war aus Libyen und Algerien beziehen können“, weil in beiden Ländern erst 1956 Erdöl entdeckt wurde.

Der Anteil der BRD-Konzerne am Ölgeschäft ist heute immer noch klein. Bei Zustandekommen des ge-



Ein Foto der Demonstration der Ruhrkumpel im Oktober 1969. 200 000 hatten sich angemeldet, für Kampf ein Drittel organisierte die Gewerkschaftsführung nur Transportmöglichkeiten.

Jeder Widerstand der Arbeiter vorerst gebrochen

1959, zu Beginn der ersten Zechenstilllegungen, hatten die Kapitalisten es noch hinnehmen müssen, daß es den Führern der IGBE nicht gelang, den spontanen Protest der Ruhrkumpel völlig abzuwehren. Auf einer zentralen Versammlung von Betriebsfunktionären im August wurden von den Linken statt schöner Worte endlich Taten gegen Feilschichten, Betriebsstilllegungen und Entlassungen gefordert. Der IGBE-Vorstand war gezwungen, Protestkundgebungen in den einzelnen Ruhrstädten und einen zentralen Demonstrationsmarsch nach Bonn anzukündigen. Gutermuth erklärte ganz „müde“:

„Wir werden im Ruhrgebiet marschieren, die modernsten Propagandamittel anwenden und auch in Bonn aufkreuzen, wenn unser angekündigtes Aktionsprogramm zum Zuge kommt.“ („Der Blinkfisch“, Nr. 16/59)

Als die IGBE-Führer dann allerdings sahen, daß diese Aktionen zu einer breiten Massenbewegung der Kumpels anwuchsen, stellten sie die Kundgebungen in den einzelnen

Städten schleunigst wieder ein. Für den Marsch auf Bonn im Oktober 59 hatten sich 200 000 Bergarbeiter angemeldet. Als es dann soweit war, hatte der IGBE-Vorstand nur für 60 000 Kumpel Sonderzüge, Dampfer und Busse gemietet. Die Übrigen mußten zu Hause bleiben! Statt den vorhandenen Kampfeswillen zu organisieren, verbreitete Gutermuth Resignation: Er forderte „Hilfmaßnahmen“ der Regierung, von denen die Kumpels wußten, daß sie lediglich den Zechenherren zukommen. Die Schließung von vorläufig 13 Zechen hielt er gleichzeitig für „unvermeidlich“.

Nach der Ausschaltung der letzten oppositionellen Gewerkschafter 1961 brachten die Zechenherren vorerst den spontanen Protest der Belegschaften nicht zu fürchten. Es hätte keine Kraft gegeben, die ihn organisieren und eine Richtung entgegen der sozialdemokratischen Politik des Verkaufs an die kapitalistischen Interessen, hätte geben können. Planmäßig wurden die Zechen geschlossen und die Belegschaften abgebaut. (vgl. die Zahlen im ersten Teil) (Wird fortgesetzt)

KB Unser Weg 20/21

ZUR CHINESISCHEN KULTUR-REVOLUTION

Preis DM 2,-

60 Seiten

zu bestellen über: Verlag J. Renata
2 Hamburg 13
Rutischbahn 35

erhältl. im: ARBEITERBUCH
2 Hamburg 13
Gründelhof 45

Hamburg: Kapitalistische 'Sanierung' in Ottensen

Seit einiger Zeit bekommen immer mehr Werktätige in der BRD zu spüren, was in unserer Gesellschaft unter 'Sanierung' verstanden wird. Am bekanntesten geworden sind bisher Frankfurt-Westend, Westberlin-Kreuzberg, in Hamburg St. Georg/Hohenfelde, St. Pauli-Süd und Ottensen.

'Sanierung' heißt auf deutsch Gemüdn machen. Für wen aber sollen bei uns die Städte 'gesünder' werden?

Das Problem der 'Sanierung' ist nicht so neuartig, wie man unter der bloßen Perspektive der letzten Jahre denken könnte. Schon Friedrich Engels untersuchte im letzten Jahrhundert die 'Sanierungs'vorhaben der deutschen Bourgeoisie.

„Die Ausdehnung der modernen Städte gibt in gewissen, besonders zentral gelegenen Strichen derselben dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert, der darauf errichteten Gebäude, statt diesen Wert zu erhöhen, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man

Unter „gesünder“ Stadtteilen verstehen die Kapitalisten „gesündere“ Profite bei Boden Spekulation, Wohnungsbau und Hausbau. Aufgrund steigender Bodenpreise wird der Boden in den Ballungsräumen der Städte „zu schade“ für Arbeiter. Verdrängung alter Stadtteile, hohe Mieten, Zerschneidung der Wohngebiete durch breite Straßen, miserables öffentliches Nahverkehrssystem, Lärm, Umweltverschmutzung und Gefahr – das alles stimmt täglich zu Demagogie und die „Krankheit“ der Städte bei der „Sanierung“ zum Vorwand genommen, um sie noch mehr zu zerstören. Das ist auch für Ottensen geplant – einen Arbeiterwohnbezirk in Hamburg-Altena. Die dort im Mai gegründete Bürgerinitiative versucht, die Interessen der Ottenser deutlich werden zu lassen und die in der Bevölkerung vorhandene Unruhe gegen die Pläne des Hamburger Senats zu organisieren.

teill 212 stimmten sogar 75 % der Häuser aus dem letzten Jahrhundert – Ottensen wurde wong betroffen von den Bomben im Sommer 1942, denen rund 40 000 Hamburger und ganze Stadtteile zum Opfer fielen. Es ist ein ausgesprochener Arbeiterwohnbezirk, wo auch besonders viele alte Menschen wohnen und wo der Anteil der ausländischen Arbeiter der höchste von Hamburg ist.

Zwischen den Wohnhäusern, in den Hinterhöfen, sind viele kleine Gewerbebetriebe, vereinzelt auch größere Industriebetriebe – vor allem die Firma Menck und Hambrock.

Wohnungen von Kapitalisten und Managern eignet es sich aufgrund der hohen Elbe und der Elbvororte (Blankenese) sehr gut. Für die arbeitende Bevölkerung ist ein solches Gebiet, solcher Grund und Boden „zu schade“.

Deswegen soll in Ottensen die sogenannte „City-West“ entstehen. Von Sanierung alter Häuser wurde in Ottensen schon seit Jahrzehnten gesprochen. Konkrete Pläne tauchten jedoch erst auf, nachdem die CDU 1969 mit dem Plan einer City-West an die Öffentlichkeit trat. Als damals die Spekulanten und

Im Senat) bedeuten für die Ottenser Bevölkerung mindestens 95 % der von der „Sanierung“ betroffenen Bevölkerung werden, wie die Erfahrungen in anderen Städten zeigen, aus Ottensen vertrieben werden, da die, auch wenn neue Wohnungen gebaut werden, die teuren Mieten nicht werden bezahlen können. Sie werden unterkommen müssen in den Betonblöcken am Osdorfer Born, am Mümmelmannsborg oder in Alstermünde. Das bedeutet Erheblich höhere Mieten, weite Entfernungen zum Arbeitsplatz (womit sie fast zu Pendlern werden und ihr Arbeitsweg um einige Zeit länger sein wird), Zerstörung der gewachsenen sozialen Verbundenheit und Solidarität. Für viele Ottenser wird es auch bedeuten Baracke, Nissenhütte, Obdachlosenzimmer (Schon heute gibt es in Hamburg rund 10 500 Obdachlose).

„Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Selbstmord treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten.“ (Berlold Brecht)

wicht der Bebauungspläne, die im Altonaer Rathaus einzusehen sind, waren jedoch nur veraltete, bereits vor 1966 verabschiedete Pläne für einzelne, wenige Häuser zu sehen.

Oh Ottensen zum Städtebauförderungsbereich erklärt wird, ist bisher nicht klar. Dadurch würden zur Zeit wohl die Pläne der Behörden für die Bevölkerung zu offensichtlich.

Auf einer Pressekonferenz am 13.6.73 sagte Bauminister Caesar Meißner, es würde kein Autobahnzubringer durch Ottensen gebaut. Die Einwände der Bevölkerung hätten



reißt sie nieder und ersetzt sie durch andere. Das geschieht vor allem mit zentral gelegenen Arbeiterwohnungen, deren Miete, selbst bei der größten Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam über ein gewisses Maximum hinausgehen kann. Man reißt sie nieder und baut Läden,

mit Maximum hinausgehen kann. Man reißt sie nieder und baut Läden, Warenlager, öffentliche Gebäude an ihre Stelle.“

(aus F. Engels, „Zur Wohnungsfrage“) In einer kapitalistischen Gesellschaft werden nicht nur die Produkte menschlicher Arbeit zu einer (kläuflichen) Ware, sondern auch der „Naturvorrat“, der Grund und Boden (selbst wenn er völlig unbesiedelt ist). Da dieser mit beengter vorhanden ist und nicht wie die Erzeugnisse von Industrie und Landwirtschaft vermehrt werden kann, steigt der Bodenpreis immer weiter – ganz besonders in Zeiten, wo wachsender Bedarf nach Boden besteht. Dies war in den letzten Jahrzehnten in der BRD der Fall. Aufgrund großer Nachfrage für Industrieanlagen, Hausbau, Straßen usw. stiegen in der BRD die Baulandpreise von 1950 bis 1970 auf das zwötfache. In den Ballungsgebieten sogar allein von 1959 bis 1969 auf das zwanzigfache.

Die großen Bodenbesitzer haben so riesige Profite gemacht – das bekannteste Beispiel ist ein Herr von Fuch, der in München pro Tag durch Nachkauf aufgrund der Wertsteigerung seines Bodens über eine Million Mark verdient. Noch ein weiteres Beispiel: In Wiesbaden hofften Spekulanten, ein Wohngebiet zu einem Bürohausviertel machen zu können. Innerhalb von drei Monaten stiegen die Grundstückspreise von 200 000 DM pro qm auf 1 000 000 DM – also um 400 %. Und auch am Boden verdienen nicht die „kleinen Leute“, sondern in erster Linie die 0,01 % der Bevölkerung, die über 1/3 der Wirtschaftsfähige und fast 3/4 der Gesamtfläche der BRD besitzen.

Ottensen ist ein Stadtteil von Hamburg-Altona mit über 30 000 Einwohnern. Es ist ein sehr dicht bebautes Altbauviertel – bis auf wenige Ausnahmen sind die Häuser vor 1914 gebaut. Große Teile davon ist die Zeit des Wirtschaftsaufschwungs nach 1870/71 (im Ort-

deren mehrere tausend Beschäftigte auf etwa sechs Werke in Ottensen verteilt sind Menck und Hambrock zieht zum Jahresende von Ottensen nach Ellerhus bei Pinneberg vor die Tore von Hamburg. Die Grundstück der Firma hat die Neue Heimat gekauft. Der Auszug des Betriebes wird der Grundriss der Grundstücke der Firma hat die Neue Heimat gekauft. Der Auszug des Betriebes wird der Grundriss der Grundstücke

Ottensen liegt sehr zentral. Zur City sind es etwa fünf Kilometer mit guter Straßenverbindung, am Bahnhof beginnen/enden fast alle Zugverbindungen Hamburgs, S-Bahn, weitere S-Bahn im Bau, U-Bahn geplant, die neue Autobahn soll von Finkenwerder/Kiel kommend in wenigen



Wochen bis zur Ausfahrt Waldsee (17,2 km von Ottensen entfernt) eröffnet werden und nächstes Jahr dann weiter durch den neuen Tunnel über den Hafen nach Süden führen, so daß dann von Ottensen eine direkte Verbindung zur anderen Elbseite, nach Harburg und vor allem zum Hafen, zu den neuen Industrieanlagen an der Unterelbe bestehen wird.

Das alles macht Ottensen zu einem „Leckerbissen“ für Bodenspekulanten, Wohnungsgewerkschaften, Kaufhauskonzerne, Handel, Banken und Versicherungen. Auch als Gebiet für Eigentumswohnungen/Zweit-

Die Aktionsgemeinschaft Ottensen (AO) hat ein Straßenfest für Kinder organisiert.

Konzerne ihre Chance sahen, wurde diese Anregung auch von der Wirtschaftsbehörde aufgegriffen, die sich dann mit der Baubehörde in Verbindung setzte.

Senat will Kahlschlagsanierung

Senat will Kahlschlagsanierung

Nach den Wünschen des Senats und der dahinter stehenden Konzerne soll ein großer Teil Ottensens kahlschlagsanieren werden – davon würden etwa 10 bis 15 000 Menschen betroffen. Auf einem 30 Hektar großen Gebiet sollen nach den Worten von Bauminister Caesar Meißner Kaufhäuser und Bürogebäude gebaut werden. (Auszug der City-West)

Was sind die Interessen der Ottenser?

Ein „gesünder“ Wohnen in Ottensen würde folgende Sofortmaßnahmen erfordern:

- Abriß der nicht mehr renovierbaren Bausubstanz sowie der stillgelegten Gewerbebetriebe und Lagerhäuser, Nutzung der freierwerdenden Flächen zum Bau wirklich preiswerter Sozialwohnungen, in die die alten Mieter, deren Wohnungen nicht mehr renovierbar sind, wieder einziehen, und wo zusätzlich neuer Wohnraum für Arbeiterfamilien geschaffen wird, Anlage von Grünflächen, Spielplätzen, Altersheimen, Jugendhäusern.

- Renovierung der zu erhaltenen Häuser (ein Großteil der Wohnungen ist ohne Bad und Toilette – besonders im Ortsteil 212, wo 6 600 Menschen wohnen. Dort ist in 55 % der Wohnungen kein Bad. Hamburger Durchschnitt 16 % – und in 1/4 der Wohnungen kein eigenes WC).

- Kein Durchgangsverkehr durch Ottensen, insbesondere kein Autobahnzubringer durch das dicht besiedelte Gebiet. Stattdessen wäre der Bau eines Zubringers, wenn wirklich notwendig, auf einer Hochstraße über der S-Bahn-

Forderungen der protestierenden Ottenser: „Baut Wohnungen statt Büropaläste“, „Kampf dem Durchgangsverkehr“, „Für niedrige Mieten“, „Mehr Spielplätze“ usw.

überzeugt. Daraus machte die „Morgenpost“, „Bürger siegen über die Behörden“. Tatsache ist jedoch, daß die Autobahnzufahrt Waldsee-Straße in wenigen Wochen eröffnet wird. Nach Schätzung der Behörden werden nach Fertigstellung der Autobahn auch im Süden Hamburgs 26 000 Autos mehr täglich durch Ottensen fahren. Die Bauarbeiten an den entsprechenden Straßen sind inzwischen auch fast abgeschlossen. Überhaupt ist es für den Senat günstig, Stück für Stück vorzugehen und so Stück für Stück Fakten in seinem Sinn zu schaffen.

Der durch enge Straßen zur Autobahn führende Verkehr wird das Leben für viele Tausend Menschen durch Lärm, Gefahr und Gestank ungeheuer beeinträchtigen. Die Behörden hoffen, so das Wohnen zu verdammen – oder auch, daß die Anwohner schließlich selbst nach einer breiten Straße für den Durchgangsverkehr was mit Hausenbrü verbunden wäre) rufen.

An einem Großteil der Häuser in Ottensen wird seit Jahren nichts mehr getan (teilweise ganz bewußt, teilweise – von den kleineren Hausbesitzern – weil sie selbst nicht wissen, was gemacht wird), viele Wohnungen werden mit ausländischen Arbeitern überbelegt, so daß insgesamt eine allmähliche Verarmung eintritt, die den Totalabriß „einsichtiger“ machen wird.

Neben dem Zurückhalten von klaren Informationen (eine kleine Notiz im amtlichen Teil der Zeitung, daß dort und dort dann und dann der Plan ausläge, gilt schon als „Information der Bevölkerung“) ist die „Nichtzuständigkeit“ der einzelnen Behörden ein beliebtes Mittel des Staatsapparates. Jedes Ministerium behauptet nur für den und den kleinen Teilbereich zuständig zu sein, so daß man sich gegenseitig die Verantwortung schiebt.

Bauminister Meißner hat mehrfach einen zentralen Überblick und wöchentliche Besprechungen, für konkrete Fragen ist dann aber das Altonaer Bezirksamt zuständig, was auf dem Gelände der Neuen Heimat gewohnt ist, deren Sache usw.

Schuld daran und nicht so sehr die einzelnen Beamten, sondern der Aufbau des Behördenapparates, der auf Undurchsichtigkeit für die Werktätigen ausgerichtet ist.

Ein weiteres Mittel der Behörden ist, die Bewohner verschiedener Stadtteile gegeneinander auszuspielen. So in einem „Morgenpost“.



Protestdemonstration der Aktionsgemeinschaft Ottensen (AO)

linie, durch Gewerbegebiet, durch Untertunnelung denkbar. Und vor allem Aufbau eines weitverzweigten, oft verkehrenden, schnellen öffentlichen Nahverkehrs ohne dauernde Preis erhöhungen.

Täuschungen, Tricks und Hetze

Ein Mittel des Senats gegenüber der Bevölkerung ist, sie in Unklarheit und Unsicherheit zu lassen. So hat ein Teil der Ottenser bis heute noch nichts von den „Sanierungs“plänen gehört. Ein anderer, größerer Teil hat was verlauten hören, weiß aber nichts genaues. Das „Entwicklungsmodell“ für Hamburg von 1969 sieht für Ottensen ein sogenanntes Managementzentrum ähnlich der City Nord vor.

Dieser Plan hat aber keine Rechtswirksamkeit. Rechtswirksamkeit hat erst ein Bebauungsplan. Bei der Über-

Forts. Ottensen

Artikel vom 2.7.73, wo ein Bau direktor Maßfeld von der Baubehörde sagt, daß man „das Problem auch ohne“ bei Schließung der Ausfahrt Walderstraße sich der Verkehr jedoch über die Ausfahrt von Sauerstraße und dann durch Bahnhofs ergeben würde. Die beste Möglich- keit wäre noch der Bau einer Stadt- autobahn, aber dagegen hätte sich der SPD-Parteitag aufgrund der Pro- bleme der Bevölkerung ausgesprochen.

Die Alternative, Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs oder auch denkbarer Möglichkeiten für den Auto- bahnausbau, die nicht so viele Menschen so erheblich beeinträchti- gen würden, werden gar nicht erst in Betracht gezogen, weil den Behör- den letztlich an einer Planung im Interesse der Menschen nicht liegt, weil ihnen das „zu teuer“ ist.

Erste Proteste aus der Bevölke- rung wurden vom „Hamburger Abendblatt“ z.B. so behandelt, daß

es einen „Ottenser“ über die Demun- stration der Bürgerinitiative „Aktionsgemeinschaft Ottensen“ sagen läßt: „Ein Gruppchen Radikaler will uns vor seinen Politikern span- nen.“ Aus knapp 300 Demonstren- ten werden 150 gemacht. Als posi- tives Vorbild wird die „Bürgerinitia- tive Ottensen“ hingestellt (dort könn- ten nur Haus- und Ladenbesitzer Mitglied werden!), die sich den In- teressen des Senats glänzend unter- ordnet. Deren Vorsitzender (Leder- geschäftsinhaber Adolff) sagte laut „Abendblatt“: „Wenn wir in Otten- sen etwas erreichen wollen, dann nur durch sachliche Gespräche... Nicht beschimpfen und verunglim- pfen, sondern sprechen und Lö- sungsvorschläge anbieten, nur so kommt man weiter.“ Solche Dema- gogie gelingt Springers „Abend- blatt“ leider relativ leicht, da die „Aktionsgemeinschaft Ottensen“ es bisher kaum verstanden hat, auf den Informations- und Bewußtseins- stand der Bevölkerung einzugehen und den Gegner der Interessen der Ottenser konkret zu entlarven.

Die neueste Variante im „Reper- toire“ der Behörden ist das Angebot der „Mitbestimmung“. Am Bezirks- amt Altona soll eine neue Stelle ein- gerichtet werden, wo ein Beamter als „Mittler zwischen Behörde und Bevölkerung“ arbeiten soll. Er hat also die Funktion, einerseits die Behördenpropaganda in der Bevölke- rung zu verstärken, andererseits die Behörden noch besser abzuschnür- en und schließlich den Eindruck zu er- zeugen, die Behörde kümmere sich um die Interessen der Bevölkerung.

Die SAGA, ein städtisches Wohnungsunternehmen, das in Otten- sen eine große Zahl von Häusern besitzt und verwaltet, hat vor kur- zem einen „Beirat“ gegründet, einen Rat, in dem Vertreter der Bevölke- rung zur Sprache kommen sollen. Die neueste Parole der SAGA lautet „Städterhaltung der kleinen Schrit- te“, wobei die diese Parole sicher- lich auf kleinere, unwichtigere Ge- bieiete Ottensens anzuwenden wird, um so vom Totalabsturz eines großen Ge- bietes abzulenken.

außen vor bleiben. Tatsächlich sah es so aus, daß große Teile der Ar- beiter der AO von dieser „Partei- politik“ durchgezogen waren, daß ganz besonders viele Sitzungen der AA von Sticheleien und Gemetz (offe- nen Auseinandersetzungen) wurden nicht geführt, geprägt waren (mit den Extremen Juso - KPD/MC).

Nach der Demonstration wurde allmählich immer deutlicher, daß der AO eine klare, einheitliche Per- spektive fehlte. Einzelne Vorschläge, unter anderem von Genossen der KB-Stadtteilgruppe, konnten sich in der AO nicht durchsetzen, wohl nicht zuletzt deshalb, weil diese Vorschläge noch recht halb-gar wa- ren.

So sah die Arbeit in den letzten zwei Monaten folgendermaßen aus: Jede der sechs Gruppen handver- keltete allein vor sich hin, es fanden einige kleine Aktionen statt, die ge- ringen zurechnen. Aber, so wie die Isolierung zeigte, stellvertretend für die Bevölkerung stellten und die zum anderen an ein- zelnen kleinen mit der „Sanierung“ irgendwie in Zusammenhang stehen- den Punkten (Spielplatz-Verschöne- rungsaktion, Forderung nach Zebra- streifen) ansetzten und den großen Zusammenhang aus den Augen ver- loren, die „Mobilisierung der Be- völkerung“ verkam zum hilflosen Appell „Die Einwohner Ottensens sind aufgerufen... „Kämpft mit!“, „Kommt zu den Sitzungen der AO“, „Noch ist es für Ottensen nicht zu spät!“ - solche Appelle tauchten in der letzten Ausgabe der OZ in jedem zweiten Artikel auf, es ge- lang der AO nicht, weitere Men- schen in Ottensen zu mobilisieren, zur eigenen Aktivität zu ermu- tigen - im Gegenteil! In den Reihen der AO selbst machte sich zuneh- mend Resignation breit und einige Mitglieder verließen die Gruppen, vor allem von den älteren Mitarbei- tern.

Die Fehler der AO sind jedoch wesentlich durch die objektive Lage bedingt. Es ist heute allgemein sehr schwer, „Massen“ für eine breite und längerfristige Arbeit im Stadt- teil zu gewinnen. Das auch deshalb, weil viele Menschen das Gefühl ha- ben, daß sie in diesen Fragen ge- genüber dem Staat machtlos sind, weil keine wirksamen Kampfmittel verfügen (wie zum Beispiel der

Es kommt darauf an, daß die AO möglichst umfassend unter- sucht, was die Behörde vorhaben, und bekannt macht, was das für Ottensen bedeutet.

Welche Bedeutung haben prak- tisch der erste und der zu erwarten- de zweite „Programmplan Otten- sen“ des Senats? Weshalb kauft die SAGA zentrale Grundstücke in Otten- sen? Was bedeuten die schönen Worte im Wahlprogramm der SPD zur Bürgerschaftswahl 1974? usw.

Während auf der einen Seite ein geduldiger, zielgerichteter Kampf gegen die Behörden an die Stelle des „Schlagens in die Luft“ treten muß, ist auf der anderen Seite not- wendig die Ausrichtung der AO auf eine Hilfe zur Selbstaktivität der Be- völkerung, muß ein konkretes An- knüpfen an den Interessen und Standpunkten der Ottenser an die Stelle spektakulärer Stellvertreter- kämpfe treten. Wie so kann man ab dem „Braten im eigenen Saft“ rauskommen und kleine Erfolge ver- zeichnen. Wobei diese Erfolge erst mal wesentlich in guter Entlarfung der Behördenpläne, der leeren Ver- sprechungen der bürgerlichen Par- teien sowie einem zunehmenden Zusammenhalt unter der Bevölke- rung bestehen werden.

Wichtige Mittel in einem solchen Vorgehen können sein:

Gute Flugblätter, die tatsäch- lich zu größerer politischer Klarheit beitragen und sich nicht in abstrakten Phrasendrescherei und Illusionsma- cherei ergeben, Versammlungen mit und ohne bürgerliche Politiker und Behördenvertreter, die Organisie- rung von Haus- und Straßenver- tretern wäre anzustreben; die Politik des „Offenen Briefes“ gegenüber den Behörden wäre anzuwenden, Abende für ausländische Kollegen und Volkskisten wären zu veranstal- ten.

Die Stadtteilgruppe Altona des KB war in der Vergangenheit nicht in der Lage, eine praktische Alter- native zur Arbeit der AO zu ent- wickeln. Der wesentliche Fehler war eine fast vollkommene Be- schränkung auf die Arbeit in den Gremien der AO. Es wurden also Fehler im Stadteil wiederholt, die in den Anfangsgründen der Be- treibbarkeit ebenfalls auftauchten. Wenn man aber nur in den Gremien

Die Interessen der Massen müssen im Mittelpunkt stehen

- zur Arbeit der „Aktionsgemeinschaft Ottensen“ -

Die „Aktionsgemeinschaft Otten- sen“ (AO) wurde im Mai dieses Jahres gegründet. Vorher gab es in Ottensen einen Juso-Arbeitskreis, der seit Sommer 72 die „Ottenser Zeitung“ (OZ) herausgab. Außer durch die monatlich erscheinende Zeitung traten die Jusos nicht an die Öffentlichkeit. Etwas mit An- fang dieses Jahres begannen auch einige Mitglieder und Sympathi- santen der „KPD/ML“ in dem Ar- beitskreis mitzuarbeiten. Seitdem zeigt die OZ folgendes Bild: Ein- seits illusionäre Vorstellungen über den Staatsapparat und die SPD, an- dererseits wortradikale Sprüche. So wird in der letzten OZ/verkaufte Auflage der Zeitung in Ottensen 1.000 - 1.500 einerseits von einem „Sanierungsritium“ (i) der Behör- de gesprochen, andererseits finden sich Sätze in dem Stil „Die SPD ist arbeitserföndlich“, die aber, wenn sie nicht verbunden sind mit konkreten politischen Enthüllungen sowie dem Aufzeigen der nächsten

konkreten politischen Enthüllungen sowie dem Aufzeigen der nächsten Schritte bei dem jetzigen Kräftever- hältnis zu Phrasen werden.

Nach einer ersten öffentlichen Versammlung im April (150 Teil- nehmer) wurde auf einer 2. Ver- sammlung in der Schule Gaußstra- ße im Mai von 300 Ottensern die „Aktionsgemeinschaft Ottensen“ gegründet. An dieser Versammlung nahm auch eine ganze Reihe von Arbeitern und Angestellten sowie älteren Menschen aus Ottensen teil.

Aus dem damals beschlossenen Statut „Mitglied der AO kann jeder werden, der sich für die Ziele und Forderungen einsetzt. Die AO wird getragen und bestimmt von der Mitgliederversammlung und dem ein- zurichtenden regionalen Arbeits- gruppen. Die Mitgliederversamm- lung tagt mindestens 1/4-jährlich, die Arbeitsgruppen mind. wöchent- lich. Die Arbeitsgruppen setzen die Beschlüsse der MV in konkrete Maß- nahmen um. Die Arbeit der Arbeits- gruppen wird koordiniert von einem Aktionsausschuß (AA), der 15 Mit- glieder umfassen soll, von denen 12 aus den Arbeitsgruppen delegiert und drei von der MV gewählt werden. Alle Delegierten sind an die Beschlüs- se der Gremien, von denen sie ge- wählt worden sind, gebunden und können jederzeit abgewählt werden. Alle Gremien tagen öffentlich.“

Dies Statut bot eine denokra- tische Grundlage für die Arbeit von Menschen verschiedenster politi- scher Richtungen für die Interessen der Ottenser Bevölkerung. Das da- mals beschlossene Programm der AO stimmt im wesentlichen mit den in diesem Artikel aufgeführten „So- fortmassnahmen“ für die Ottenser Bevölkerung überein. Es wurde je- doch auch beschlossen, schon kurz- fristig eine Demonstration durchzu- führen. Das mußte ohne gründliche Informations- und Agitationsarbeit ein Mißerfolg werden. Die Begrün- dung „Beginn der Bauarbeiten für den Autobahnausbau“ für eine kurzfristig notwendige Demonstra- tion zeigte die mit dieser Demos- tration verbundenen Illusionen

über schnell zu erwartende Erfolge an.

Etwa 100 Menschen begannen nach der Gründung der AO in den sechs Regionalgruppen mitzuarbei- ten (Ottensen-Nord, Ottensen Nord- Ost, usw.). Dies waren vor allem Schüler, Studenten und berufstätige Intellektuelle, jedoch auch einige wenige Arbeiter und Angestellte. Die meisten waren politisch organi- siert.

Vertreten waren viele politische Gruppen, unter anderem Jungsozia- listen und KPD/ML.

Daß die Zahl der Aktiven sich weitaus überwiegend aus jungen Menschen und aus kleinbürgerlichen Schichten zusammensetzte, ist bei dem heutigen Stand der Klassen- kämpfe in der BRD auch nicht ver- wunderlich. Wir haben es heute im Stadteil erst mit Vorläufern zu künftiger Massenbewegungen zu tun (siehe auch UNSER WEG 18).

Am 30.6. veranstaltete die AO ein Straßenfest vor allem für die

Am 30.6. veranstaltete die AO ein Straßenfest, vor allem für die Kinder. Dies war sicherlich ein guter Ansatz, der allerdings dadurch ge- trübt wurde, daß dies der „Speck“ war, mit dem man „Mäuse“ fangen wollte. Politik wurde fast vollkom- men rausgehalten, es sollten Men- schen für die zwei Tage später statt- findende Demonstration „einkas- siert“ werden.

Knappe 300 Menschen nahmen an der Demonstration am 2.7. teil, neue Teilnehmer aus der werktätigen Bevölkerung so gut wie gar nicht.

Das verhinderte aber nicht, daß in der folgenden „OZ“ (Juli/August) wortradikal von der Demonstration behauptet wurde „Sie war eine Kampfansage gegen die volksfeindli- chen Maßnahmen des Senats und Ausdruck dafür Ottensen kämpft!“

O nein, die Demonstration war im Gegenteil Ausdruck der Tatsa- che, wie weit „Ottensen“ noch da- von entfernt ist, zu kämpfen - d.h. welche Arbeit noch zu leisten ist, um die Ottenser Arbeiterfamilien, Rentner und Kleinbürger für den aktiven Kampf zu gewinnen.

Die Demonstration kann nicht als Erfolg gewertet werden, denn sie widerspiegelt für die Menschen in Ottensen abermals ihre eigene Schwäche, bestärkte die Resigna- tion. Als Höhepunkt einer längeren, intensiven Agitations- und Informa- tionsarbeit wäre eine Demonstra- tion jedoch sicherlich sinnvoll. Das zur Demonstration vorbereitete Flug- blatt war recht „radikal“: „... Über- all wächst die Empörung über Miet- wucher, Fahrpreiserhöhungen und Preissteigerungen. Die Arbeiterklasse re- agiert mit spontanen Streiks auf die unverkürzten Preissteigerungen... Häuser werden besetzt, um gegen die Wohnungsbaupolitik... zu pro- testieren. In diesem Zusammenhang steht auch der Kampf der Ottenser gegen Autobahnausbau und Sa- nierung im Interesse der Konzerne Kampf den volksfeindlichen Maß- nahmen der SPD-Regierung“ (Ende des Flugblatts).

Der Demonstration voraus ging in der AO eine intensive Ausean- dersetzung, ob rote Fahnen erlaubt werden sollten oder nicht. Ein Großteil der Mitglieder sprach sich für ein Verbot roter Fahnen aus, da diese „die Bevölkerung abschre- ken“ würden. Der sicherlich groß- teils vorhandene Antikommunismus in der Bevölkerung mußte herhalten für den eigenen opportunistischen Standpunkt. Letztlich enthielt sich dann der AA in dieser Frage der Entscheidung.

Ähnlich verlief nach der Demos- tration die Auseinandersetzung darüber, ob Mitglieder und Nicht- mitglieder gestattet werden könn- ten, bei Veranstaltungen der AO Flugblätter und Zeitungen von po- litischen Organisationen zu vertei- len bzw. verkaufen. Auch hier be- zogen sich ein Teil der AO (Jusos vor allem) undemokratische Standpunkte. Ob-

undemokratische Standpunkte. Ob- vertragen (wie zum Beispiel der) Wenn man aber nur in den Gremien



Bewohner Ottensens protestieren gegen die menschenfeindlichen Pläne des SPD-Senats, der Behörden und Bodenspekulanten



ektiv läuft dieser Standpunkt letzt- lich darauf hinaus, sich für Polizei- methoden auszusprechen.

In einer Massenorganisation wie der AO gibt es natürlich die ver- schiedensten politischen Anschau- ungen. Es kommt aber darauf an, daß einerseits und einziger Stelle die Orientierung an den Interessen der Bevölkerung steht. Daran ist auch das Auftreten (die Agitation und Propaganda) der verschiedenen po- litischen Gruppen zu beurteilen. Eine Auseinandersetzung auf dieser Grundlage ist sinnvoll und un- bedingt notwendig (sollte z.B. auch in der OZ wiederzufinden sein). Die Gewohnheit mancher Gruppen und Leute jedoch, vor allem sich selbst und den eigenen „Parteiladen“ in den Vordergrund zu stellen, muß

Streik im Betrieb) Der unentwik- kelte Stand der Klassenkämpfe hat zudem eine starke Passivierung der Massen zur Folge. Und unter sol- chen Bedingungen ist zunächst not- wendigerweise eine relative Isolie- rung der Bürgerinitiativen die Folge. Und so werden die Bürgerinitiativen heute leicht zum Tummelplatz für- ger Einzelgänger und zum Forum ungezügelter Zankereien zwischen verschiedenen politischen Rich- tungen.

Illusionen über den Stand der Arbeiterbewegung heute, Unter- schätzung des Staatsapparates, sei- ner verschiedenen Taktiken usw. führen zu Aktionismus, zu isolier- ten Aktionen und verstärken im Endeffekt die Resignation in der Bevölkerung nur noch mehr.

arbeitet und keine eigenständige kommunistische Politik im Stadt- teil entwickelt, kann auch die Ar- beit in den Gremien nicht zum Er- folg führen. Denn nur in der Dis- kussion darf, entfernt von der Ar- beit in der Bevölkerung, kann man z.B. alle relevanten Positionen so abstrakt entwickeln und wird so auch kaum jemand überzeugen kön- nen.

Die Aufgabe der KB-Stadtteil- gruppe ist es, durch die Entwick- lung einer eigenständigen Massen- linie zu einer an der Bevölkerung orientierten Kampflinie der AO bei- zutragen.

Stadtteilgruppe Altona des KB / Gruppe Hamburg

(Geschrieben Mitte September)

Zionismus in der BRD

Den BRD-Imperialismus verbindet mit Israel mehr als nur die Solidarität einer imperialistischen Macht mit einem aggressiven und expansionistischen Staat. Zusätzlich zu diesen wichtigen Faktor gibt es in der BRD eine organisierte „Israel-Lobby“. Hierfür soll dieser Artikel nur einige Beispiele geben, die nicht auf eine noch zu leistende gründliche Untersuchung, sondern nur aus der Lektüre der Tagespresse ergeben.

Die „Israel-Lobby“

So gibt es im Bundestag eine „deutsch-israelische Parlamentarier-Gruppe“, der etwa 100 Bundestag-angeordnete aller Parteien angehören („Hamburger Morgenpost“, 22.10.73), d.h. etwa 20 % aller Bundestag-angeordneten. Das Band, das sie „über alle Parteigrenzen hinweg“ eint, heißt Zionismus, Ehrenache, daß diese „deutsch-israelische Parlamentarier-Gruppe“ auch im jüngsten israelisch-arabischen Krieg wieder „einstimmig“ für Israel Partei nahm, „daß unter“ Bruch des Völkerrechts und „unter“ Mißachtung von UN-Resolutionen arabische Territorien besetzt hält. Außerdem ruft die Gruppe zu Spenden für Israel auf.

von UN-Resolutionen arabische Territorien besetzt hält. Außerdem ruft die Gruppe zu Spenden für Israel auf („Frankfurter Rundschau“ vom 22.10.73).

Weiter ist hier erwähnenswert die „Deutsch-israelische Gesellschaft“. Sie vereint in ihrem Präsidium u. a. Erik Blumenfeld (CDU-Reeder-Kapitalist), Walter Hesselbach (Chef der gewerkschaftlichen Bank für Gemeinwirtschaft) und Ernst Benda (CDU, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, ehem. Bundesinnenminister).

Mit einer Anzeigenkampagne warb die „Deutsch-israelische Gesellschaft“ für die „israelischen Verteidigungsanstrengungen, den Gegner auf die Waffenstillstandslinien vom 10. Juni 1967 zurückzudrängen“. Wenn es weiter in der Anzeige heißt, daß „eine Regelung des Nahostkonflikts ... nur durch politische Mittel“ zu erreichen sei, so ist das offenbar Zynismus, schließlich hält Israel seit sechs Jahren arabische Territorien besetzt und ist dabei, einen großen Teil der besetzten Gebiete fest in den zionistischen Staat einzugliedern.

Und das nicht zuletzt mit Hilfe gewerkschaftlicher Institutionen wie der Baugesellschaft „Neue Heimat“ und der „Bank für Gemeinwirtschaft“. Während die BIG mit ihr und je großzügiger in der Vergabe von Krediten an Israel ist, hilft die „Neue Heimat“ beim Bau von Neusiedlungen in den besetzten Gebieten. BIG-Chef Hesselbach ist gleichzeitig Präsident einer 1967 gegründeten „Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Israel“.

In diesem Zusammenhang ist auch eine Figur wie der Westberliner Bürgermeister Schötsch erwähnenswert: Ihn zog es nach Ausbruch der Kämpfe unverweiltlich zu einer pro-israelischen Solidaritätsveranstaltung der „Jüdischen Gemeinde“. Gegenüber arabischen Protesten brach Schötsch es dann sogar noch fertig zu behaupten, daß sei keine einseitige Parteinahme gewesen.

Ergänzen wir diese wenigen Beispiele durch solche aus der Zeit des „Sechstage-Kriegs“ im Juni 1967. Zur Sympathie und Solidarität mit Israel riefen damals u.a. der Schriftsteller Günter Grass, der Professor Helmut Gollwitzer und der Westberliner Bürgermeister Heinrich Alberte auf. Grass rief gleichzeitig „Junge Deutsche“ zum Arbeitseinsatz in Israel auf. Der DGB übernahm „als sichtbaren Ausdruck der Solidarität und des Vertrauens in das israelische Volk“ die Bürgschaft für einen Kredit von drei Millionen DM für Israel. In München wurde unter der Schirmherrschaft von Bür-

germeister Vogel ein Komitee „Menschen in Deutschland helfen den Menschen in Israel“ gegründet. Der Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Wilhelm Högnert, sagte auf einer Solidaritäts-Kundgebung für Israel: „Ich glaube, ich spreche im Namen aller Deutschen, wenn ich dem jüdischen Volk alles Glück in der Stunde der Gefahr wünsche.“ Die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion und der SPD-Landesverband Bayern stellten Israel 10.000 DM zur Verfügung. In Köln rief der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn zur aktiven Solidarität mit Israel auf: „Keiner darf schweigend abseits stehen. Für den einzelnen ist Neutralität (1) moralische Desertation.“ In der Kölner Universität fand eine pro-israelische Veranstaltung mit dem nordrhein-westfälischen Justizminister Josef Neuberger statt, abholte Vater zweier Söhne, die zu dieser Zeit als Soldaten in der israelischen Aggressions-Armee dienten. (Alle Beispiele aus R. Vogel, Deutschlands Weg nach Israel, Stuttgart 1967 – ein pro-zionistisches Buch).

Die Springer-Presse

Wenngleich die gesamte bürgerliche Presse – mit Abstraktionen und mit Ausnahme einiger anti-semitischer Hetzblätter vom Schlage der „National-Zeitung“ – mehr oder weniger parteiisch für Israel steht, schießt doch die Springer-Presse bei weitem den Vogel ab. Axel Springer erkannte nämlich schon frühzeitig, daß sich mit einer pro-zionistischen Haltung als Alibi und Rückendeckung ausgezeichnet reaktionäre Politik im allen Genes treiben läßt. Lassen wir den „Meister“ selbst zu Wort kommen:

„...Dements, vor und während ihres Dreifrontenkrieges (1967 – Anm. AK), war ich ganz nebenbei (P.1) zu einer Art Israel-Berater für die Redaktionen meiner Blätter geworden. Ich konnte meinen Redaktoren sagen, wie die Dinge wirklich lagen (P.1), und daraus hat sich eine Haltung der Zeitungen meines Hauses entwickelt, die sich bis heute nicht verändert hat...“

Die deutsche Bundesregierung hat sich im vergangenen Herbst von einem Untersuchungsinstitut die Frage beantworten lassen, ob es innerhalb meiner Blätter nur eine einheitliche, uniforme Meinung gebe.

Das Institut hat daraufhin eindeutig erklärt, es gebe keine Uniformität der Meinungsäußerung. Mit einer einzigen Ausnahme allerdings: in der Haltung gegenüber Israel seien die Meinungen aller meiner Blätter völlig identisch. Will man deshalb einen Vorwurf machen? Ich trage das mit größter Gelassenheit. Als ich dieses Ergebnis kurze Zeit darauf öffentlich einer Rede vor einem großen Forum deutscher Bankiers und Industrieller vorbrachte, erhielt ich minutenlangen Beifall.“

(Axel Springer, Von Berlin aus gesehen, Stuttgart 1967 – Aus einer Rede in Jerusalem).

Wir beschränken uns hier auf die Bild-Zeitung, der die Aufgabe zufällt, auf der Mäse-er-Ebene Stimmung für Israel Aggressions- und Expansionspolitik zu machen.

Kaum verriertes Leitmotiv ist stets das „kleine Israel“ („Bild“, 12.10.73), das „nur von Feinden umgeben“ (22.10.), „ganz allein“ (11.10.) „in einem verhassten Abwehrkampf“ (11.10.) steht. „Jetzt kämpft Israel gegen acht Länder“ (Schlagzeile am 10.10.), „Russen greifen ein!“ (Schlagzeile am 11.10.), „Jordanien greift ein – Noch ein Gegner“ (Schlagzeile am 14.10.).

Dabei will Israel doch gar nichts weiter als Frieden und ein Recht auf Existenz. Nur deshalb wurden mehr als eine Million Palästinaer aus

ihrer Heimat vertrieben und zu Flüchtlingen gemacht, nur deshalb nahm Israel 1956 an der britisch-französischen Aggression gegen Ägypten teil. Nur deshalb griff Israel seine Nachbarstaaten Syrien, Ägypten und Jordanien 1967 an. Nur deshalb hält Israel die Golan-Höhen, das Westjordanland, den Gaza-Streifen und die Sinai-Halbinsel widerstandslos besetzt. Nur deshalb sind mehrere tausend Araber als politische Gegner in den israelischen Gefängnissen. Nur deshalb schließlich fordern israelische Politiker ein „Israel in den historischen Grenzen“, „vom Euphrat bis zum Nil“. Alles das muß Israel tun, um endlich in Frieden leben zu können. Deshalb darf es auch „keinen Zweifel daran geben, daß Ägypten und Syrien Israel angegriffen haben und ebenso wenig kann bezweifelt werden, daß Israel den Frieden wollte und Verhandlungen gesucht hat.“ („Bild“, 12.10.73). „Das Nein der Araber auf die israeli-Beziehungen um direkte Gespräche hat alle Vermittlungsanstrengungen scheitern lassen. Das Ergebnis ist neuer Krieg, Blut, Tote und doch kein Ausweg aus der Sackgasse im Nahen Osten.“ (8.10.).

Muß das denn so sein? Warum „wäre denn das bei uns anders als im Nahen Osten.“ (8.10.).

Muß das denn so sein? Warum wollen denn die Araber nicht endlich in Frieden mit Israel leben, obwohl sie doch „in biblischer Zeit ... einmal Brüder“ (10.10.) waren? Deshalb, weil die arabischen Führer „keine Staatsmänner, sondern verantwortungslose Abenteuer“ sind (9.10.). Das unterscheidet diese grundsätzlich von den israelischen Politikern wie etwa Golda Meir, der „Frau mit den größten Sorgen der Welt“ (22.10.) oder Mosche Dajan, der zwar „ein militärisches Naturgenie“ ist, aber eben doch „ein Krieger, der Frieden will“ (12.6.). Außerdem sind die Araber „seit Jahrhunderten verhasst und eingeht informiert“ (10.10.) und daher nicht in der Lage, die hohen ethischen und moralischen Ziele des Zionismus und den ehrlichen Friedenswillen Israel anzuerkennen.

So sind die Fronten klar. Zur Abstützung treibt „Bild“ noch intensive Sympathie-Werbung für Israel durch allerlei Rühr-Stories. Frau Shol kann nicht mehr schlafen, ihr Sohn ist im Krieg. (10.10.). „Israelische Kinder im Luftschutzbunker eines Kibbuz an der syrischen Grenze. Angstvoll – mit offenem Mund und aufgerissenen Augen – hören sie das unheimliche Heulen der Sirenen und die donnernden Explosionen dieses Krieges.“ (8.10.73). „Urlaub für einen Kuß. Glückliche umarmt die junge Israelin ihren Mann.“ (22.10.). „So trauert eine Familie um ihren Sohn.“ (23.10.). „Ein kleiner Hund hinter der Front.“ (20.10.). „Ein Schluck Wasser für die syrischen Gefangenen.“ (17.10.).

Während „die Araber“ stets eine diffuse, drohende Masse bleiben, werden die Israelis dem Leser in „menschlichen“ Episoden nahe gebracht. Kinder werden, Mütter bangen um ihre Söhne, ein Hund wird gestreichelt, ein Mädchen geküßt, und sogar arabische Gefangene brauchen nicht zu verurteilen.

Ein Meisterwerk dieser Art subtiler pro-israelischer Stimmungsmache ist der Artikel über Golda Meir in der „Bild“ vom 22. Oktober.

„Sie hätte wirklich ihren Frieden verdient. Die Haare sind grau, das Gesicht fahlg. Dem Laufen fällt ihr schon schwer, weil die Knie schmerzen. Die Galle kommt manchmal hoch. Der Kopf tut oft weh, und hin und wieder sieht es in der Länge.“

Und diese geplagte Frau, die lieber „eine Tasse Kaffee trinken“ oder „mit den fünf Enkelkindern spielen“ würde, muß schon wieder einen Krieg um ihr Land und sein Überleben führen.

Fortf. nächste Seite

AUFRUF

Ägyptische und syrische Streitkräfte haben am 6. Oktober 1973 israelische Stellungen angegriffen. Der ägyptische Außenminister Zayyat hat in New York erklärt, daß der Krieg von arabischer Seite eröffnet wurde.

Die Deutsch-israelische Gesellschaft unterstützt die israelischen Verteidigungsanstrengungen, den Gegner auf die Waffenstillstandslinien vom 10. Juni 1967 zurückzudrängen. Eine Regelung des Nahostkonflikts kann nur durch politische Mittel erreicht werden.

Die Bevölkerung in Israel ist durch die Kriegsergebnisse schwer betroffen. Die Deutsch-israelische Gesellschaft ruft daher die deutsche Öffentlichkeit zu einer Initiative zugunsten der Opfer und ihrer Hinterbliebenen auf.

Hierfür bestimmte Spenden können eingezahlt werden auf das

Konto Nr. 11111111

Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn

Deutsch-israelische Gesellschaft e.V.

Helm Weisheit, Präsident, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Erk Blumenfeld, MdB, Vizepräsident

Dr. E. A. Walter Hesselbach, Vizepräsident
Vorstandsvorsteher der Bank für Gemeinwirtschaft

Prof. Dr. Rolf Reuther, Vizepräsident

Helfmut Högelschmidt, MdB, Schatzmeister

Ernst Benda, Mitglied des Präsidiums, Präsident des Bundesverfassungsgerichts

CDU und SPD, Kapitalist und „Gewerkschafter“ – der Zionismus bringt sie alle unter einen Hut.

CDU und SPD, Kapitalist und „Gewerkschafter“ – der Zionismus bringt sie alle unter einen Hut.

Stark im Ausland: Ein Beispiel für die Bemühungen der BIG, ihre internationalen Verbindungen systematisch auszubauen ist der Fall Israel, wo staatliche und private Gesellschaften nur zögernd an Verbindungen mit deutschen Firmen herantreten. Hesselbach, der auch privat große Sympathien für Israel zeigt, schafft es, Vorurteile abzubauen. Seine Bank mischt im deutsch-israelischen Handel kräftig mit. Sichtbarer Ausdruck Hesselbachs ist Präsident der 1967 gegründeten Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Israel, einer Art Handelskammer. In Tel Aviv hält die BIG eine fast hundertprozentige Beteiligung an der Factoring-Gesellschaft ISL Industrial Services Co. Ltd., einem Unternehmen, das 1966 in Zusammenarbeit mit der KOOR der Konzernspitze für die industriellen Unternehmen der israelischen Gewerkschaften, gegründet worden ist. Diese Gründung erwies sich als glücklich, denn Anlaufschwierigkeiten gab es offensichtlich nicht schon nach einem Jahr warf die ISL Gewinne ab. Für 1968 erwartet der BIG-Vorstand eine „sehr zufriedenstellende Ertragslage“.

Lange Jahre vor diesen offiziellen Israelkontakten knüpfte Hesselbach erste Bande zu diesem Land. Die BIG beteiligte sich an einem Investmentfonds in Luxemburg, der israelische Werte in seinem Portfolio hielt. Im Verwaltungsrat dieser Gesellschaft lernte Hesselbach unter anderem auch den Baron Edmond de Rothschild kennen. Seitdem eröffnen der BIG-Chef und der Großfinanzier ihre Korrespondenz mit dem vertraulichen „Liebesfreund“.

„... ganz privat große Sympathien für Israel.“ (aus einer im Auftrag der BIG zu Werbezwecken produzierten Sonder-Nummer der Zeitschrift „Capital“)

Frankfurter Jude spendet 1 Million

Frankfurt – Ein Frankfurter Jude, der ein großes Vermögen hat, hat dem israelischen Botschafter in Bonn, dem Herrn, einen Oberabschick überreicht und ihn eingeladen, „dieses adreßlose Bie, was Sie wollen.“ Der Jude griff zum Federhalter und trug eine Million Mark ein. Der Botschafter dankte. Der Jude war in die israelische Botschaft nach Jerusalem.

Wohin kommt die Million? Aus der Ausbeutung von Arbeitern oder aus Mierwunder und Abriß von Wohnraum? („Morgenpost“, 18.10.73)

20 Millionen für Tel Aviv

Hamburg – Rund 20 Millionen Mark sind in den letzten zwei Wochen von Bundesbürgern für Israel gespendet worden. Diese Gelder sind bei den jüdischen Gemeinden eingegangen. Die Deutsche Rote Kreuz (DRK) in Hamburg bestätigte, daß „weit über 80 Prozent aller Spenden nur für Israel“ gegeben würden. Dagegen nimmt das DRK selbst nur Spenden für den gesamten Nahen Osten an.

- Das Land Hessen hat
- beim israelischen „Roten David-Stern“ 500 000 Mark zur Verfügung gestellt. Die Stadt Stuttgart will dem DRK 100 000 Mark übergeben. Die arabische Liga hat bei der Deutschen Bank in Bonn ein Spendenkonto (Nr. 111111) eingerichtet. Die israelische Botschaft gab als Spendenkonto die Nr. 111111 bei der Bonner Bank für Gemeinwirtschaft bekannt.
- Die deutsch-israelische
- Parlamentarier-Gruppe, zu der etwa 100 Bundestag-angeordnete aller Parteien gehören, hat den Angriff
- auf Israel scharf verurteilt.

20 Millionen für Israel Eroberungspolitik („Hamburger Morgenpost“, 22.10.73)

Lebensrecht

In einem Telegramm hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) „uneingeschränkt das Recht des israelischen Volkes auf ein friedliches Leben innerhalb gesicherter Staatsgrenzen“ unterstützt. Der DGB verurteilt die aggressiven Handlungen, in die Israel jetzt verwickelt wurde.

Auch der DGB solidarisch mit Israel („Bild“, 18.10.73)

An der Schule Arzkielstraße (Hamburg-Altona) hat sich die Unterrichtssituation gegenüber dem Vorjahr noch verschlechtert (Im Herbst 1972 war es aufgrund des Lehrermangels und des Unterrichtsausfalls an mehreren Altonaer Schulen zu Streikbeschlüssen gekommen. Dadurch konnte die Schulbehörde damals zu geringfügigen Verbesserungen gezwungen werden.)

Der Elternrat der Schule berichtet, daß im Vergleich zum laufenden Schuljahr – der bereits Kürzungen aufweist – 77 Lehrerstunden pro Woche nicht als Unterricht erteilt werden können. Berücksichtigt man den durch Krankheitsfälle, Schwangerschaft u.a. hinzu kommenden Ausfall von Lehrkräften, ergibt sich, daß für die Kinder der Schule durchschnittlich jede vierte Stunde ausfällt!

Im Einzugsgebiet der Schule werden jetzt mehrere hundert Wohnungen eines Neubau-Komplexes fertig. Die Schulbehörde und mit ihr die

Hamburg:

GIBT DIE SCHULBEHÖRDE NACH?

Eltern kämpfen gegen Lehrermangel

Schulleiter gehen davon aus, daß die benachteiligten Schulen weiters 300 Kinder „verkräften“ können. Das aber würde die Mißstände untragbar steigern.

Aufgrund der wenigen und vorliegenden Informationen ist exakt nicht feststellbar, inwieweit die Zustände an der Schule Arzkielstraße repräsentativ für die gegenwärtige Situation an allen Altonaer Schulen sind. Es gibt Beispiele, wo die Mißstände momentan nicht so dramatisch hervortreten. Es gibt aber auch andere Schulen in Altona, wo der Stundenausfall mindestens ebenso hoch ist. Es kann davon ausgegan-

gen werden, daß sich gegenüber dem Vorjahr zumindest nichts gebessert hat – und daß die Schulbehörde im Verein mit den Schültern fleißig bemüht ist, die Eltern mit manipuliertem Zahlenmaterial zu beschwichtigen.

Auf einer Elternvollversammlung der Schule Arzkielstraße sah sich Oberschulrat Schlegel von der Hamburger Schulbehörde mit, der massiv vorgebrachten Kritik der Eltern konfrontiert. Den bohrenden Fragen der Eltern nach den politischen Hintergründen des Lehrermangels verweigerte der Schulrat eine Antwort. Dazu schreibt der

Elternrat in seinem Informationsblatt:

„Die Elternvollversammlung hat gezeigt, daß wir in unserem Einsatz für eine gerechtere Schule weder von der Behörde, noch von deren Vertretern und Angestellten Hilfe und Unterstützung erwarten können.“

Immer wieder erklärte der Behördenvertreter, es sei im Moment Geld, aber es seien keine

genden Forderungen durchzuführen.

1. Ablehnung weiterer Schüler für immer Klassen!
2. Zuweisung von drei Lehrern an unsere Schule zur Wiederherstellung eines geordneten Unterrichts!
3. Veränderung des Numerus Clausus im Fachbereich Erziehungswissenschaft!
4. Ausbau des Studienministers!

Die Schulbehörde reagiert eine halbe Woche später der Schule werden zwei Lehrkräfte mit 28 bzw. 18 Wochenstunden zugeteilt (also eigentlich „anderthalb“ Lehrkräfte).

Ein Sozialdemokrat bemerkte einmal kürzlich: „Es ist Bürger-schaftswahlkampf, die Situation ist günstig für kleinere Reformen und Verbesserungen – gerade an den Schulen, wenn die Eltern dahinterstehen.“ In einer Beziehung ist das



Schule Arzkielstraße 24

Schule Arzkielstraße 24

Lehrer vorhanden. Der Widerspruch, daß vor einem Jahr genug Lehrer, aber kein Geld dazugewesen sei, konnte auch von Oberschulrat Schlegel nicht aufgehoben werden. Je, nicht einmal der politische Hinweis auf den gesellschaftlichen Hintergrund wurde von ihm aufgegriffen. Die Eltern fragten, warum das Studienministerium, wo die Volks- und Realschullehrer ausgebildet werden sollen, nicht zu erweitern wird, daß es allen Bewerbern Platz bleibt? Sie fragten, warum durch den Numerus Clausus (Beschränkung der Studienplätze) viele Lehrerbewerber für Mathematik, Naturwissenschaften und Germanistik nicht studieren können? Warum neue Prüfungsordnungen die Studenten zu immer schnellerer und einseitiger Ausbildung zwingen?

Die Verantwortlichen der Bildungsminister tun nichts, um eine grundsätzliche Verbesserung aller Bereiche des Bildungswesens herbeizuführen. Sie tun aber alles, um den Problemen abzuweichen, um den Betroffenen Sand in die Augen zu streuen. Es werden neue Richtlinien erlassen, die bei der eigentlichen schulischen Versorgung gar nicht zu realisieren sind. Es wird ein neues Schulverfassungsgesetz eingeführt und hochgelobt, das uns Eltern aber keine Möglichkeit gibt, uns gegen diese Bildungsminister zu Wehr zu setzen. Dann die neu eingeführte Schulkonferenz ist nicht nur ungeeignet, gegen Probleme dieser Ausmaße anzugehen, sie soll vielmehr auch verhindern, daß die gesamte Elternschaft die bildungspolitischen Ziele der verordneten Schulverfassung durchsetzt und sich in geschlossenen Vorgehen dagegen zur Wehr setzt. Aber gerade das ist notwendig, um die Ausbildungsbedingungen im Interesse unserer Kinder zu verbessern.

Am 25. 10. faßt der Elternrat den Beschluß, gemeinsam mit den Schülern eine Demonstration unter fol-

sicherheit richtig. Eine breite Diskussion unter den Eltern – auch noch am politische Kernstücke (Numerus Clausus, Lehrerausbildung, Schulverfassungsgesetz) der Bildungspolitik – kommt dem Senat besonders jetzt „angelegen“. Die

Redaktionsmitteilung

Zu dem Artikel „Angewandte“ in AK 34 haben wir eine kritische Ergänzung, die dem Gesamten des Sozialistischen Studentenbundes (SSB) zukommen soll. Dieser Artikel ist jedoch in dem Nummer 35 und wird in AK 36 abgedruckt.

Wahlkampf-Plänen werden jetzt auf „freundlich“ und „lieblich“ gestimmt – und bekommt so ein häßlicher Paukenschlag dazwischen! Falsch und illusionär wäre es aber, jetzt die Parole auszugeben: „Holt euch Lehrer, ihr kriegt sie jetzt“. Der Senat und die bürgerlichen Parteien werden bestenfalls zu Beteuerungen des guten Willens, zu Zukunftsversprechen und dem einen oder anderen Wahlkampf-„Bonbon“ bereit sein. Mit Wahlkampf-„Geschenken“ haben die Menschen herzulande aber reichliche Erfahrung!

In Wirklichkeit wird unabhängig vom Wahlkampf die reaktionäre und restriktive Bildungspolitik verschärft. Das zeigt sich vor allem in den Fragen der Lehrerausbildung, in dem undemokratischen Schulverfassungsgesetz und in der Politik der Berufsverbote. Darum ist es richtig, dies in den Mittelpunkt des Protestes an den Schulen zu rücken, und eine Eltern-Demonstration unter dieser politischen Stoßrichtung anzustreben.

Redaktionsgruppe Hamburg

Forts. Zionismus

„Terrorismus“ und „Vergeltung“

Wenn bei einer Geiselnahme-Aktion der Palästinenser mehrere Israelis getötet werden (München), dann ist das ein „grausenhaftes Verbrechen“, ein „Akt heftigen Terrors“ („Bild“, 6.9.72), ein „verbrecherischer Coup“, „todverachtender Despotismus“ („Bild“, 10.9.72) und

„schwerer Coup“, „todverachtender Despotismus“ („Bild“, 10.9.72), eine „abscheuliche und sinnlose Bluttat“ („Hamburger Morgenpost“, 9.9.72) vom „politischen Verbrechens“, verführt und der jeglicher menschlicher Regung“ („MoPo“, 6.9.72). Ein so abscheuliches Verbrechen“ („Bild“, 6.9.72), aus dem „irrer Fanatismus“ („MoPo“, 6.9.72), „tödtlicher Haß“ und „Menschenverachtung“ („Bild“, 9.9.72) sprechen, muß selbstverständlich „Empörung, Abscheu und Haß“ („MoPo“, 6.9.72), „Wut und tiefe Trauer“ („MoPo“, 8.9.72), „Abscheu, Feindschaft und Haß“ („Bild“, 10.9.72) erzeugen. Oder richtiger russische Gefühle gegen die Araber, die dann sogar die sozialdemokratische „Morgenpost“ zu der Mahnung veranlassen: „57.000 Araber leben in der Bundesrepublik. Aber nicht alle (!!) sind Terroristen.“ („MoPo“, 13.9.72)

Bombardiert dagegen die israelische Luftwaffe die Flüchtlingslager der Palästinenser oder arabische Dörfer, dann sind das allemal „Vergeltungsschläge“, „Luftangriffe auf Terroristen-Lager“ („Bild“, 9.9.72), „Vergeltungs-Bombardements“, „60 Tote nach Israelis Vergeltung“ („MoPo“, 1.11.72), „Israel schlägt hart zurück“ („MoPo“, 9.9.72), „Israel schlägt zurück“ („MoPo“, 10.4.73).

Der Stellvertretende Chefredakteur der „Morgenpost“, Simon-Netto, unterscheidet klug zwischen „Terroristen, die sich bekanntlich weder durch Härte noch durch Konzilienz von ihren Missetaten abhalten lassen“ und den „Israelis, die sich Rechens bei jedem Nachgeben sorgen, daß diese dann noch frecher würden“ („MoPo“, 3.10.73).

Wenn Zionisten in Westeuropa Jagd auf Palästinenser machen, dann heißt das „Die Israelis planen jetzt Gegenterror in Europa“ („MoPo“, 22.9.72). „Die Juden wehren sich“ („Bild“, 3.10.72), „Anti-Terror-Truppe“ („MoPo“, 27.7.73).

Nach israelischen Bombenangriffen auf palästinensische Flüchtlingslager schreibt der Zionista Hans Hane in der „Bild“ vom 10.9.73: „Wenn dabei auch Unschuldige ums Leben kommen, so ist das zwar höchst bedauerlich, aber das Recht auf moralische Härte haben sich die Palästinenser verdient.“

Also zum Abschluß freigegeben, weil sie sich nach 25 Jahren immer noch nicht mit der Tatsache ihrer Vertreibung abgefunden haben. Was heißt das überhaupt noch „auch Unschuldige“? Palästinenser sind heiligt, eschuldigt zu sein, wie alle Rechte „verschärzt“ zu haben, freiwild für die Bomben der Zionisten zu sein. Und der jordanische König Hussein, der im September 1970

seine Truppen gegen die palästinensischen Flüchtlingslager in Marokko setzte und Tausende von Palästinensern abschlachten ließ, trägt seinen Titel „Der kleine mutige König“ (Peter Boenisch in der „Bild“ vom 10.9.72) völlig zu Recht.

Das alles überbietet Wahl-Zooat Peter Boenisch noch, indem er den Palästinenser vorhält: „Den unapologetischen Respekt dieser Welt und dieses neuen (7.) Deutschlands erwirbt man sich mit Arbeit, Opfern

und nicht mit Terror, Blut und Tränen.“ („Bild“, 10.9.72).

Das ist genau der Zynismus der Faschisten, die über die Tote der KZs schreiben ließen: „Arbeit macht frei!“

Das Geschäft mit dem Schuldgefühl

Ein spezieller Trumpf des Zionismus bei der Beeinflussung der westdeutschen Massen sind die ungeheuerlichen Verbrechen des deutschen Faschismus an den Juden, ihre Verfolgung, Entrechtung und Unterdrückung und schließlich die Ermordung von fünf Millionen oder mehr.

Der Zionismus kann diese Ermordeten gerade deshalb für seine proisraelische Kampagne nutzbar machen, weil die Verbrechen des Faschismus im westlichen Teil Deutschlands noch ungeahnt sind, weil die Abrechnung mit dem Faschismus und seinem sozialen Hintergrund der Bourgeoisie – noch offen ist. Der Zionismus kann dieses Geschäft auch deshalb treiben, weil sich in der Zeit des Faschismus (und vorher) große Teile des deutschen Volkes tatsächlich in die Falle des Anti-Semitismus und anderer rassistischer Verirrungen locken ließen, dem Wahn der „Herren-Rasse“ erliegen – gerade so, wie es heute (von der Bourgeoisie geführt) wieder rassistische und nationalisistische Stimmungen gibt gegenüber Türken, Negern, Arabern u. a.

In diesem Land können fast 30 Jahre nach der Niederlage des Faschismus immer noch Hetzblätter wie die „National-Zeitung“ u. a. erscheinen, die den Anti-Semitismus und die Verhöhnung der Opfer des Faschismus zum Haupt-Thema haben – eine unerträgliche Beleidigung nicht nur für die in unserem Land lebenden Juden, sondern ebenso für jeden Anti-Faschisten in der BRD.

In der Zeit des Faschismus unterhielten die westdeutschen Konzerne Fabriken, in denen arbeitsfähige Juden vor ihrer Ermordung noch bei völlig anzureichender Ernährung und unter barbarischen Bedingungen in wenigen Wochen oder Monaten zu körperlichen Wracks „abgearbeitet“ wurden. Diese Konzerne, die sich mit jüdischem Blut und Schweiß mieteten – was war das ihnen? Statt ihrer endgültigen Zerschlagung für alle Zeiten wie es von der internationalen Koalition gegen den Faschismus beschlossen war, reichte ihnen der US-Imperialismus nach der Niederlage des Faschismus die Hand zu einem neuen Aufstieg zu „Weltgeltung“.

Und dieselben Konzerne entfesselten den zweiten imperialistischen Weltkrieg, ließen die Sowjetunion überfallen, verschaukelten Dutzende Millionen Tote und Verwundete, Leid und Zerstörung. Wahrlich, eine Rechnung, die noch beglichen werden muß!

Das schlichte Gewissen gegenüber den Juden wird umgewandelt in Sympathie und Unterstützung für den zionistischen Staat, für das Verbrechen des Zionismus am palästinensischen Volk, für Israels Eroberungs-Politik.

„Der faschistische Kollaboration der Judenfrage soll eine urbane hinzugefügt werden. Das können wir nicht unterstützen.“ (Hamburgs ehemaliger Innenminister Ruhnu laut MoPo, 28.9.72).

Die Araber werden demagogisch identifiziert mit den Verbrechen des deutschen Faschismus an den Juden, und werden daher auch zu Recht für diese Verbrechen bestraft (Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seiner Heimat, ständige israelische „Vergeltungsangriffe“ etc.). Damit wird das schlichte Gewissen auf die angemessene und begünstigste Art behoben („Wiedergutmachung“ an den Juden – auf Kosten der Araber!), was zweifellos die Popularität solcher Thesen fördert, wie sie Ruhnu hier exemplarisch vertritt.

Diese Demagogie ist auch gegenüber einem Staat wie der DDR anwendbar, wenn dieser die Sache des palästinensischen Befreiungsbewegung unterstützt. „Die SED antizipiert den Judentum und die Arbeit der Nazis fort.“ (Galinski, Vora. der Jüdischen Gemeinde Westberlin, laut „Bild“ vom 15.8.73). DDR Außenminister Winzer und Osterrichter Präsident Kreisky (beide selbst jüdischer Abstammung!) äußern sich den unverhüllten Vorwurf des „Anti-Semitismus“ gefallen lassen.

Wenn der „Stern“ aus Anlaß des 25. Jahrestags der Gründung Israels auch leise kritische Töne einfließen läßt, eröffnet sich zugleich der „Zentralrat der Juden“: „Durch diese bewußten Lügen und Verleumdungen“ reißt Chefredakteur Henri Nannen mit seiner jüdenfeindlichen Lüge zugeworfene Gräber wieder auf.“ (laut „Bild“ vom 12.5.73).

Wenn die Hilfe des BRD-Imperialismus für Israel nicht mehr ganz in der erwünschten Stärke fließt (was Rücksicht auf außenpolitische und wirtschaftliche Interessen gegenüber den arabischen Staaten), beklagt sich die israelische Tageszeitung „Ma'ariv“: „Hinter den Gezeiten und dem Lächeln entwickelt sich eine westdeutsche Politik, die keine Verpflichtungen aus den schrecklichen Verbrechen übernimmt, die von den Deutschen gegen uns Juden begangen worden sind.“ (laut „Bild“ vom 12.8.73).

Die wirkliche Verpflichtung aus den Verbrechen des deutschen Faschismus dagegen kann nicht in der Unterstützung der zionistischen Eroberungspolitik bestehen, sondern im Kampf gegen Imperialismus, Faschismus, Rassismus und Nationalismus.

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag:
J. Roents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 13, Rütchbahn 36.

verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers,
Auflage 13.000, Erscheinungswort:
monatlich, Verkaufspreis 80 Pfg.
Verlagshaus: Dröcher Bank, Kfz.
Nr. 451 8378 J. Roents, Postfach:
Hamburg Nr. 340 696
J. Roents

Part. Zionismus

Israels Mindestforderungen und Besetzung der (militärisch wie legal) syrischen Golan-Höhen, Annektion des arabischen Teils von Jerusalem sowie „Grenzkorrekturen“ und Militärisierung auf der Sinai-Halbinsel (vor allem Scharon-Schloß an der Südspitze der Halbinsel). „Umsiedlung“ ist in Israel dagegen die Zukunft der von Arabern stark besiedelten Gebiete Gaza-Streifen und Westjordan-Land gewesen. Hier gab es z.B. Pläne, den Gaza-Streifen zu entvölkern (durch zwangsweise Massen-Umsiedlung der arabischen Bewohner, vor allem ins Westjordan-Land), das Westjordan-Land für die zionistische Besiedlung zu öffnen und so auch das Gebiet schließlich mit Israel zu verbinden, bzw. Teilung des Westjordan-Landes in einen israelischen und einen „arabischen“ Teil.

Die Palästinenser

Die Palästinenser wurden von den Zionisten aus ihrem Land vertrieben. Palästinenser leben heute vor allem im besetzten Westjordan-Land, außerdem im besetzten Gaza-Streifen, im südlichen Libanon und in Jordanien. Der jüngste Bericht der UNRWA (eine UN-Unterorganisation) verzeichnet 1,51 Mio. „registrierte und betreute“ palästinensische Flüchtlinge (1971: 1,47 Mio.), die Gesamtzahl der Palästinenser liegt bei etwa 2,5 Mio. Menschen.

Mit der Entwicklung einer politischen Bewegung der Palästinenser seit etwa 1965 und verstärkt nach dem Krieg von 1967 begann auch der Kampf der arabischen Regimes gegen die palästinensische Befreiungsbewegung.

In Jordanien ist die palästinensische Befreiungsbewegung in den Jahren 1970/71 weitgehend liquidiert worden, mehr als 10 000 Flüchtlinge wurden in den jordanischen Lagern von den Regierungstruppen ermordet. Im Libanon müssen sich die Palästinenser schon seit längerem dagegen verteidigen, dasselbe Schicksal wie in Jordanien zu erleiden. Die Unterstützung der palästinensischen Befreiungsbewegung durch arabische Staaten wird mehr und mehr eingeschränkt.

Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, daß nach letzten Berichten die palästinensischen Befreiungsorganisationen einem Plan zugestimmt haben sollen, der „als Übergangsform“ einen palästinensischen Staat haben sollen, der als Übergangsform einen palästinensischen Staat in den jetzt von Israel besetzten Gebieten Westjordan-Land (einschließlich Ost-Jerusalem) und Gaza-Streifen vorsieht. Dieser Plan soll vor allem von der Sowjetunion unterstützt werden und innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung vor allem von „Al Fatah“ vertreten werden („Frankfurter Rundschau“ vom 1. November) während die Volksfront (PFLP) und die Demokratische Volksfront (DPFV) diesem Plan angeblich entweder skeptisch gegenüberstehen oder ihn ablehnen („FR“, 1 und 2 November).

Die arabischen Staaten

Im jüngsten Krieg gab es alles andere als eine einheitliche Front der arabischen Staaten gegen Israel. Der Krieg wurde in erster Linie von den Armeen Ägyptens und Syriens geführt. Obwohl es kurz vor Beginn der Kämpfe scheinbar zu einem Übereinkommen zwischen Syrien, Ägypten und Jordanien gekommen war, schickte das jordanische Regime nur eine kleine Truppe – nach Syrien. An der israelischen Ostfront – am Jordan – blieb es ruhig. Auch der israelische Nachbar Libanon nahm am Krieg nicht teil. Die militärische Kraft dieser Staaten scheint nur ausbreitend um Mäxaker unter den Palästinensern durchzuführen.

Der Irak schickte eine Truppe von etwa 20 000 Mann, nach Inkrafttreten des Waffenstillstands wurden die irakischen Truppen nach Golan zurückgezogen, weil sie im Irak selbst zur militärischen Unterdrückung der Kurden



1. Das „arme kleine Israel“ – mit 1947 auf Eroberungsfeldzüge gegen seine Nachbarn.



2. Das „verhandlungsbereite Israel“ – ein Teil der Diebstehbeute kann zurückgegeben werden (Allon-Plan)



Palästinensische Guerillas beteiligten sich am Krieg gegen die zionistische Armee: Für ein freies Palästina, in dem Juden, Araber und Christen friedlich zusammen leben können!

(eine nationale Minderheit) benötigt wurden.

Noch vor einigen Monaten sollte sich eine Verschmelzung zwischen Ägypten und Syrien anbahnen. Der Krieg war jedoch zwischen den beiden Staaten ganz offensichtlich nicht koordiniert. Libyens Staatspräsident Ghaddafi kritisierte öffentlich die militärische Strategie Syriens und Ägyptens, am Krieg beteiligte sich Libyen nicht – was Ghaddafi nicht hinderte den Waffenstillstand als „Verrat“ etc. zu bezeichnen. Andere arabische Staaten schickten nämlich kleine, symbolische Kontingente, nach der Devise: „Nicht zugegen, dabei sein ist wichtig“.

Israel könnte wahrscheinlich mit einiger Aussicht auf Erfolg versuchen, in kommenden Verhandlungen die Positionen Ägyptens und Syriens zu spalten.

Israel hat bereits in der Vergangenheit klar gemacht, daß es der ägyptischen Regierung einiges „anzubieten“ hat, d.h. daß Israel bereit ist, einen Teil der 1967 eroberten Gebiete auf der Sinai-Halbinsel an Ägypten „zurückzugeben“. Andererseits scheint Israel auf den syrischen Golan-Höhen nicht zu „Konzessionen“ bereit, sondern dürfte eher sogar versuchen, auch einige der im jüngsten Krieg gewonnenen Stellungen (z.B. am Hermon-Gebirge) zu halten.

Daß sich zwischen Ägypten und Syrien ein Kollisionsfeld bilden wird, schon an der Frage des Waffenstillstands klar, den zuerst nur Ägypten, nicht jedoch auch Syrien akzeptierte. Ziel nach Abschaffung der ägyptischen Regierung scheint Syrien bereit gewesen

zu sein, dem Waffenstillstand beizutreten.

Die Ausweisung eines großen Teils der sowjetischen Berater aus Ägypten im vorigen Jahr war nicht im Sinn einer Politik, „sich stärker auf die eigenen Kräfte zu stützen“ und mehr Unabhängigkeit von den Großmächten zu gewinnen, sondern steht im Zusammenhang einer Annäherungspolitik Ägyptens gegenüber dem US-Imperialismus. Zwischen dem USA und Ägypten ist ein intensiver „Meinungsaustausch“ in Gang gekommen – der ägyptische Außenminister Fahmy besuchte die USA, Kissinger besuchte Kairo während die Regierungen des Iraks und Syriens es ablehnten, Kissinger zu empfangen, „weil man den Amerikanern nichts zu sagen habe“ („FR“, 2.11.73).

Unter der Bedingung, daß sich vorher die Truppen auf die Waffenstillstandslinien vom 22. Oktober zurückziehen – d.h. vor allem Rückzug der israelischen Truppen von jenen Teilen des westlichen Kanals, die sie nach dem 22. Oktober unter Bruch des Waffenstillstands besetzten, und damit auch Aufhebung der Einschließung von Teilen des 3. ägyptischen Armee – hat sich die ägyptische Regierung zur Teilnahme an einer kommenden Friedenskonferenz bereit erklärt.

Syrien will ebenfalls an einer Friedenskonferenz teilnehmen, sofern die Palästinenser ebenfalls das Teilnahme recht erhalten.

„Friedensplan“ der Großmächte?

Gibt es bereits einen detaillierten Friedensplan zwischen den USA und der Sowjetunion? In diesen Tagen ist davon oft die Rede. Golda Meir soll bei ihrem Besuch in den USA „vor weitgehend ausgearbeiteten Kompromißplänen der Nixon-Regierung gestellt“ worden sein („FR“, 2.11.). „Präsident Nixon konferierte am Dienstagabend mit dem sowjetischen Botschafter Anatoli Dobrynin. Damit verdichten sich die Anzeichen dafür, daß Moskau und Washington bei den geplanten Friedensgesprächen einen gemeinsamen Plan vorlegen wollen.“ („FR“, 1.11.) – Verschiedentlich ist auch von „Garantien“ die Rede, die die sowjetische Regierung gegenüber Ägypten und Syrien für den Rückzug Israels aus allen besetzten arabischen Gebieten gegeben haben soll (z.B. „FR“, 31.10.).

Eine Lösung auf der Grundlage der UN-Resolution 242 d.h. Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten, ist in Wahrheit völlig unwahrscheinlich. Die US-Imperialisten halten ohnehin noch eine weitere „Interpretation“ der Resolution 242 bereit: zwar Rückzug aus (fast) allen besetzten Gebieten, aber doch „Grenzkorrekturen“, „Denn“, die Resolution 242 spricht davon, daß alle Staaten in dieser Region „innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen“ existieren müssen – und das „kann“ natürlich nur heißen, daß Israel seine Grenzen „sicherer“ werden müssen, d.h. daß die Grenzen zugunsten Israels verändert werden müssen.

So ist allenfalls eine Zustimmung Israels und der USA (in kommenden Verhandlungen) zu einer „Lösung“ etwa auf der Grundlage des sogenannten Allon-Plans (vgl. Karte), zu erwarten, wobei Israel wahrscheinlich Wert darauf legen würde, seine in diesem Gebiet im Hermon-Gebirge zu halten. Eine Zustimmung der USA und Israels zu einer Lösung der nationalen Frage der Palästinenser ist ganz undenkbar. Israel würde allenfalls eine „Bantustan“-Lösung (s.o.) akzeptieren, d.h. kleine, von israelischen Truppen besetzte Reservate unter Leitung von Marion-Burgess-Regimenten.

Wenn Israel und die USA aber hauptsächlich zu „Konzessionen“ (Rückzug Israels aus einem Teil der 1967 besetzten Gebiete) bereit sind dann aus folgenden Gründen:

Der Zionismus muß seine Forderungen auf die reale zionistische Einwanderung nach Israel abstimmen, d.h. die Einwanderung muß mit der Expansion schriftlichen, um besetzte arabische Gebiete in israelische Gebiete zu verwandeln. Die

Anzeige

Zum NAHDS-Problem

Nachdrucke aus

Arbeiterkampf

1. Wieder Krieg in Nahost (AK 34)
2. Wichtige Ereignisse 1. Teil (AK 27)
3. Wichtige Ereignisse 2. Teil (AK 30)
4. Olympischer Frieden und palästinensischer Krieg (AK 22)
5. Kritik am Palästina Artikel im ARBEITERKAMPF Nr. 32 (AK 23)
6. Terror: Urteile in Israel (AK 28)
7. Wichtige Ereignisse 3. Teil (AK 24)
8. „Kriegsminister auf Geschäftsreise“ (AK 30)
9. Zionismus: Immer neue Verbrechen (AK 32)
10. Die Massenarbeit ist immer die Basis (AK 28)

erschienen im:

Arbeiterbuch

2 Hamburg 13

Gründhof

Verlag „ARBEITERKAMPF“

2 Hamburg 13

Rustbahn 28

erschienen im:

Arbeiterbuch

2 Hamburg 13

Gründhof

Westdeutscher Imperialismus in Namibia

Namibia (Südwest-Afrika) war bis zum 1. Weltkrieg deutsche Kolonie. Danach wurde es vom Völkerbund in Besitz genommen, und den süd-afrikanischen Kapitalisten „zur Verwaltung“ überlassen. Diese unternehmen seit bis heute, wie in Südafrika selbst, die afrikanischen Arbeiterklasse mit brutalen Methoden (vgl. dazu ARBEITERKAMPF Nr. 19). Es zeigt sich, daß das Urteil des Internationalen Gerichtshofs und die zahlreichen UNO-Resolutionen, die die Unabhängigkeit von Namibia fordern, nicht einmal das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben wurden, weil die südafrikanischen Kapitalisten und die hinter ihnen stehenden internationalen Monopole aufgrund ihrer ökonomischen und militärischen Interessen den jetzigen Zustand erhalten wollen. Auch die BRD macht dabei kräftig mit.

Namibia, das flächenmäßig größer ist als England und Frankreich zusammen, interessiert die Imperialisten besonders wegen der enormen Bodenschätze es ist der größte Diamantenproduzent der Welt und besitzt Kupfer, Zinn, Zink, Uran, Wolfram, Mangan, Nickel u.v.a.

Von den über 1 Mio. Einwohnern Namibias sind nur 72000 Weiße 31 % von den Weißen sind Deutsche, von denen ein Drittel (also etwa 7500) den Fuß der BRD besitzt. Die Weißen die noch und nach dem gesamten wertvollen Boden besiedelt hatten, drängten die Afrikaner immer mehr auf den unfruchtbaren Boden ab, z.B. an den Rand der Namib- und Kalahari Wüste. Damit wurde die natürliche Lebensgrundlage der einheimischen Bevölkerung zerstört. Ackerbau und Viehzucht, zerstört. Um nicht zu verhungern, waren die Afrikaner gezwungen, ihre Arbeitskraft zu Schleuderpreisen zu verkaufen. Dieses Elend bildet im gesamten südlichen Afrika die Grundlage für den Aufbau des Kapitalismus.

beträgt in den Fabriken 1:5 und in den Bergwerken 1:16. Selbst die minimalsten Kampfpositionen der afrikanischen Arbeiter, wie Streikrecht, Recht auf gewerkschaftliche Organisation, freie Meinungsäußerung, freie Wahl des Arbeitsplatzes usw. wurden mit faschistischem Terror zerschlagen. Durch kleine Zugeständnisse an die weißen Arbeiter und durch die Ideologie des Rassismus ist es den Kapitalisten gelungen, die südafrikanische Arbeiterklasse zu spalten.

Als im Distrikt Swakopmund „Uranerzvorkommen“ gefunden wurden, die nach Ansicht von Fachleuten zu den größten der Welt zählen“ (1), beteiligte sich die westdeutsche Urangesellschaft G.m.b.H. zusammen mit der Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft (die Namibia schon während der deutschen Kolonialzeit „erschlossen“ hatte) mit 25 % (= 128 Mio. DM) an der Erschließung (2).

„Bundeswissenschaftsminister Lewentz“ vertrat ursprünglich die Auffassung, die Regierung solle die Uranerschließung in Südwest-Afrika

die langfristige Versorgung deutscher Kernreaktoren zu sichern.“ (1) Als die Urangesellschaft Investitionsgarantien für die Erschließung bei der SPD/FDP Regierung beantragte, lehnte diese ab, um ihr fortschrittliches Gesicht nicht zu verlieren. „Die zuständigen Minister haben sich geeinigt, das von der deutschen Urangesellschaft in Namibia geplante Vorhaben zu ignorieren.“ (1)

Die Verlogenheit dieses Mandats wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die Urangesellschaft zu je einem Drittel der Metallgesellschaft AG Frankfurt, der STEAG AG Essen und der Veba AG Bonn gehört. Das Kapital der Veba befindet sich zu 40 % in den Händen der Bundesrepublik Deutschland, der Rest ist auf 1,3 Mio. Kleinaktionäre verteilt. Also ist der kapitalistische Staat sogar direkt als Unternehmer in Namibia tätig, um im Auftrag der westdeutschen Kapitalistenklasse die Abhängigkeit von ausländischen Konzernen bei der Uranversorgung abzuschütteln. Die Kapitalisten brauchen eine eigene Uranversorgung aus dem Grunde, um langfristig den geplanten Bau eigener Atomkraftwerke abzusichern.

Sogar die Kapitalistenzeitung „Blitz“ der Wirtschaft“ schrieb am 4.6.71 zum Uranabbau: „Ob die deutsche Urangesellschaft ebenfalls beteiligt ist, wie ursprünglich beabsichtigt war, wird als immer noch nicht ganz ausgeschlossen bezeichnet, obwohl sich die Gesellschaft im März, wie gesagt wird, aufgrund der Weigerung der Bundesregierung, eine Investitionsgarantie zu übernehmen, zurückgezogen hat.“ Das deutsche Interesse wird jedoch als gegeben erachtet, weil angenommen wird, daß der größte Teil des Urans wahrscheinlich nach der Bundesrepublik und nicht nach England gehen wird.“

Spiel mit verteilten Rollen

Die CDU/CSU ist schon immer ganz offen für gute und ständig enger werdende Beziehungen zum faschistischen Südafrika eingetreten. So forderte F.J. Strauß, daß man bei der Einschätzung der Politik Südafrikas und anderer schwarz-afrikanischer Staaten aus der „gefühlvollen Beurteilung durch deutsche Pensionistinnen und skandinavische Humanisten... zur Versachlichung“ zurückkehren müsse. (3) Im Jahr 1971, bei einem seiner zahlreichen Besuche dort, kündigte er an, daß die CDU/CSU im Falle eines Wahlsieges wahrscheinlich

Waffen nach Südafrika liefern werde. CDU-Bundestagsabgeordnete schrieben über ihre „Informationsreise“ durch Südafrika in einem parteiinternen Reisebericht: „Auf Jahrzehnte, wohl Generationen, gibt es zur derzeitigen Politik der Apartheid – heute lieber genannt der multinationalen Entwicklung – im Grundsatz kaum eine Alternative, es sei denn das Chaos.“ Unter



Man versteht sich prächtig: F.J. Strauß „informiert“ sich bei Südafrikas Premierminister Vorster über die „vorbildlichen“ politischen und sozialen Verhältnisse in Südafrika.

„Chaos“ verstehen die Kapitalisten die Abschaffung ihrer grausamen Ausbeutung der südafrikanischen Arbeiterklasse. Strauß spricht den Imperialisten aus dem Herzen, als er vorschlug, diese „idealen“ Ausbeutungsverhältnisse auch bei uns einzuführen. „Ich bin beeindruckt von der hohen religiösen und moralischen Verantwortung, mit der die Rassenpolitik durchgeführt wird.“ Als starker Eckpfeiler der westlichen Welt kann Südafrika in seiner politischen Struktur (1) sogar zu einem Modellbeispiel (1) für die gesamte (1) westliche Welt werden.“ (4)

Die SPD, FDP-Regierung vertritt die Interessen der Imperialisten so gut, daß die Exporte der BRD nach Südafrika einen „beachtlichen Aufschwung“ nahmen und „die höchste Exportrate in den letzten 25 Jahren erreicht“ wurde (Zuwachsrate 1970: 18 %).

Gleichzeitig betonte sie immer wieder, daß die BRD einem internationalen Abkommen gegen jede Rassendiskriminierung beigetreten sei, und sich daran auch halte.

Im September dieses Jahres wollte eine Delegation der SWAPO (Befreiungsorganisation von Namibia) diesen Erklärungen auf den Zahn fühlen. Sie verlangten eine Erklärung der Regierung unter Berufung auf internationale Beschlüsse.

- die Schließung des westdeutschen Konsulats in Windhoek (Namibia).
 - das 1962 geschlossene Kulturabkommen zwischen der BRD und Südafrika „für null und nichtig in Bezug auf Namibia“ zu erklären.
 - sämtliche wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu Namibia abzubrechen (gemeint war vor allem das Uranprojekt).
- Die Antwort bezog sich auf die SWAPO als „falsch“ und „doppelzüngig“. Die Bundesregierung und Vertreter der SPD hatten jedes Interesse an dem Uranprojekt bestritten und auch betont, daß sie ihre Beziehungen zur weißen Ober-

schicht in Namibia aufrecht erhalten wollten.“ (5) / Trotzdem fanden bürgerliche Zeitungen diesen Grund zu behaupten „Bonn unterstützt die SWAPO-Linie“ (5), weil man sich dort „immerhin“ dazu „durchgerungen“ habe, den Bau einer deutschen Sternwarte in Namibia zu verhindern, da dies politisch „opportunistisch“ sei.

Zu solchen Zugeständnissen bemerkte Leann: „Die Verteidiger des Imperialismus treten gewöhnlich in etwas verkappter Form auf, indem sie die völlige Herrschaft des Imperialismus und seine tiefen Wurzeln verschweigen, dafür aber Einzelheiten und nebensächliche Details in den Vordergrund zu rücken versuchen, um durch ganz unernste „Reform“-projekte vom Wesentlichen abzulenken. Seltener treten synkretische, offene Imperialisten auf, die den Mut haben, auszusprechen, wie unsinnig es ist, die Grundeigenschaften des Imperialismus reformieren zu wollen.“ (Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus)

Quellen

- 1.) „Süddeutsche Zeitung“ v. 9.1.71
- 2.) „Handelsblatt“ v. 1.7.70
- 3.) „FAZ“ vom 7.5.71
- 4.) „Handelsblatt“ v. 1.7.70
- 5.) „FAZ“ vom 7.5.71
- 6.) Afrika-Informationen, Mai-Juni 1966
- 7.) „The Guardian“ vom 1.10.73



Ausbeutung zu Hungerlöhnen – schwarze Bergarbeiter in Südafrika

Ausbeutung zu Hungerlöhnen – schwarze Bergarbeiter in Südafrika

Das durchschnittliche Verhältnis der Löhne zwischen einem afrikanischen und einem weißen Arbeiter

durch Bundesbürgschaften unterstützen, um die schmale Energiebasis der BRD zu verbreitern und

Fortis Thailand

Interview

„Die Thailändische Nationale Befreiungsbewegung wurde vor drei Jahren gebildet. Die Organisation dient der Zusammenarbeit zwischen der KP Thailands, verschiedenen Religionsgemeinschaften, Studenten, Intellektuellen und anderen patriotischen Gruppen, die das faschistische Regime stürzen und den Einfluß der USA in Thailand ausschalten wollen. Die Kommunistische Partei führt den Guerillakampf auf dem Lande. Er dauert bereits sieben Jahre. Die übrigen Sektoren der Befreiungsbewegung stammen hauptsächlich aus den Städten.“

Bewaffneter Kampf in Bangkok in Vorbereitung

In den Städten trifft man jetzt Vorbereitungen, um den bewaffneten Kampf zu beginnen, besonders in Bangkok, unserer Hauptstadt, die unser Land kulturell, wirtschaftlich, verwaltungsmäßig und militärisch vollkommen beherrscht. Dort sitzt eine kleine, korrupte Militärdiktatur an der Macht und unterdrückt das Volk.

Nach über einem Jahr Belagerungszustand wurde im Dezember 72 eine

neue Verfassung eingeführt, aber ins Parlament durften nur Auserwählte der Herrschenden einziehen. Die Widersprüche in den herrschenden Kreisen sind jedoch immer noch groß, auch im Militär. Deshalb führen wir einen politischen Kampf, der darauf abzielt, die Widersprüche auszunutzen und das herrschende Regime zu spalten.

Der Rechtsputsch zerstörte parlamentarische Illusionen

Die Studenten und Intellektuellen im In- und Ausland schließen sich nun offen dem Kampf an. Vor dem Putsch am 17.11.1971 der zum Belagerungszustand führte, gab es unter ihnen viele, die an die Möglichkeit des parlamentarischen Wegs glaubten. Aber jetzt, besonders seit der neuen Verfassung, gewinnt der bewaffnete Kampf immer mehr Anhänger.

Grausamste Unterdrückung der Bevölkerung

Die Dörfer werden von Polizei und Militär besetzt. Sie durchsuchen alles und verhaften jeden, der ihnen gefährlich erscheint. Artikel 17 der neuen Verfassung gibt der Regierung eine uneingeschränkte Ermächtigung zu all diesen Maßnahmen. Die Diktatur ist heute schlimmer als je zuvor.

Auch die Gerichte sind jetzt ganz in der Hand des Regimes. Die Richter können von der Junta beliebig ernannt, versetzt und entlassen werden. Meinungsfreiheit gibt es nicht. Die Junta kontrolliert alle Massenmedien. Oft werden Dörfer bombardiert, um die Bewohner zur Flucht in die Städte zu zwingen. Sogar Pflanzengifte werden angewandt.

Auftraggeber der Unterdrückung – die USA

Die USA haben vor kurzem in Thailand eine geheime Organisation gebildet, die „Advanced Research Project Agency“, der 140 Wissenschaftler aus dem Pentagon angehören. Sie untersuchen Struktur und Natur unseres Landgebietes. Da durch bereits die USA eine Ausweitung des Krieges vor „Newsweek“ berichtete, daß bereits 40000 bis 50 000 US-Soldaten in Thailand stehen. Das können noch mehr werden, da das Militärregime sehr schwach ist und aus eigener Kraft die Macht nicht behalten kann.

Wie steht es mit dem bewaffneten Kampf?

Er nimmt ständig zu. Im Norden, im Nordosten und im Süden. Im letzten Jahr führte die Armee eine

große Anti-Guerilla-Operation im Norden durch. Der Ministerpräsident leitete sie persönlich. „Großer Erfolg“, „Es gibt dort keine Guerilla mehr“, hieß es zum Schluß. Aber als das Militär fort war, waren die Guerillas wieder da. Daraufhin leitete der Sohn des Ministerpräsidenten eine neue Offensive. Sie mißglückte ebenso, und er mußte zugeben: „Die Guerillas können dieses Gebiet beliebig lange halten. Das Gelände ist gut und Essen haben sie auch.“ – In manchen Dörfern des Nordostens werden die

Guerillas von 90 % der Bevölkerung unterstützt. Nachts traut sich dort kein Militär hin. Früher waren die Volksschullehrer in den Dörfern sehr wichtige Personen. Sie waren der verlängerte Arm des Regimes, seine Agenten und Berichterstatter. Deshalb ist es für uns sehr bedeutsam, daß sie jetzt in großem Ausmaß auf der Seite der Guerillas stehen.“

(Deutscher Text nach „Berichte aus Skandinavien“, Redaktion „Der Norden“, 8. München 90, Grünwalder Str. 55, c/o Weing)

Der Arbeiterkampf

ist im Abonnement zu beziehen über

VERLAG ARBEITERKAMPF

J. Reents, 2000 Hamburg 13, Rutschbahn 36
6 Ausgaben incl. Porto kosten 4,80 DM

Diesen Artikel stellte uns ein Leser schon vor einigen Monaten zur Verfügung. Wegen ständigen Platzmangel mußte er bis jetzt verschoben werden:

Ausländische Arbeiter in Großbritannien

Im März dieses Jahres gingen in verschiedenen Teilen Londons in der Nacht sechs Läden und Wohnungen von Farbigen in Flammen auf. Bis zum Mai waren insgesamt 17 solcher Fälle bekannt geworden.

Das Gespenst der Rassenunruhen von 1958 taucht wieder auf, auch ist es nur wenige Jahre her, daß Teile der proletarischen Jugend als organisierte Barden in den Großstädten auf Pakistaner-Jagd gingen. Die Stimmengewinne der „Nationalen Front“ (eine Partei mit mehr als nur zufälligen Verbindungen zu den britischen Faschisten), die Reden des konservativen Abgeordneten und ehemaligen Ministers Enoch Powell, die rassistische Propaganda des von ihm inspirierten „Montag-Clubs“ (Sammelort des rechten Filigals der Konservativen, einschließlich ehemaliger und gegenwärtiger Minister) – all das sind Hinweise auf Auseinandersetzungen in der britischen Gesellschaft, die mit den Problemen der Ausländer und mit Rassenismus unmittelbar zu tun haben.

Vor diesem Hintergrund ist es ostentativ, in AK 28 (Mai 73) in dem Artikel „Woodrowische Arbeiter – muslimische Arbeiter – eine Arbeiterklasse“ zu lesen, daß Großbritannien (GB) nur 174 000 ausländische Arbeiter hat. Verglichen mit den anderen kapitalistischen Ländern, besonders aber mit der BRD, wären das sehr wenig, in der BRD gibt es über zwei Millionen muslimische Arbeiterinnen und Arbeiter.

Die Angabe im AK für GB ist irreführend. Zwar sind offizielle und private Statistiken und Schätzungen unvollständig oder ungenau, in jedem Fall ist aber sicher anzunehmen, daß in Wirklichkeit entscheidend mehr als nur rund 170 000 nicht-britische Arbeiter in GB beschäftigt sind.

Stattdessen ist folgendes richtig. Bis 1959 gab es etwa 700 000 Ausländer „mit ständigem Aufenthalt“ in GB (Anm. 1) – die tatsächlich dort lebende Zahl liegt höher. Eine Schätzung für 1961 nimmt zwei Mio. Nichtbritten an, davon 660 000 aus Afrika, Asien, den westindischen Inseln in Mittelamerika vor

allem Jamaica) und aus anderen Commonwealth-Ländern oder Kolonien (Anm. 2). Für 1969 wurden eine Mio. farbige Nichtbritten in den Industriestädten GB's angenommen (Anm. 3). Dazu kommen (bereits 1966) noch rund eine Mio. Iren in GB (Anm. 4).

Allen aus den afrikanischen, asiatischen (vor allem Indien und Pakistan) und westindischen Commonwealth-Ländern sind von 1964 bis 1971 über 200 000 Menschen nach GB eingewandert (Anm. 5). Die Zahl der ständig oder zeitweilig in GB lebenden Ausländer, d.h. Nichtbritten, ist aber noch höher, da bestimmte Gruppen, z.B. ausländische Soldaten, nicht einbezogen sind. Abgesehen davon werden nirgends diejenigen Nichtbritten erfasst, die in GB selbst geboren sind die Kinder von Einwanderern. Sie werden als Briten gerechnet.

In jedem Fall läßt sich berechnen, daß sich über zwei Mio. Nichtbritten in GB aufhalten. Dies – verglichen mit der Zahl des AK von 174 000 ausländischen Arbeitern – zeigt auf den ersten Blick, daß das etwas nicht stimmen kann.

Was steckt nun hinter dieser Zahlenverwirrung?

Der grundsätzliche Unterschied zwischen GB und der BRD, der hier interessiert, ist, daß GB ein Land mit langer Kolonialgeschichte ist. Bis heute bestehen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den jetzt meistens mehr oder weniger „unabhängigen“ ehemaligen Kolonien und dem „Mutterland“ – das Commonwealth, die „große Völkerfamilie“, dient als organisatorischer und symbolischer Rahmen. GB hat sich so, in neuer Form, eine Reihe von alten Vorteilen militärischer, politischer und wirtschaftlicher Art aus der Kolonialzeit erhalten können.

Dieser historischen Entwicklung und der Ideologie der „großen Völkerfamilie“ entspricht es, daß alle Commonwealth-Bürger formal die britische Königin als Oberhaupt anerkennen. Bis 1961 bedeutete das, daß sie – anders als die „offiziellen“ Ausländer – frei nach GB einreisen, dort Arbeit suchen und dort leben konnten. Nach dem 2. Weltkrieg waren in GB Arbeitskräfte knapp

(bis 1958 nahm die Bevölkerung GB's ab), und so wurden Commonwealth-Einwohner ermuntert und angeworben, als Arbeitskräfte nach GB zu kommen.

Und sie kamen in großer Zahl, denn abgesehen von „weißen“ Commonwealth-Ländern wie Kanada oder Australien waren und sind diese Länder „unterentwickelt“, ist die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung entsprechend schlecht. Die meisten davon erscheinen in keiner Statistik, da sie nicht als „Ausländer“ gerechnet worden sind. (Dasselbe gilt für die Iren). Erst ab 1969 wird die Ein- oder Ausreise statistisch erfasst, auch dann werden diese Einwanderer nicht als „Ausländer“ gezählt. „Ausländer“ sind dagegen Menschen aus Nicht-Commonwealth-Ländern, z.B. Italiener, Spanier, Japaner, US-Bürger etc.

Für den britischen Imperialismus waren die besonderen Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien (und zu Irland) durchaus von Vorteil je nach Wirtschaftslage stand eine Reservarmee an billigen und in vielen getragenen Arbeitskräften aus Übersee zur Verfügung (also derselbe Vorteil, den die „Gastarbeiter“ für den BRD-Imperialismus bieten).

Was einerseits günstig war, war andererseits auch ein schwacher Punkt. Diese Arbeitskräfte aus dem Commonwealth hatten das Recht, frei einzuweisen – mit Familie – und nach Belieben zu bleiben. Im Gegensatz zu „Gastarbeitern“ konnten sie nicht ohne weiteres abgeschoben werden, sobald die Kapitalisten sie nicht mehr brauchten. Nach der Wirtschaftskrise 1957/58 und als die Bevölkerungsziffern wieder anstiegen, führten deshalb sozialdemokratische und konservative Regierungen ein Gesetz nach dem andere ein, um den Status der Commonwealth-Arbeiter langsam aber sicher in den unzuwachen, den „Gastarbeiter“ haben.

Heute ist eine freie Einreise für die Commonwealth-Einwohner nicht mehr möglich. Nur eine festgelegte Zahl von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnissen (für qualifizierte Arbeitskräfte) wird erteilt, und

das Nachholen von Familien-Angehörigen wird zunehmend erschwert. Der jetzige konservative Premier-Minister Heath forderte schon 1969, neue Einwanderer sollten nur noch für eine bestimmte Arbeit an einem bestimmten Ort und für einen bestimmten Zeitraum zugelassen werden. Die Aufenthaltserlaubnis müßte jedes Jahr erneuert werden, und ebenso jedesmal, wenn die Arbeiter ihren Arbeitsplatz wechseln wollten (!).

Diese Umwandlung von scheinbar, d.h. formal, gleichen britischen Bürgern ausländischer Herkunft in strikt kontrollierte „Gastarbeiter“ ist einer der Schritte, die das britische Kapital unternimmt, um aus seiner Niedergangsphase seit Ende des letzten Jahrhunderts, besonders aber seit dem Weltkrieg, wieder hoch zu kommen. Deshalb jetzt – seit den 60er Jahren – mit Blick auf die EWG-Konkurrenz die Angriffe auf die Gewerkschaften, die Rationalisierung in den Betrieben, die Politik der vorschärfte staatlichen Lenkung in der Wirtschaft und der Lohn-Stop. Was GB in diesem Prozeß an „alten Zöpfen“ aus der Weltreichs- und Kolonialzeit mitschleppt, wird dabei Stück um Stück abgeschnitten, zum Beispiel die kostspielige „muslimische Präsenz östlich von Suez“. Zu den „Zöpfen“ gehört auch der bisherige Status der Commonwealth-Bürger.

Wie „Gastarbeiter“ kommen die Nichtbritten in GB – in erster Linie die Farbigen – bei Löhnen und Arbeitsbedingungen, Wohnungen und Schulen, Sozialversorgung usw. in der Regel am schlechtesten weg.

Zugleich wird diese Lage von der Bourgeoisie genutzt, um die Volksmassen mit Rassenismus und Nationalismus zu verführen. Man denke z.B. daran, daß ein dem Reaktions-Epoch Powell vor einigen Jahren gelang, mit Hetzreden gegen ausländische Arbeitskräfte Popularität u.a. bei Teilen der um ihren Job fürchtenden britischen Hafenarbeiter zu gewinnen.

Ein weiteres Beispiel war vor einigen Jahren die rassistische Bandenbildung unter den proletarischen „weißen“ Jugend, die deutlich faschistoide Züge annahm.

Neben die rassistische Propaganda tritt die Rinschüchterung der Farbigen, die polizeiliche und gerichtliche Verfolgung von Einzelnen und Gruppen. Die Brandanschläge dieses Frühjahrs, die die Polizei mit weggeworfenen Zigarettenkippen oder einem einzelnen „Iren“ zu bemänteln versucht, trafen nicht zufällig auch einen Buchladen der Londoner „Schwarzen Panther“, einer Organisation der Schwarzen also und ein Jugendzentrum für Ausländer.

Unter der farbigen Bevölkerung ist eine „Gastarbeiter“-Organisation, nach Gegenmaßnahmen. Sie organisiert sich dabei in eigenen Gruppen. Schlechte Erfahrungen mit Gewerkschaftsführern (und auch leider einfachen Gewerkschaftern), mit den Sozialdemokraten, die die einschlägigen Gesetze verabschieden, aber auch mit „linken“ Gruppen verstärken diese Tendenz.

In dem Maße, in dem die Angriffe des Kapitals und des Staates wachsen, werden aber auch die Stimmungen lauter, die eine Zusammenarbeit aller Teile der Arbeiterklasse, unabhängig von nationalen und rassenischen Unterschieden, fordern. Dies zeigt sich unter den Nichtbritten selbst, in den Gewerkschaften, in sozialistischen Gruppen und Organisationen und sogar unter fortschrittlichen Muslimen.

Anmerkungen.
1) Kenneth Leach, „Migration and the British Population“ (1955-1962), Race VII (1966), 402-409.

2) Encyclopedia Britannica, 1970, Stichwort „England“.

3) Brockhaus, 1969, Stichwort „Großbritannien und Nordirland“.

4) C. W. Chitty, „Aliens in England in the Sixteenth Century“, Race VIII (1966), 129-145.

5) Berechnung nach: Central Statistical Office, Annual Abstracts of Statistics 1972, No. 109, (London 1972).

Stellungnahme der Leitung des KB zum israelisch-arabischen Krieg (8.10.73)

Die hier abgedruckte Stellungnahme wurde von der Leitung des KB am Abend des 8.10. abgefaßt und am folgenden Tag als Flugblatt verbreitet. Durch ein technisches Versehen wurde sie nicht im AK 34 abgedruckt, das wird hier nachgeholt. Die Stellungnahme enthält einen Formulierungsfehler, daß die hebräische Bevölkerung Israels ein „anti-zionistischer Kampf“ (rechte Seite, 16. Zeile von unten) muß es heißen „das ... das wertvolle hebräische Volk ...“ Da die israelische Gesellschaft selbstverständlich eine Klassenorganisation ist, kann von einer Teilnahme der gesamten Bevölkerung an „anti-zionistischen Kampf“ keine Rede sein, vielmehr muß sich dieser gerade gegen die herrschenden Klassen des zionistischen Staates und den internationalen Zionismus richten.

Die Leitung des KB hat sich am 8. Oktober zu einer außerordentlichen Sitzung getroffen. Im Vordergrund der Diskussion standen die Kämpfe zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten, die am 6. Oktober begonnen haben.

Über die militärische Lage lagen keine klaren Informationen vor, jedoch scheint sich abzuzeichnen, daß Israel nach anfänglichen Erfolgen der ägyptischen und syrischen Truppen am Suez-Kanal und auf den Golan-Höhen zur Gegenoffensive übergehen konnte. Die Leitung schätzte ein, daß Israel eine Kriegsziele – nämlich eine erfolgreiche Abnützungsmöglichkeit gegen die arabischen Armeen und damit deren längerfristige Niederlage sowie die Verabschöpfung der Waffenstillstandsverhandlungen, insbesondere die Gewinnung beider Ufer des Suez-Kanals – schließlich erreichen wird, obwohl die Dauer der Kämpfe noch nicht eingeschätzt werden kann.

Die Kämpfe und nach Einschätzung der Leitung durch israelische Provokationen an den Waffenstillstandsverhandlungen getriggert wurden (die kürzlichen Zwischenfälle in Ostjerich (im das Lager Schömu) und vom Zionismus zugleich zum Anlaß für militärische Vorbeugungen und Kriegdrohungen mit sogenannten „Vergeltungsschlägen“ gegen die arabischen Staaten genommen worden. Es hat den Anschein, daß die Regierungen Syriens und Ägyptens durch diese Kriegsdro-

hungen und militärische Provokationen Israels zu einem Vorstoß veranlaßt worden sind, um nicht – wie gegenüber dem „Blitzkrieg“ Israels 1967 – durch einen Überraschungsangriff Israels von vornherein in eine militärisch passive und defensive Position zu gelangen.

Die eigentliche Ursache dieses Krieges und des Konfliktes in dieser Region ist die Existenz des zionistischen Staates Israel. Der zionistische Staat ist unter Mitwirkung des Willens des palästinensischen Volkes und durch dessen gewalttätige Vertreibung entstanden. Damit nicht genug, vertritt der Zionismus gegenüber den arabischen Staaten eine expansive Politik, indem er unter heuchelnden „historischen“ Vorwänden eine weitere Ausdehnung Israels (vom Euphrat bis zum Nil) fordert und eine Politik in diese Richtung betreibt. Insbesondere hält Israel auch unter Mitwirkung von UN-Resolutionen weitere ägyptische, syrische und jordanische Gebiete besetzt und versucht z.T. diese Gebiete durch Neuannektierungen fest in den zionistischen Staat zu integrieren.

Die heuchlerische Haltung, die die US-Regierung jetzt zu den Kämp-

fen einnimmt, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der US-Imperialismus eng mit dem Zionismus verflochten ist und die Expansionspolitik Israels materiell (Waffenlieferungen, finanzielle Unterstützung) und politisch beträchtlich unterstützt. In den Rahmen dieser Politik ist es einzuordnen, wenn jetzt die 6. US-Flotte in Richtung Israel in Marsch gesetzt worden ist, um Druck auf die arabischen Staaten auszuüben und Position Israels zu unterstützen. Die Sowjetunion hat dagegen die arabischen Staaten mit politischen Erklärungen unterstützt, jedoch erreicht die tatsächliche sowjetische Hilfe für die arabischen Staaten hinsichtlich ihrer Höhe, der Modernität der Waffen u.a.m. bei weitem nicht das Ausmaß der Hilfe, die dem Zionismus durch die USA zuteil wird und die den Möglichkeiten der Sowjetunion entspricht. Die Parole des Sowjetrevolutionsismus von der „friedlichen Lösung“ des Nahost-Konflikts bringt nicht die reale Lage in der Region und die Interessen der arabischen Völker zum Ausdruck, sondern vielmehr das Bestreben, ein globales Arrangement mit dem US-Imperialismus zu schließen.

Eine Lösung des Konfliktes ist nur möglich, wenn der zionistische Staat Israel geschlagen wird, wobei jedoch die Existenz des hebräischen Volkes in dieser Region respektiert werden muß. Der KB unterstützt wie in der Vergangenheit alle Vorschläge und Pläne, in Palästina einen sozialistischen Staat zu schaffen, in dem Palästinenser und Hebräer gleichberechtigt zusammenleben werden. Eine solche Lösung setzt u.B. voraus, daß sich soziale Umwälzungen in der gesamten Region vollziehen und die hebräische Bevölkerung Israels im anti-zionistischen Kampf teilnimmt (insbesondere sind Erfolge gegen den Zionismus davon abhängig, daß die gegenwärtigen bürgerlich-nationalistischen Regime der arabischen Staaten, deren Innenpolitik z.T. faschistisch ist wie in Libyen – durch volkdemokratische Regierungen ersetzt werden. Nur so wird es den arabischen Staaten auch möglich werden, eine Politik des Selbstbestimmung auf die eigenen Kräfte und der Unabhängigkeit von den Großmächten zu betreiben.

LC des Kommunistischen Bundes 8.10.73

Forti, Chile

In der Stadtmitte von Santiago, wo 50 Antifaschisten verhaftet wurden, griff eine Partisaneneinheit eine Militärpatrouille an. Angriffe auf Kasernen der Carabineros (Spezialpolizei) fanden u.a. im Gebiet von Temuco (im Süden) und in Paso Navado statt. Beim Angriff in Paso Navado konnte der Kommandant der Kaserne getötet werden.



Genossen eines „Kombandos“ erwarten ihre Verurteilung.

den Ein weiterer Angriff auf die Kaserne „El Caudado“ in den Bergen nahe der argentinischen Grenze führte mit Erfolg zur Erbeutung mehrerer Waffen und zur Tötung von einem Offizier und drei Carabineros. Die Guerrilla-Gruppe, eine Einheit des MIR zog sich anschließend hinter die argentinische Grenze zurück. Am 24. September explodierten mehrere Bomben in der US-Botschaft von Santiago und in Kasernen und Polizeistellen.

Diese Aktionen zeugen davon, daß die Militärs in den bewaffneten Widerstand nicht hat, vertrieben können. Die Opfer unter den revolutionären Kämpfern und im ganzen Volk Chiles sind ungeheuer groß, aber der Widerstand lebt weiter und ist zu einem langen revolutionären Krieg gegen die Militärdiktatur, gegen den Imperialismus und gegen die einheimischen Kontrovervolution angetrieben. Der MIR sowie auch Teile des linken Flügels der Unidad Popular waren bereits einige Zeit vor dem 11. September in die Illegalität gegangen, als sich die Zeichen für einen bevorstehenden

eine solche Entwicklung propagieren werden. Schließlich wird es notwendig sein, eine wirkliche revolutionäre Führung zu organisieren. Auch wenn der Einfluß des MIR in den bewaffneten Kämpfen nach dem Militärputsch schon relativ groß ist, so wird man noch nicht davon sprechen können, daß dies bereits eine „fortgeschrittene“ revolutionäre Führung sei. Eine starke marxistisch-leninistische Par-

tei, die auch in Chile der Motor und Garant eines längerfristigen erfolgreichen Klassenkampfes sein wird, existiert dort bislang auch nicht.

Der MIR, der 1964 aus Aufspaltungen der revisionistischen „KP“ und der Sozialistischen Partei hervorgegangen ist, hatte nicht von Anfang an mit dem Aufbau einer marxistisch-leninistischen Organisation begonnen, sondern erst gegen Ende der 60er Jahre. In der ersten Zeit war sein Einfluß zudem auf einen Teil der linken Studenten beschränkt. Ende 1970 begann der MIR mit der revolutionären Arbeit unter den Bauern, und erst im Frühjahr 1971 wurde eine organisierte Arbeit in den Betrieben aufgenommen. Die ersten revolutionären Betriebszellen des MIR entstanden im Laufe des Jahres 1971 in den Kupferminen von Chuquibambilla, in den Zentren der Textilindustrie (Yarur, Samur und Belta-

visita-Tomb), im Kohlenrevier von Lota und in zahlreichen mittleren und kleineren Betrieben von Santiago, Concepción und Valparaíso (Angaben in: Arno Münster, „Chile: friedlicher Weg?“).

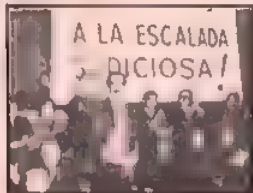
In der Organisation und politischen Konsolidierung des revolutionären Widerstands werden also die Schwerpunkte der nächsten Zeit liegen. Mit Sicherheit werden auch in der jetzigen Phase weiterhin Guerilla-Aktionen durchgeführt werden, aber das wesentliche Merkmal wird vorerst darin bestehen, daß der Widerstand sich für die zukünftigen Kämpfe rüstet, daß bessere Voraussetzungen für den längerfristigen Sieg geschaffen wird.

Das Generalsekretariat des MIR hatte im Oktober 1970 nach dem Wahlsieg der Unidad Popular seine Auffassung bekräftigt, daß dieser Sieg nicht leicht sein wird und sich nur im Verlauf eines langdauernden revolutionären Krieges verwirklichen läßt. Es wurde betont, daß sich durch den Wahlsieg der UP „nichts wesentliches an diesen

Kampf die Form eines irregulären und langandauernden revolutionären Krieges annehmen würde, und daß er nicht die Form eines Volksaufstandes haben könne, der in wenigen Stunden in definitiver Weise die Macht den Arbeitern überträgt; denn wenn man auch die eindringlichen Rückschläge für den Imperialismus im Vietnam-Krieg und die Fortschritte der Kolonialrevolution auf der ganzen Welt in Rechnung stellt, so ist der Imperialismus im Augenblick noch ungeheuer mächtig, ebenso wie die einheimischen herrschenden Klassen in Lateinamerika. Nur eine Form des irregulären Krieges, der in seiner politischen und militärischen Entwicklung die herrschenden Klassen schwächt und die Revolutionäre stärkt, kann in Chile erfolgreich sein.

Nichts Wesentliches an diesen Bedingungen hat sich durch den Wahlsieg der UP geändert, die Konfrontation ist nur aufgeschoben worden, und wenn sie sich schließlich einstellt, wird sie massiver sein und einen Charakter erhöhter Legitimität erhalten, was heute die Strategie des bewaffneten Kampfes mehr

Wirklichkeit in Chile eines Problems der Revolution aus etwas anders als dies z.B. in Indochina der Fall ist. In Indochina lebt der weitaus größte Teil der Bevölkerung auf dem Land (Stadtbewölkerung in Südvietnam rund 30%, in Laos und Kambodscha nur jeweils 5%). Das erfordert nicht nur ein Bündnis zwischen Arbeiter und Bauern unter der Führung der Arbeiterklasse (wie dies in allen vom Imperialismus beherrschten Ländern eine Voraussetzung für den Erfolg der Revolution ist), sondern diese Verhältnisse setzen auch besondere Bedingungen für die militärische Entwicklung des revolutionären Volkskrieges: die Hauptstärke dieses Krieges ist die bäuerliche Bevölkerung und der Austragungsort ist im wesentlichen das weite Land. Das erste Element dabei ist der Aufbau einer Guerrilla auf dem Land. Die Guerrilla (Partisanenkampf) kann im weiteren Verlauf (wenn es bereits einige befreite Gebiete gibt) durch den Aufbau einer Roten Armee ergänzt werden, wobei diese dann (wie es in China gewesen ist) schließlich zum wichtigsten militä-



Altamirano (l.), Chef des linken Flügels der Sozialistischen, Enriquez (m.), Chef des MIR und Gervasio (r.), Chef der Mapu organisieren den Widerstand im Untergrund. Sie sind die meistgesuchten Gegner der faschistischen Militärdiktatur.

Bedingungen“ geändert hat – und das hat sich mittlerweile in aller Deutlichkeit als richtig erwiesen. In der damaligen Erklärung des Generalsekretariats des MIR heißt es:

„... wir waren immer auf dem Standpunkt, daß der bewaffnete



Altamirano (l.), Chef des linken Flügels der Sozialistischen, Enriquez (m.), Chef des MIR und Gervasio (r.), Chef der Mapu organisieren den Widerstand im Untergrund. Sie sind die meistgesuchten Gegner der faschistischen Militärdiktatur.

denn je in ihrer Gültigkeit bestätigt.“

Die chilenischen Revolutionäre können sich heute auf wichtige Erfahrungen des revolutionären Krieges gegen den Imperialismus stützen, wie sie in anderen Teilen der Welt, z.B. Indochina, gemacht wurden. Allerdings stellt die gesellschaftliche



Altamirano (l.), Chef des linken Flügels der Sozialistischen, Enriquez (m.), Chef des MIR und Gervasio (r.), Chef der Mapu organisieren den Widerstand im Untergrund. Sie sind die meistgesuchten Gegner der faschistischen Militärdiktatur.

rischen Faktor des revolutionären Volkskrieges wird.

In Chile ist das Wesen der gesellschaftlichen Verhältnisse das gleiche: ein vom Imperialismus ausgebeutetes und beherrschtes Land. Aber die konkreten Bedingungen für die Entwicklung des revolutionären Krieges gegen den Imperialismus sehen dort anders aus. Die Stadtbewölkerung beträgt in Chile nahezu 70%. Allein in Santiago lebt rund ein Drittel der chilenischen Bevölkerung, ein großer Teil davon allerdings auch in den Poblaciones, den Elendquartieren am Stadtrand. Von der „wirtschaftlich aktiven“ Bevölkerung sind etwa

mehr als ein Viertel in der Landwirtschaft tätig und knapp 22% in der Industrie (der Dienstleistungssektor hat einen für viele vom Imperialismus unterentwickelt gehaltene Länder typisch hohen Anteil von über 41%).

Für die Einbeziehung der städtischen Wohngebiete in den Aufbau und die Kampfkampfen einer Guerrilla gibt es bislang kaum länger dauernde erfolgreiche Vorbilder. Die Tupamaros in Uruguay (Stadtbewölkerung 78%), die das „klassische“ Vorbild einer Stadtguerrilla in der „Dritten Welt“ darstellen, haben zeitweise durchaus konkrete Erfolge erzielt, konnten aber auch dort nicht die Überwindung der Guerrilla von der Stadtbewölkerung nicht wesentlich überwunden werden, und heute sind die Tupamaros durch den staatlichen Terror offensichtlich weitgehend dezimiert.

In Brasilien (Stadtbewölkerung nach unterschiedlichen Angaben 57%, bzw. unter 50%), wo 1964 ein Militärputsch stattfand, entwickelte sich nach 1968 ebenfalls eine Stadtguerrilla, die aber auch relativ isoliert und erfolglos blieb. Die bewaffneten Widerstandsorganisationen Brasiliens haben den Aufbau einer Guerrilla darauf hin schwerpunktmäßig auf das Land verlegt, wo die Bewegungsmöglichkeit größer und die Bewachungsnetze des Militärregimes weniger ausgebaut ist.

Die letzten Informationen über die Tätigkeit der bewaffneten Widerstands in Chile deuten darauf hin, daß dort ähnliche Schlussfolgerungen gezogen wurden wie in Brasilien. Das kennzeichnet allerdings lediglich die augenblickliche Phase in der Entwicklung eines revolutionären Volkskrieges in Chile. Es ist unabweisbar, daß der Erfolg dieses Krieges unter den chilenischen Bedingungen in großem Maße von der Einbeziehung der städtischen Wohngebiete in den bewaffneten Kampf abhängen wird.

Erklärung der KP Chiles nach dem Putsch

Erklärung der KP Chiles nach dem Putsch

Die revolutionäre „KP“ Chiles hat am 11. Oktober eine Erklärung „An das chilenische Volk“ veröffentlicht. Wir drucken hier eine längere Passage nach (Übersetzung aus der italienischen Zeitung „L'Unità“ vom 14. Oktober) und kommentieren sie.

„Das Volk wird an die Regierung zurückkehren, und es wird nicht verpflichtet sein – sozial ist sicher die institutionelle Situation wiederherzustellen, die bis gestern bestand. Es wird demokratisch eine neue Verfassung erlassen, neue Gesetze geschaffen, ein Staat, der dem vom Putsch hegehobenen Überlegen ist. In einem solchen Rechtsstaat werden die religiösen Bekenntnisse respektiert werden, es wird Pluralismus geben, aber es wird keinen Rechtschutz geben für das Faschismus. Für Wirtschaftsverbrechen und aufrührerische Aktivität. Nachdem, was geschehen ist, hat das Volk auch das Recht, sich die Schaffung bewaffneter Streitkräfte und einer Polizei neuen Typs zum Ziel zu setzen, oder mindestens aus den militärischen Institutionen, aus den Reihen der Carabineros und der Polizei, die reaktionären Elemente zu entfernen, um sicherzustellen, daß sich in Chile niemals wiederholen wird, was jetzt passiert ist. Das Land geht nicht umsonst durch die schmerzliche Erfahrung, die es jetzt durchlebt.“

Diese und andere Probleme müssen von allen revolutionären und demokratischen Kräften überprüft werden, um hierüber und über andere Themen zu einer gemeinsamen Auffassung zu gelangen. Es wird nötig sein, uneingeschränkt eine kritische und selbstkritische Prüfung der fast drei Regierungsjahre der Volksregierung vorzunehmen. In dieser Periode wurden große Dinge verwirklicht, aber auch schwere Fehler begangen. Sehr ernst die Schäden wurden verursacht durch die Positionen und Aktivitäten der extremen Linken, wie auch durch reformistische Tendenzen, die in diesem oder jenem Moment

sogar in der Aktion der Volksregierung auftraten. Die chilenische KP ist völlig überzeugt, daß ihre Haltung der einschränkungslosen Verteidigung der Volksregierung, ihre Bemühungen bei der Suche nach Verständigung mit anderen demokratischen Sektoren, vor allem an der Basis, ihre Anstrengungen, um den Mittelschichten der Bevölkerung Sicherheit zu geben, ihre Aktion mit dem Zweck, das Feuer auf den Hauptfeind zu konzentrieren: Imperialismus und äußerster Reaktion – ihre Beharrlichkeit bei der Stärkung der Einheit zwischen Sozialisten und Kommunisten, der Einheit der Arbeiterklasse und der Vereinigung zwischen allen Parteien der Unidad Popular, ihre Sorge um Steigerung der Produktion und der Produktivität, Selbstfinanzierung der Unternehmen des gesellschaftlichen Sektors und höchster Arbeitsdisziplin, eine insgesamt korrekte allgemeine Politik kennzeichnen. Das schließt jedoch nicht aus, daß es in ihrer Aktion Schwächen und Irrtümer gegeben hat. Andererseits meinen wir, daß dies nicht der geeignete Moment ist, um die Fehler zu diskutieren, die von der Regierung oder der Unidad Popular insgesamt oder jedem ihrer politischen Sektoren im einzelnen begangen wurden. Jeder Ding zu seiner Zeit. Den Akzent jetzt auf diese Diskussion zu legen, könnte der Einheit zwischen den Volksparteien Schaden zufügen. Um Moment, in dem das Hauptproblem gerade darin besteht, ihre Einheit aufrecht zu erhalten und zu entwickeln, um gegen die Militärdiktatur Front zu machen und mit einheitlichem Geist auf die neuen Aufgaben zu antworten, die vor der Arbeiterklasse und dem Volk stehen.“

Die chilenische Arbeiterbewegung hat eine Niederlage erlitten. Um sich von dieser Niederlage zu erholen und zum Gegenangriff gegen

Imperialismus und einheimische Reaktion übergehen zu können, müssen zunächst einmal die Ursachen der Niederlage eingestrichelt werden, einschließlich der Auseinandersetzung über Fehler der Unidad Popular, der Linken außerhalb der UP etc. Wie kann man denn ohne solche Auseinandersetzung eine „Einheit der verschiedenen antifaschistischen und revolutionären Kräfte“ herstellen? Auf welcher Basis soll diese Einheit beruhen?

Auseinandersetzung steht zur Einheit nicht im Widerspruch, sondern ist im Gegenteil eine elementare Voraussetzung, um eine wirkliche Einheit zu erreichen.

Was soll nach dem von einer Partei gehalten, die „im Interesse der Einheit“ ihre eigenen schweren Fehler und die Fehler anderer Parteien die zur Niederlage der chilenischen Arbeiterbewegung und der UP-Regierung beitrugen, zu verdecken trachtet mit dem pharisäischen „Argument“ für gründliche Selbstkritik im Jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, weil die Einheit wichtiger ist.

Allerdings können sich auch die chilenischen Revisionisten der Einheit nicht verschließen, daß nach dem Putsch die demokratischen Institutionen „an Glaubwürdigkeit verloren haben, und sich die Frage der Schaffung einer neuen Staatsmacht stellt. Hierzu hätte es jedoch nicht erst die opfervolle Erfahrung des Putschs brauchen müssen.“

muß sogar zweifeln, ob nicht die chilenischen Revisionisten nach der Phase der „Normalisierung“ ganz und gar zu ihrem früheren Reformismus zurückkehren werden. In diese Richtung weist ein Ausspruch des Mitglieds des ZK der „KP“ Chiles, Volodine Teilbaum: „Der chilenische Weg bleibt im wesentlichen gültig.“

Einige Probleme des chilenischen Widerstandes

Der chilenische Widerstand wird jetzt, nach den heftigen Kämpfen der ersten Wochen unter der Militärdiktatur, unweigerlich in eine Phase treten, wo die Kampfteilnahme zwar nicht aufhört, aber doch vorübergehend nachläßt. Es wird notwendig sein, die blutenden und vom faschistischen Terror dezimierten Reihen zu reorganisieren. Es wird notwendig sein eine langfristige Strategie und Taktik des revolutionären Krieges in Chile unter den Bedingungen einer faschistischen Diktatur zu entwickeln, für die Arbeiter und Bauern gewonnen werden können. Ein Zurück zu den alten Zuständen unter der Unidad Popular wird es dabei nicht geben, auch wenn die Reformisten weiterhin

Chile und die Qual des Jubelökonomismus

Zur Chile-Kampagne des KBW (NRF)

Nicht nur unsere Differenzen zu den Revisionisten und Reformisten sind an der Haltung zum faschistischen Putsch in Chile erneut sehr deutlich geworden (und wir haben uns damit in mehreren Artikeln auseinandergesetzt), sondern auch unsere Differenzen zu den „Jubelsozialisten“ konnten daran nicht verborgen bleiben.

Noch wenige Tage vor dem Putsch hatte der KBW in seiner Zeitung „KVZ“ erfreuliches aus Chile zu berichten gewußt. „Die chilenischen Volksmassen haben ihre Lehren aus den Niederlagen gezogen. Das chilenische Volk wurde in den letzten Jahren zunehmend geschlossen und kampfbereiter.“ Und die Volksmacht wird aufgebaut (1), selbständig (1) von der Arbeiterklasse und gegen den bürgerlichen Staat.“ (KVZ vom 12. September)

So konnte sich der KBW auch nur schwer nach dem Putsch auf die neue Situation einstellen. In der „KVZ“ vom 26. September war die zuversichtliche Überschrift zu lesen: „Chile: Das Volk ist nicht besiegt.“

In der Chile-Agitation der Hamburger SSG (Frischebacken, Ortsgruppe Hamburg des KBW) nahm sich die Umsetzung dieser Linie noch um einiges bunter und phantastischer aus.

In einem ersten Flugblatt hieß es: „Das chilenische Volk hat sofort mit aller Kraft den Kampf gegen die Militärdiktatur für Demokratie und Sozialismus aufgenommen und wird ihn mit Sicherheit gewinnen.“ Hier durfte die Story von den 80 000 „bewaffneten Arbeitern“ nicht fehlen, die angeblich dabei waren, auf Santiago zu marschieren, um den Putsch niederzuschlagen.

richtung des faschistischen Terrors – ist selbst der „KVZ“ vom 29. Oktober anscheinend noch nicht ganz klar. Es heißt dort:

„Die Situation in Chile läßt sich noch nicht eindeutig einschätzen (1). Sicher ist, daß es der Militärdiktatur noch nicht gelungen ist, die Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes zu zerschlagen und wahrscheinlich ist, daß es ihr auch nicht gelingen wird, die Lage zu stabilisieren und ein konsolidiertes konterrevolutionäres Regime zu errichten.“

Das ganze trägt die Überschrift: „Chile, organisierter Widerstand. Die einheitliche Führung wird hergestellt.“

Immer noch wird die Tatsache des vorläufigen Sieges der Konterrevolution verheimlicht, wird die Illusion eines „organisierten Widerstands“, einer noch nicht fest im Sattel sitzenden Junta, eines relativ raschen Sturzes der Junta verbreitet. Und so was mokiert sich über die Dumtheiten des MSB!

Dabei sollte man feststellen, daß sich der KBW damit schwerlich auf die revolutionären Genossen des chilenischen MIR berufen kann, auch wenn der KBW bisweilen in der anmaßenden Pose eines „Generalvertreter“ des MIR für die BRD auftritt.

Der MIR hat jedenfalls schon im Oktober 1970 eine Erklärung abgegeben, in der es heißt:

„... wenn man sich die ständigen Rückschläge für den Imperialismus im Vietnam-Krieg und die Fortschritte der Kolonial-Revolution auf

der ganzen Welt in Rechnung stellt, so ist der Imperialismus im Augenblick noch ungeheuer mächtig, ebenso wie die einheimischen herrschenden Klassen in Lateinamerika.“

Aus dieser Einschätzung heraus hat der MIR die Unvermeidlichkeit eines langdauernden, revolutionären Krieges begründet. Der MIR hat sich ausdrücklich gegen die Vorstellung gewandt, daß dieser revolutionäre Krieg, die Form eines Volksaufstandes haben könne, der in wenigen Stunden in definitiver Weise die Macht den Arbeitern überträgt.“

So scheint es sich jetzt in Chile gerade darum zu handeln, daß nach einer Phase des spontanen Widerstands unmittelbar nach dem Putsch jetzt mit der Organisation eines langfristigen revolutionären Kampfes begonnen werden ist. Dabei geht es nicht um Tage oder Wochen (wie der KBW immer noch seinem gutgläubigen Publikum vorgaukelt), sondern sicher zumindest um Monate, wenn nicht um einen Zeitraum von mehreren Jahren.

Für den KBW darf das nicht so sein, denn die dort vorherrschende Mentalität ist ganz offenbar der unverwundliche Frohsinn und Optimismus einer religiösen Sekte. Niederlagen sind im Programm nicht vorgesehen, selbst faschistischer Terror beweist ja bloß, wie schwach der Imperialismus ist, wie „verzweifelt“ seine Lage ist usw. Der in dieser Haltung liegende ungeheuerliche Zynismus ist offenbar den meisten Anhängern des KBW gar nicht bewußt. Es wäre famos, wenn die Situa-

tion heute schon so wäre, wie die vom KBW beschrieben wird. Aber leider ist dies überhaupt nicht der Fall. Leider ist es so, daß der Imperialismus „im Augenblick noch ungeheuer mächtig“ ist, wie die Genossen des MIR in der Erklärung ihres Generalsekretariats vom Oktober 1970 feststellten. Und in Chile hat sich das erneut gezeigt. Nur für Illusionisten hängt der Himmel voller Geigen.

Die Arbeiter und erst recht die Revolutionäre dürfen sich solche Tagträumereien nicht erlauben. Aus einer falschen Einschätzung des politischen Kräfteverhältnisses folgt eine falsche Bestimmung der politischen Aufgaben. Aus einer Unterschätzung der Stärke des Imperialismus folgt die selbstmörderische Idee eines „leichten Sieges“. In der konkreten politischen Arbeit hat dies zumeist eine Vernachlässigung hinsichtlich des Schaffens von politischem Bewußtsein und der revolutionären Organisation der Arbeiterklasse zur Folge. Die Aufgaben der Revolutionäre werden herausgemindert, und die „Selbsttätigkeit“ des Proletariats wird angeleitet.

In einem Flugblatt der Hamburger SSG vom 12.9. z.B. findet sich die zuversichtliche Behauptung: „Der reaktionäre Putsch kann zwar die Regierung der UF stürzen, ihre Parteidoktrin beseitigen und ihre führenden Kader verhaften und ermorden, aber er kann nicht die gewonnene Klarheit und Einheit der

Massen auslöschen.“

Von was für einer „Einheit“ ist hier die Rede, wenn die revolutionären (und reformistischen) Organisationen zum großen Teil zerschlagen bzw. in die Illegalität gedrängt werden? Von was für einer „Klarheit“ ist die Rede, wenn gerade die besten Arbeiter systematisch von der Junta gejagt, ein großer Teil von ihnen ermordet oder eingekerkert wurde? Die Schläge der Konterrevolution gerade gegen die bewußte Vorhut der Arbeiterklasse sind eben sehr wohl in der Lage, das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen insgesamt zurückzuwerfen. Denn das sozialistische Bewußtsein (nichts anderes kann doch wohl „Klarheit“ bedeuten) verteilt sich nicht gleichmäßig über die Köpfe aller Werktätigen, sondern verkörpert sich gerade in einer bewußten Vorhut.

In der „KVZ“ vom 26. September heißt es: „Die chilenische Arbeiterklasse hat gelernt zu kämpfen und sich zu organisieren. Und sie hat jetzt, wenn auch durch schmerzliche Opfer gelernt, daß nur die Erhebung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Bewaffnung des Volkes, den Weg zur sozialen Revolution, zum Sieg über die Ausbeuterklassen öffnen können.“

Nach dieser Logik genügt der Arbeiterklasse die bloße Erfahrung, um zu einem vollständigen sozialistischen Bewußtsein, inklusive aller nötigen Schlussfolgerungen zu kommen. Sozusagen ein praktischer Kurzlehrgang von Lenin („Staat und Revolution“. In der BRDzeit der

Völlig auf den Hund gekommen

... und auf den Hund gekommen

Das letzte vom KBW

Zum stolzen Preis von DM 4,00 ist die NR. 1 vom „Kommunismus und Klassenkampf“, „theoretisches Organ“ des KBW (70 Seiten) auf dem Markt.

J.S., ehemals intellektuell ernst zu nehmender Führer des Heidelberger SDS, heute „Sekretär“ des KBW, äußert sich in diesem Heft zu der Frage von „Defensive“ oder „Offensive“ im Klassenkampf. In dieser Frage war innerhalb des KBW eine Meinungsverschiedenheit aufgetreten, da einige Theoretiker des ehemaligen KB Bremen (jetzt im KBW) die These vertreten hatten, daß sich gegenwärtig die Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie in der Defensive befindet.

Zugleich haben wir in dieser Frage die Politik des KBW kritisiert (vgl. besonders den Artikel „Taktisches Wirtswort“ in AK 31 und 32). Alle „irrigten“ Auffassungen von einer Defensiv-Situation der Arbeiterklasse werden von J.S. nunmehr gründlich „widerlegt“. Diese „Widerlegung“ besteht im wesentlichen aus drei „Argumenten“, eines immer noch schöner als das andere:

1.) Zunächst einmal sind – laut J.S. – die Begriffe „Offensive“ und „Defensive“ gar nicht auf die gegenwärtige Klassenkampfsituation anwendbar. Diese seien nämlich „Begriffe des revolutionären Bürgerkriegs“ und könnten daher nicht einfach auf den jetzigen Zustand „relativer Klassenfriedens“ übertragen werden. Hier wird J.S. direkt beißend scharf: „Wir sollten es uns angewöhnen, mit Begriffen des Krieges zu spielen, in Zeiten, wo der Krieg noch nicht ausgebrochen ist“ das sei „Kinderlei“ etc. Damit ist J.S. schon einmal elegant vom Thema weggekommen – statt Auseinandersetzung in der Sache ein störrisches akademisches Geplänkel um Worte. Daß es dabei nicht ein mal ehrlich um die Klärung von Begriffen geht, wird daran deutlich, daß J.S. ungeniert eine knappe Seite weiter die eben noch verdammt Begriffe „Defensive“ und „Offensive“ wieder einführt – diesmal für die gegenwärtigen wirtschaftlichen Kämpfe!

2.) J.S. stellt fest, daß man verliert, um etwas zu erhalten und daß man angreift, um etwas zu erobern.

Und da schon Marx und Engels sagten, daß das Proletariat außer seinen Ketten nichts zu verlieren hat, so hat eben das Proletariat gar nichts zu erhalten, also auch nichts zu verteidigen. Und da umgekehrt die Bourgeoisie schon alles hat (politische Macht, ökonomischen Reichtum etc.) bleibt ihr nichts mehr zu erobern, also auch nichts mehr anzugreifen. Also kann die Arbeiterklasse gar nicht in der Defensive sein (denn sie hat nichts zu verteidigen), und die Bourgeoisie kann nicht in der Offensive sein (denn sie braucht nichts mehr zu erobern).

Offenbar nach Meinung von J.S. der Arbeiterklasse solche Rechte wie Organisationsrecht, Demonstrationsrecht, Pressefreiheit, Redefreiheit etc. als Geschenk der Bourgeoisie in den Schoß gefallen. Da die Arbeiterklasse anscheinend niemals um diese Rechte kämpfen mußte, braucht sie sie wohl auch nicht zu verteidigen. Umgekehrt stellt J.S. der Bourgeoisie die Bescheinigung aus, daß sie ehrlich die „parlamentarische Demokratie“ und die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ verteidigen will („denn die dienen ihr bisher hervorragend“), was doch wohl nur heißen kann, daß die Bourgeoisie nicht daran interessiert ist, solche „verfassungsmäßigen“ Rechte der Arbeiterklasse wie Streikrecht, Organisationsrecht u. a. anzutasten. Ferner bescheinigt J.S. der Bourgeoisie und ihrem Staat, daß sie keineswegs von sich aus einen Angriff planen, sondern ruhig abwarten, bis „der unvermeidliche Krieg durch den Angriff des Proletariats eingeleitet wird.“ – So ist die Klassenkampfsituation für J.S. sozusagen ein relativer Waffenstillstand (mit kleinen Gefechten, versteht sich) zwischen den großen Schächten, und die Bourgeoisie erwartet den Angriff der Arbeiterklasse, um sich dann dagegen zu verteidigen.

3.) „Der Kampf an der politischen Front, der Kampf um Rechte, Nachpostitionen und zur Zerschlagung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie ist noch wenig entwickelt. Es ist aber nicht so, daß die Arbeiterbewegung an dieser Front

in die Defensive gedrängt wäre. Vielmehr ist es so, daß die Kampfen an dieser Front noch nicht aufgenommen hat.“ (J.S.)

Das ist doch das Allerschärfste! Die Arbeiterklasse verteidigt sich (noch) nicht gegen den Angriff auf das Streikrecht, gegen das Reverse-Unwesen in den Gewerkschaften, gegen die „Stäubung“ des Staatsapparats von „Radikalen“, gegen den Angriff auf kommunistische Organisationen und Zeitungen etc. „Ist so“ ist sie eben nicht in der Defensive, denn Defensive ist ja daselbe wie Verteidigung, und die Arbeiterklasse verteidigt sich ja gar nicht... – Aueue!

Man könnte ja auf den Gedanken kommen, daß sich dann eben eine extreme Defensiv-Situation der Arbeiterklasse ausdrückt, wo die Bourgeoisie solche Angriffe auf Organisationsrecht, Streikrecht etc. fast ohne Widerstand durchbringt. Aber wer so denkt, hat nicht zu suchen in den heiligen Hallen des KBW, wo der Begriff „Realität“ (das ist jemand, der die Dinge so sieht, wie sie wirklich sind) mittlerweile zum schlimmsten Schimpfwort geworden ist.

Für J.S. jedenfalls, den großen Tonsänger des KBW, herrscht an allen Fronten „relativer Klassenfrieden“ mit einer Ausnahme an der ideologischen Front scheint der revolutionäre Klassenkrieg bereits voll entbrannt, denn „an der ideologischen Front sind die Marxisten-Leninisten schon in der Offensive und werden diese Offensive erfolgreich fortsetzen können.“ Beweist die Auflage der „Bild“-Zeitung nicht, während die Auflage der „KVZ“ des KBW steigt (kein Witz! J.S. führt das ermahnt als Beweis an!) Der KBW erklärt der Bourgeoisie den ideologischen Krieg und schon ist die Bourgeoisie in der Defensive. Man könnte ja anführen, daß vielleicht angesichts des tatsächlichen (nämlich sehr geringen) Einflusses der kommunistischen Presse an der ideologischen Front immer noch „relativer Klassenfrieden“ herrscht bzw. die Bourgeoisie eindeutig vorherrschend ist. Aber hier gilt wieder, was wir oben schon über die „Realisten“ gesagt haben – zum Teufel mit ihnen!

waren, auf Santiago zu marschieren, um den Putsch niederzuschlagen. (In der mündlichen Agitation und in Gesprächen mit SSGlern waren sogar noch wildere Gerüchte zu hören.)

Hier geht es nicht einmal so sehr darum, daß die SSG ungeprüft vage Gerüchte über die Lage in Chile als „Tatsachen“ verbreitet. Vielmehr zeigt sich darin der Zustand einer Organisation, die sich an derartigen „Sensationen“ aufregt, um solange wie möglich die Augen vor der grauen Wirklichkeit verschließen zu können.

Woher hätten wohl in Chile 80 000 bewaffnete (!!) und organisierte (!!) Arbeiter kommen sollen? Aber für den KBW, der ja noch kurz vor dem Putsch das chilenische Volk beim „selbständigen“ Aufbau der „Volksmacht“ gesehen hatte, war das gar nicht weiter rätselhaft.

Es folgte einige Tage später ein weiteres Flugblatt der SSG, dessen Überschrift jubelnd eine neue „Sensation“ verkündete. „Die Junta hat ihr Ziel nicht erreicht!“

Ein paar tausend tote Arbeiter können die heile Welt dieser frohen Gemüter doch nicht ändern!

In demselben Flugblatt der SSG heißt es: „Über die Situation auf dem Lande dürfen Presse und Rundfunk nicht berichten, was darauf hindeutet, daß es dort für die Junta nicht besonders gut aussieht. Die Junta beherrscht am Sonntag (das war der sechste Tag nach dem Putsch – Anm. AK-Red.) also lediglich einen kleinen Teil des Landes, das Zentrum von Santiago und die wenigen Viertel, in denen sich die Reichen niedergelassen haben.“ Die Lage der Junta sei „hoffnungslos“.

In der „KVZ“ vom 10. Oktober wird dann der Spieß geschickt umgedreht, indem gegen ein Flugblatt des MSB (Studentenverein der DKP) polemisiert wird. Der MSB hatte doch tatsächlich – hoch, wie das kommt! – in diesem Flugblatt behauptet: „Militärputsch gescheitert“. Na, das weiß der KBW aber (zwischenzeitlich) wirklich besser. Keiner sagt die „KVZ“ mit dem Finger auf die Blödel vom MSB – und hat schon ganz vergessen (bzw. möchte gern vergessen lassen!), daß die Äußerungen des KBW nach dem Putsch auch nicht viel gescheiter waren.

Was in Chile wirklich passiert ist – nämlich eine schwere Niederlage der Arbeiterbewegung und Auf-

Revolution“. In der BRDzeit der Studenten-Revolte war diese Position in der zynischen Redensart zusammengefaßt: „Der Polizei-Knüppel auf den Kopf schmeißen“ das revolutionäre Bewußtsein!“

Die historische Erfahrung lehrt jedoch, daß der „Knüppel auf den Kopf“ keineswegs automatisch und im Handumdrehen sozialistisches Bewußtsein in die Köpfe hineinbringt. Trotz der Erfahrungen der Niederlage der Revolution von 1905 mußte die Partei der Bolschewiki noch 1917 um die Frage der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates etc. einen intensiven und ständigen politisch-ideologischen Kampf gegen andere Richtungen in der Arbeiterbewegung führen. In Deutschland führte die Erfahrung des Faschismus keineswegs im Selbstgang zu revolutionärem Bewußtsein der Massen, sondern im Gegenteil zu einer bis heute anhaltenden politischen Lähmung und Resignation.

So wäre es auch eine Illusion, anzunehmen, daß der faschistische Putsch automatisch und unausweichlich die Idee der gewalttätigen Revolution, der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates etc. in alle Köpfe eingebrannt hätte. Derartige Auffassungen, die vom KBW nicht nur bezüglich Chile vertreten werden (sondern z.B. ähnlich auch gegenüber den spontanen Streiks in der BRD), dienen dazu, die politisch-ideologischen Aufgaben der Revolutionäre herabzudrücken.

Es ist unweifelhaft, daß die Erfahrungen der Arbeiter im Klassenkampf die Grundlage für die Herausbildung ihres Klassenbewußtseins sind. Lenin hat bereits 1895/96 im „Entwurf und Erläuterungen des Programms der Sozialdemokratischen Partei“ davon gesprochen, daß die Arbeiter Klassenbewußtsein entwickeln, „wenn sie fortwährend aus dem Erfahrungsleben des Kampfes schöpfen, das sie gegen die Fabrikanten zu führen beginnen und das sie immer mehr entfalten, immer erbitterter wird und in dem Maße, wie die großen Fabriken und Werke entstehen, eine immer größere Anzahl von Arbeitern umfaßt“ („Werke, Bd. 2, S. 104).

Das wollte, was wir daran hervorheben wollen, ist, daß Lenin von den Erfahrungen des Kampfes spricht, und nicht von irgendwelchen Erfahrungen. Es ist eben nicht

Forts. KBW

de Rele davon, daß ein neuer Er-
fahrung der kapitalistischen Unter-
drückung und des kapitalistischen
Terrors den Arbeitern irgendwas
„deutlicher“ macht, sondern es ist
konkret von den Kampfverfah-
rungen der Arbeiter die Rede.
Das heißt aber auch, wenn wir
den Gedanken einmal weiterverfol-
gen, daß die Frage der günstigen
Bedingungen des Klassenkampfes
auch die Frage der günstigen
Bedingungen der Entwicklung des
Klassenbewußtseins ist. Die Bedin-
gungen des Klassenkampfes sind aber
unter einer faschistischen Diktatur
der Bourgeoisie, die alle politischen
Rechte durch schrankenlosen Terror
zerstört, mit Sicherheit ungünstiger
für das Proletariat, als unter einer
„demokratischen“ Herrschaft der
Bourgeoisie.

gischen Gründen, weil um wol-
ches Regime nämlich die Kampfbedin-
gungen für den Sturz der Bour-
geoisie und den Sieg des Sozialismus
langfristig besser ist.
Für die vulgären Empiristen und
Ökonomen vom Schlage des KBW
ist die Sache jedoch weit „unkom-
plexierter“. Für sie bleibt beim fa-
schistischen Terror unter dem Siroch
nur, daß die Massen jetzt alles noch
„deutlicher“ sehen, daß sie jetzt
„bewußter und geschlossener“ denn
je in den Kampf gehen (Zitate aus
Flugblättern der SSG), daß die Mas-
sen mit einem Schlag die Notwen-
digkeit der bewaffneten Revolution,
der Zerschlagung des bürgerlichen
Staatsapparats etc. „gelernt“ haben
„(KVZ)“.

Der KBW schwärzt und schwärzt
am laufenden Meter von der „Selbst-
tätigkeit“ der Arbeiter, daß die Ar-
beiter ihre Sache „selbst in die Hand

(zwei Taktiken, Werke Bd. 8, S. 145)
Und zum „Verdienst“ dieser
Ökonomen damals in Rußland
„Niemand hat soviel über die
Selbsttätigkeit der Arbeiter geredet
und niemand hat mit solcher Predigt
diese Selbsttätigkeit so sehr einge-
engt, beschnitten und herabgewür-
digt wie die Anhänger des „Rebo-
tscheje Dolo“.“

(Das „Rebotscheje Dolo“ war da-
mals in Rußland so etwas ähnliches
wie die „Kommunistische Volkszei-
tung“ heute in unserem Land.)

Bleibt an dieser Stelle noch eines
anzufügen. Wie so oft gibt es in der
Argumentation der Revisionisten
auf der einen Seite und der super-
„links“ jubelnden Ökonomen
auf der anderen Seite einige hezei-
chende Gemeinsamkeiten. Beide be-
treiben eine Unterschätzung der
Stärke des Imperialismus, die einen
reden von seiner zunehmenden
„Einseitigkeit“ und „Anpassung an
die Realität“, die anderen wälzen
sein „Scheitern“ und seine „Hoff-
nungslosigkeit“ im Mund herum.
Beide betreiben eine Über-
schätzung der Stärke der Ar-
beiterklasse und der revolutionären
Kräfte. Die einen verweisen dabei
vor allem auf die „rückfallgebende
Existenz des sozialistischen Lagers
mit der Sowjetunion an der Spitze“
(ein Lager, das sich in Wirklichkeit
jedoch immer mehr mit dem Impe-
rialismus arrangiert), und die
anderen predigen uns unermüdlich
von der „Selbsttätigkeit“ der Ar-
beiter, von ihrem „spontanen“ Sturm
zum Sozialismus. Und wenn man
ihnen auf die Schliche kommt, dann
weisen sie immer auf die „welthi-
storische Tendenz“ aus. Lenin hat
dazu einmal angemerkt, daß es „ke-
ne haarsüßende theoretische Un-
richtigkeit (!)“, sich in einer Frage
der praktischen Politik (und darum
handelt es sich ja wohl auch hier! –
AK-Red.) „auf den welthistorischen
Maßstab zu beziehen.“ (Der „linke
Radikalismus“ die Kinderkrankheit
des Kommunismus.)



Zweitens Klassenbewußtsein ist
nicht das gleiche wie sozialistisches
Bewußtsein. Das sozialistische Be-
wußtsein entwickelt sich nicht
„spontan“ in der Arbeiterklasse,
sondern dazu ist die organisierte
politische Tätigkeit der Kommuni-
sten nötig. Dazu braucht die Ar-
beiterklasse die Kommunistische
Partei. Die Entwicklung des soziali-
stischen Bewußtseins in der Ar-
beiterklasse ist untrennbar mit ihrer
Organisation verbunden. Daß dies
auch nur auf der Grundlage der Klas-
senkampfverfahren der Arbeiter
möglich ist, dürfte für Materialisten
selbstverständlich sein. Aber es geht
eben darum, daß diese Klassen-
kampfverfahren verarbeitet
werden müssen, daß sie durch das
wissenschaftliche Sozialismus be-
leuchtet werden müssen, daß die
Kommunistische Partei den Arbeit-
ern auf dem Boden ihrer eigenen
Klassenkampfverfahren leitet, was
die Bedingungen, der unvermeidli-
che Weg und das letztendliche Ziel
ihres Kampfes sind, daß sie die Ar-
beiter zum erfolgreichen Beschrei-
ten dieses Weges und zum Erreichen
des sozialistischen Zieles organisiert.
Diese Lehren umfassend klargelegt
und gegen die vulgären Empiristen
und Ökonomen (die der Meinung
waren, daß die Arbeiter das alles
„von selbst“ tun) verteidigt zu ha-
ben, das ist gerade das historische
Verdienst von Lenin.

nehmen“, daß sie gar in Chile auf
dem besten Weg waren, „selbstän-
dig“ die „Volksmacht“ zu errichten.
Auch der KBW weiß, daß es in
Chile eine marxistisch-leninistische
Vortrupporganisation (Kommunisti-
sche Partei der Arbeiterklasse) noch
nicht gibt (vgl. „KVZ“ vom 29. 10.).
Aber dennoch konnte die chileni-
sche Arbeiterklasse vor dem Putsch
„selbständig“ an den Aufbau einer
„Volksmacht“ gehen? Wozu dann
überhaupt noch eine kommunisti-
sche Partei? Wozu dann noch den
KBW (eine Frage, die sich ohnehin
aufrichtig!) Greif lieber zum Sponta-
neismus, „dann geht alles wie von
selbst!“

Dieses Gelährte um die „Selbst-
tätigkeit“ der Arbeiter war auch den
russischen Ökonomen schon ein-
gefallen. Lenin hat diesen Leuten 1905
entgegengerufen:

„Wird die Aufgabe der
Avantgarde der Revolution nicht
herab, verlegt nicht unsere Pflicht,
dieser Avantgarde durch unsere or-
ganisierte Selbsttätigkeit zu
unterstützen. Macht weniger allge-
meine Phrasen über die Entwicklung
der Selbsttätigkeit der Arbeiter –
die Arbeiter legen, von euch unbe-
merkt, eine gewaltige revolutionäre
Selbsttätigkeit an den Tag! – nicht
mehr darauf, daß ihr die unentwik-
kelten Arbeiter durch eure eigene
Nachtrabpolitik nicht demoralisiert.“

Offensichtlich haben weder die
einen noch die anderen ein ist-
schliches Vertrauen in die
Kraft der Arbeiterklasse. Offensicht-
lich besteht ihr engster Zusammen-
halt nur darin, daß sie ihrer ei-
genen Politik und ihren eigenen
Genossen nur soweit vertrauen wol-
len, wie sie die Illusion des „ständi-
gen Aufwärts“ in der Arbeiterbewe-
gung verbreiten können. Uns wer-
fen sie vor, daß wir mit unserer an-
geblichen „Schwarzmalerei“ die Ar-
beiter und die Genossen in die Re-
signation treiben würden. Das ist ein
Schreckgespenst – nur fragt es sich
für wen? Was verbürgt sich denn da-
hinter, wenn jemand meint, daß aus
einer realistischen Einschätzung
des politischen Kräfteverhältni-
ses Resignation erwächst? Nichts
anderes, als die eigene Mutlo-
sigkeit!

Man macht krampfhaft einen
auf Optimismus, denkt sich irgend-
welche erfreulichen Märchen aus 1001
Nacht aus (vgl. Kasten „He lücht!“)
oder tötet sich mit zynischen Wahrhei-
ten „Historisch ist der Sieg des
Proletariats unvermeidlich“ – alles
offenbar, um der eigenen Mutlo-
sigkeit vorzubeugen und eine mit per-
manenten „Erfolgsmeldungen“ ver-
wöhnte Anhängerschaft bei der
Stange zu halten. Anscheinend hat
man sich die Sache der Arbeiterklas-
se nur unter der Bedingung zu eigen

Um wieviel mehr gilt nun das
Vorgebrachte für das sozialistische
Bewußtsein gegenüber dem Klassen-
bewußtsein! Die Entwicklung des
sozialistischen Bewußtseins in der
Arbeiterklasse erfordert die organi-
sierte Tätigkeit der Kommunisten –
und es wird wohl kaum jemand be-
streiten können, daß die Entfalte-
rungsmöglichkeiten einer organisierten
kommunistischen Tätigkeit zur
Gewinnung der Arbeiterklasse für
den Sozialismus unter den Bedin-
gungen eines faschistischen Terror-
regimes, das jede gegen die Bourgeoi-
sie und den faschistischen Staat
gerichtete politische Arbeit auf brutale
Weise verfolgt, weitaus schwie-
riger und ungünstiger und als Kom-
munisten bekämpfen wir den Faschi-
smus und die drohende faschi-
stische Gefahr nicht nur des-
wegen, weil ein solches Regime die
Arbeiterklasse in unmittelbarer
dem brutalesten Terror unterwirft,
sondern wir bekämpfen den Faschi-
smus und die drohende faschistische
Gefahr darüberhinaus auf strategische



fein, daß die Arbeiter die Kraft
entwickeln werden, eine für die ak-
tuelle noch ungunstige Situation in
eine günstige, und schließlich (!) in
den Sieg zu verwandeln? Die Ge-
schichte liefert Lehren genug dafür:
– nur müssen wir es verstehen,
diese Lehren zur politischen Bewe-
gung, zur Anleitung zum Han-
deln der Arbeiterklasse zu machen!

Lenin hat die „Kuriosität“ be-
schrieben, daß diejenigen, die am
meisten über die „Selbsttätigkeit der
Arbeiter“ daherschwätzen, letztlich
diese Selbsttätigkeit einengen und
bescheiden – und in seiner Schrift
„Was tun?“ läßt er den intellektuel-
len, die damals wie heute der „Kraft-
quell“ des Ökonosmus waren,
durch einen revolutionären Arbeiter
zurufen:

„Bist weniger die Spontaneität
an und denkt mehr an die Steige-
rung eurer Aktivität, ihr Mar-
ren!“

He lücht!

Kannlich ist aber auf der
Welt „Haupttendenz Revolution“,
wollen überall, „die Mas-
sen nach links“. Wo die Tatsachen
noch nicht ganz soweit sind wie die
Theorie, hilft der KBW gern mit
eigenen Phantasie-Produkten aus –
Not macht erfindersich!

So war einem Flugblatt der Ham-
burger SSG („Ortsgruppe des KBW“)
vom 9. Oktober die folgende sen-
sationelle Mitteilung zu entnehmen:
„Die Volksmassen in Israel haben
kein Interesse an diesem Krieg. Die
Folgen der Kriegswirtschaft haben
ihre Lage enorm verschlechtert.
Immer häufiger streikten die Ar-
beiter. Bei den letzten Wahlen gab
es einen starken Linksruck. Die
Regierungsparteien mußten erheb-
liche Stimmenverluste hinnehmen.“

An dieser Behauptung („Linksruck“) ist
nicht einmal der be-
dachte „wahre Kern“, sie ist 100%ig
aus der Luft gegriffen!

In Israel sind bisher bei allen
Wahlen mehr als 95% der Stimmen
auf zionistische Parteien entfallen.
Die stärksten Gruppen sind dabei die
regierende „Arbeiterpartei“ von Gol-
da Meir und der noch weiter rechts
stehende Oppositionsblock Gahal.

„KBW erfindet „Linksruck“ in Israel

Obwohl der Linksruck in Israel
Cherut und den „Liberalen“) Die
einzige nicht-zionistische Partei, die
revisionistische KP Israels, hat noch
nie mehr als 5% der Stimmen be-
kommen, mit kontinuierlich abneh-
mender Tendenz (inzwischen bei
weniger als 3%).

Statt eines „starken Linksrucks“
(SSG) gab es vielmehr bei den
letzten Wahlen (1969) einen (nicht
sehr starken) Rechtsruck. Die „Ar-
beiterpartei“ fiel von 55 auf 49
Sitze. Die verlorenen Sitze der „Ar-
beiterpartei“ schlugen beim Gahal-
Block sowie bei der neu aufgetre-
tenen „Staatsliste“ (eine extrem rechte
Abspaltung von der „Arbeiterpar-
tei“) positiv zu Buch („Staatsliste“
auf Anhieb vier Sitze, Gahal 26
Sitze statt vorher 22). Ansonsten
gab es minimale Verschiebungen
innerhalb des Gefüges der kleineren
zionistischen Parteien. Die KP be-
hielt ihre vier Sitze, jedoch ent-
fiel davon jetzt einer auf die pro-
zionistische Spalt-Gruppe Maki.

Breite Schichten des Hamburger
Volkes vereinigen sich spontan für
ihre Forderungen: „In SSG-Flug-
blättern muß die Wahrheit gesagt
werden!“

gemacht, ständig in der Illusion ei-
nes aktuell günstigen
Kräfteverhältnisses und ständiger
„Erfolgsergebnisse“ schwelgen zu
können.

Für uns hat eine realistische Ein-
schätzung des aktuellen Kräfte-
verhältnisses allerdings eine ande-
re Bedeutung: sie liefert uns einen
klaren Blick für die politischen
Mittel und Methoden, mit denen die
Arbeiterklasse dieses Kräfteverhält-
nis zu ihren Gunsten verändern
kann. Warum sollten wir das nicht
zwei-

Daß dieser Zusammenhang zwi-
schen der Anbetung der Spontaneität
und Selbsttätigkeit der Arbeiter
sowie der Beschneidung eben dieser
Selbsttätigkeit und der Drosselung
der eigenen Aktivität offenbar ty-
pisch ist für den Ökonosmus,
läßt sich auf heute bestätigen. Die-
se „Kunossität“ tritt immer dann zu
Tage, wenn die Illusionen dem
„Druck der Wirklichkeit“ nicht mehr
standhalten. Bei der SSG/„KG“
ebenso wie bei der DKP. Auf einem
gewissen Zeitpunkt ließ sich der

WIR HÖREN: DU WILLST NICHT MEHR MIT UNS ARBEITEN

1.
Wir hören: Du willst nicht mehr mit uns arbeiten.
Du bist zu faul. Du kannst nicht mehr herumlaufen.
Du bist zu müde. Du kannst nicht mehr lernen.
Du bist erledigt.
Man kann von dir nicht verlangen, daß du noch etwas tust.
So wisse:
Wir verlangen es.
Wenn du müde bist und einschliffst
Wird dich niemand mehr wecken und sagen:
Steh auf, das Essen steht da.
Warum sollte Essen dastehen?
Wenn du nicht mehr herumlaufen kannst
Wirst du liegen bleiben. Niemand
Wird dich suchen und sagen:
Es ist eine Revolution gewesen. Die Fabriken
Warten auf dich.
Warum sollte eine Revolution gewesen sein?
Dann du tot bist, werden sie dich begraben.
Ob du schuld bist an deinem Tod oder nicht.
Du sagst:
Du hast zu lange gehofft. Du kannst nicht mehr kämpfen.
So höre:
Ob du schuld bist oder nicht:
Wenn du nicht mehr kämpfen kannst, wirst du untergehen.

2.
Du sagst: Du hast zu lange gehofft. Du kannst nicht mehr hoffen.
Was hast du gehofft?
Daß der Kampf leicht sei?
Das ist nicht der Fall.
Unsere Lage ist schlimmer, als du gedacht hast.
Sie ist so:
Wenn wir nicht das Übermenschliche leisten
Sind wir verloren.
Wenn wir nicht tun können, was niemand von uns verlangen kann
Sind wir unter.
Unsere Feinde warten darauf
Daß wir müde werden.
Wenn der Kampf am bittersten ist
Sind die Kämpfer am müdesten,
Welche Kämpfer zu müde sind, die verlieren die Schlacht.

BERT BRECHT

fein, daß die Arbeiter die Kraft
entwickeln werden, eine für die ak-
tuelle noch ungunstige Situation in
eine günstige, und schließlich (!) in
den Sieg zu verwandeln? Die Ge-
schichte liefert Lehren genug dafür:
– nur müssen wir es verstehen,
diese Lehren zur politischen Bewe-
gung, zur Anleitung zum Han-
deln der Arbeiterklasse zu machen!

Lenin hat die „Kuriosität“ be-
schrieben, daß diejenigen, die am
meisten über die „Selbsttätigkeit der
Arbeiter“ daherschwätzen, letztlich
diese Selbsttätigkeit einengen und
bescheiden – und in seiner Schrift
„Was tun?“ läßt er den intellektuel-
len, die damals wie heute der „Kraft-
quell“ des Ökonosmus waren,
durch einen revolutionären Arbeiter
zurufen:

„Bist weniger die Spontaneität
an und denkt mehr an die Steige-
rung eurer Aktivität, ihr Mar-
ren!“

fundamentale Widerspruch zwischen
der Wirklichkeit in Chile und sol-
chen „aufmunternden“ Phrasen wie
„Die Junta hat ihr Ziel nicht er-
reicht“ nicht mehr verkleinern
(auch nicht mit Pädagogik und Psy-
chologie). So war es nur zu verständ-
lich, daß die SSG ihre Chile-Kam-
pagne danach weitgehend einschie-
len ließ und sich halb über Kopf in
eine Kampagne gegen die Schulbe-
hörde stürzte, die sie zur Abwech-
slung mit Einschüchterungen durchführte
wie etwa „Ausweglosigkeit“ der
Schulbehörde, „schwindender Ein-
fluß (der Schulbehörde) unter den
Eltern, Schülern, Lehrern und Refe-
rendaren“, „spontan empfundene
Solidarität aller Lehrer, Eltern und
Schüler... im Kampf gegen das herr-
schende Schulchaos“ etc. – Und da-
nach kam die Nahost-Kampagne
vgl. Kasten „He lücht!“ usw. und
Man weiß doch, daß es vorwärts
geht!

DKP-Schläger

Notizen zur Chile-Kampagne des KB in Hamburg

Nach Demonstration und Abschluß unserer zentralen Chile-Veranstaltung, die mit 2.000 Menschen gut besucht war, war unsere Chile-Kampagne in Hamburg noch keineswegs beendet. Neben Informations-Tischen, Flugblatt-Verteilungen etc. sowie Revolutionen in gewerkschaftlichen Gremien, Geldsammlungen in Städten und Betrieb für die Unterstützung des chilenischen Widerstandes, liefen unsere Bezirksgruppen zu mehreren insgesamt einem halben Dutzend dezentraler Diskussionsveranstaltungen in verschiedenen Stadtteilen auf. Diese Veranstaltungen wurden mit je etwa 50 bis 200 Menschen ebenfalls gut besucht, was ein relativ guter Erfolg für unsere Organisation war. Insgesamt wurden von uns mehrere tausend Mark für den chilenischen Widerstand gesammelt.

Den Schwerpunkt in den Referaten und Diskussionsbeiträgen legten wir auf die entscheidenden Fragen der Strategie der Arbeiterbewegung im Kapitalismus, wie sie durch die Entwicklung in Chile erneut aktualisiert wurden. Das führte zwangsläufig nicht nur zur kritischen Auseinandersetzung mit der Politik der chilenischen „Unidad Popular“ (UP), sondern auch mit der revisionistischen und reformistischen Strategie der Revisionisten und Linksozialisten überhaupt („Zurückdrängung der Monopole“, Überbetonung parlamentarischer Formen des Kampfes usw. und schließlich dem „friedlichen Über-

gang zum Sozialismus“). einer Strategie also, wie sie bei uns vor allem von der DKP und etwas anders auch von bestimmten Juao-Fraktionen vertreten wird.

Leider muß festgestellt werden, daß die Genossen der DKP offensichtlich nicht bereit sind in der Lage waren auf unseren Veranstaltungen sich an der Diskussion und Auseinandersetzung zu beteiligen, obwohl die offiziellen namhafte DKP-Führer zugegen waren und von uns auch direkt aufgefordert wurden das Mikrofon zu ergreifen. Teilweise stahlen sich diese Herrschaften kammernheimlich – wie geprügelte Hunde – mit eingeklemmtem Schwanz aus dem Saal. In Einzelgesprächen meinten DKP-Genossen, es sei jetzt nicht die Zeit zur politischen Auseinandersetzung und Kritik an der UP. Dies sollte man auf einen „späteren Zeitpunkt“ verschieben. Jetzt hingen sie die Zeit „breitester Solidarität“, um der „chilenischen Reaktion in der Armee zu fallen“ usw. Die Konsequenzen aus dem „chilenischen Beispiel“ für die eigene Politik möglichst vermeiden, stattdessen die für die internationale Arbeiterbewegung wichtigen Erfahrungen in einer Kampagne der blinden Solidarität mit den Opfern des faschistischen Militär-Terrors zu ertränken („Eine breite Kampagne zur Rettung Corvalans“) – das wäre so richtig für den Geschmack unserer westdeutschen Revisionisten von DKP und SDJ.

Ganz auf dieser Linie lag auch

die zentrale Veranstaltung der Hamburger DKP, die nicht als politische sondern als musikalische Veranstaltung (chilenische Folklore inkl. einer Festansprache) angekündigt und durchgeführt wurde.

Wir ließen uns indes nicht die Möglichkeit nehmen, auf den wenigen z.T. sehr kleinen Stadteil-Veranstaltungen der DKP Diskussion und Auseinandersetzung mit den Mitgliedern dieser Partei zu suchen. Die DKP-Führer, die dies offenbar erwarteten und auch wußten, daß sie einer Diskussion mit uns nicht standhalten konnten, bereiteten sich auf unseren Besuch in der ihnen eigenen Weise vor: sie stellten Schlägerkommandos auf. Gleichzeitig legten sie in der unparteilichen Diskussion den Schwerpunkt auf eine Intensivierung der ohnehin schon bestehenden Verhetzung ihrer Mitglieder gegenüber unserer Organisation (Die „Argumentation“ lief etwa so: Die Faschisten hetzen gegen die UP der KB auch. Das kommt aufs selbe raus. Im übrigen haben die chilenischen „Linksradianten“ (MR etc.) das Militär zum Putsch provoziert. So waren die Fehler der UP vor allem, nicht energisch genug gegen diese „Linksradianten“ Kräfte vorgegangen zu sein. Diesen Fehler sollten wir selbst unbedingt vermeiden. Auch will der KB unsere Solidaritätsveranstaltungen bloß sprengen, umfalls sogar Schlägereien provozieren. Darauf sollten wir vorbereitet sein, möglichst diesen Leuten zu-

vorkommen.)

In zwei Hamburger Veranstaltungen (Winterhude und Bergedorf) kam es daraufhin zu wahren Saalschlägereien, die von den DKP-Schlägerkommandos auf Beschuldigung der DKP-Führer begonnen wurden. Es gab eine Reihe verletzter Genossen und Genossinnen (die DKP-Schläger scheuten sich nicht, Frauen und Mädchen brutal zusammenzuschlagen, dies ist zweifellos eine Mentalität, die wir sonst nur von Faschisten kennen und den Grad der innerparteilichen Verhetzung durch die DKP-Führer kennzeichnet).

Anwesende DKP-Führer haben auf den Veranstaltungen mit großem Geschick die allgemeine Stimmung systematisch aufgewiegelt, bis sie endlich das Zeichen zum Zuschlagen geben konnten. In der Diskussion um die Sache selbst bekam sie erwartungsgemäß kein Bein an die Erde. Diese DKP-Führer waren und für die Schlägereien verantwortlich. Die Schläger selbst und zu bedauern insofern sie sich von ihren Funktionen für solche „Dienste“ mißbrauchen lassen.

Wir selbst werden uns von diesen Angriffen keineswegs beirren lassen und in der Auseinandersetzung keinen Schritt zurückweichen. Selbst wenn diese die Form einer Schlägerei annimmt. Auf jeder ihrer öffentlichen Veranstaltungen müssen die Revisionisten mit unserer Anwesenheit und unseren Argumenten rechnen. Obgleich wir entschieden gegen Schlägereien und andere unwürdige Erscheinungen in der Auseinandersetzung mit den Revisionisten sind, werden wir uns auch gegen diese Angriffe in geeigneter Weise verteidigen.

Allerdings kam es auch im Anschluß an solche „Auseinandersetzungen“ zu einer größeren Differenzierung innerhalb der DKP. Man

entschuldigt sich für das Verhalten ihrer Parteigenossen. Es kam in diesem Zusammenhang sogar zu vereinzelt Austritten aus der DKP/SDJ (die entsprechende Austrittserklärung werden wir möglicherweise demnächst publizieren). Auch folgende Episode mag in diesem Zusammenhang von Interesse sein:

Wie allgemein bekannt, verhetzen DKP/SDJ-Trupps immer wieder von uns geklebte Plakate systematisch zu zerstören bzw. zu überkleben! so auch während unserer Chile-Kampagne. Von diesen Aktionen distanzieren sich vier Gruppenmitglieder der SDJ Hamburg Süd. Sie übergaben uns folgendes Schreiben:

„Am Abend des 1. Okt. haben SDJler, vermutlich von der Gruppe Hamburg-Mitte in unverschämter Art und Weise die Plakate des KOMMUNISTISCHEN BUND zur Chile-Veranstaltung in Hamburg und Wilhelmshaven überklebt. Wir distanzieren uns von diesen Aktionen. Mitglieder der SDJ-Gruppe Hamburg Süd, 2.10.1993.“ (Es folgen Namen und Unterschriften der SDJ-Mitglieder).

Wir werden uns in Zukunft verstärkt bemühen, gerade auch solche DKP/SDJ-Genossen, die wir mit unseren Argumenten derzeit noch nicht politisch überzeugen können, zu sauberen Formen der politischen Auseinandersetzung, wie sie in der Arbeiterbewegung notwendig sind, gegebenenfalls auch zu zwingen.

Leitung der Bezirksorganisation, KB/Gruppe Hamburg

„Friedliche Revolution“ in Argentinien?

Am 28. September ließ sich Juan Peron zum neuen Präsidenten Argentiniens wählen. Er kündigte an, mit einer „friedlichen Revolution, einer Revolution ohne Blut“ wieder für Ordnung, Arbeit und Sicherheit im Lande sorgen zu wollen (Spiegel, 1.10.).

Eine der ersten „revolutionären“ Maßnahmen Perons war die Bildung eines Sozialpaktes zwischen Regierung und Gewerkschaften der Arbeiterklasse nach einer einmaligen Lohnerhöhung von 17% einen Lohnstopp auf zwei Jahre brachte (Die Inflation betrug zu dem Zeitpunkt 80%). Dank dieser Garantie zur verschärften Ausbeutung der Arbeiterklasse kann die argentinische Bourgeoisie ihre Konkurrenzfähigkeiten wahren und die Bemühen um Selbständige – vor allem von den USA-abhängigen Positionen in Lateinamerika und der Welt – anstreben, die Kosten dafür zahlt die Arbeiterklasse.

Der „friedlichen Revolution“ ohne Blut sorgt Peron aber nicht nur für die wirtschaftliche Sanierung der Bourgeoisie (Springer reaktionäre Welt) beschönigt um bereits eine „wunderschöne glückliche Hand“, sondern auch in bewundernswürdiger Weise für politische „Ordnung und Sicherheit“. So wurde bereits wenige Stunden nach dem Wahlsieg Perons die ERP (Revolutionäre Volksarmee) verboten, die nicht nur erfolgreiche Guerilla-Aktionen durchführte sondern auch answärts in den Industriezentren der großen Städte den politisch-ideologischen Kampf gegen die Bourgeoisie und dem Peronismus führt. Die Ermordung von Jose Rucci, dem rechten Generalsekretär der peronistischen Gewerkschaft (die der ERP angehängt wird aber ebenso eine faschistische Provokation oder die Ausschüttung eines neben Peron zu mächtigen Mannes bedürftigen Vorwand, um eine radikale Subversion der peronistischen Bewegung fürzuführen, nämlich alle nationalistischen Gruppen zu zerschlagen (Welt, 1.10.).

Den Tod Ruccis bezeichnete Peron als den Tropfen der das Fass zum Überlaufen brachte. Einen Tag später wurde das folgende Mord der linken peronistischen Jugend, Enrique Grinberg, durch mehrere Schüsse ungebracht. Ein

Mord, der Peron allerdings nicht beunruhigte. Und auch die zahlreichen Überfälle auf linke Parteienbüros, der Bombenanschlag auf das Büro der linken Zeitung „Milencia“ in Buenos Aires, gefährden offenbar Perons „friedliche Revolution“ und seine nationale Einigkeit. Solche Terrorakte passen vielmehr in sein Konzept Zerschlagung der gesamten Linken in Argentinien, die den Kampf gegen seine Ideologie und Demagogie aufgenommen hat.

Die Mehrheit des argentinischen Volkes bringt Peron allerdings im menschlichen Vertrauen entgegen, das auch durch seine ungenutzten Maßnahmen noch nicht wesentlich erschüttert ist. (Peron erhielt bei der Wahl über 60% der Stimmen, die sozialistische Partei, die wohl die fortschrittliche der offiziellen politischen Parteien in Argentinien ist, erhielt dagegen nur etwa 15%).

Im Augenblick ist es hauptsächlich die Jugend, die Peron keinen Verlaufsversuch mehr gibt, sondern ihn an seiner aktuellen Politik mißt – wohl nicht zuletzt de-

wegen, weil die Jugend Perons erste Regierungszeit nicht mehr direkt erfahren hat und ideologisch nicht so fest an ihn gebunden ist.

Ernesto Guevara, ein führender Funktionär der revisionistischen KP Argentiniens, äußerte sich jedenfalls genötigt, eine Warnung über die Radikalität der Jugendbewegung an Peron zu richten; Peron hat der Jugend eine Revolution versprochen. Wenn er die Gesellschaft nicht schnell und grundlegend verändert, wird die Jugend es tun mit ihm oder ohne ihn (Spiegel, 1.10.).

Es ist zu erwarten, daß sich Peron zunehmend vor der gesamten Arbeiterklasse und dem Volk entfremdet und daß auch die Klassenauseinandersetzungen in Argentinien weiter zuspitzen. Es kommt dabei darauf an, daß die linken und kommunistischen Kräfte die Lösung der Massen vom Peronismus, der Ideologie vom dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus, vorantreiben und daß sich eine Kraft herausbildet, die die Arbeiterklasse in den zu erwartenden Kampf gegen Peronismus und Faschismus führen kann.



Bei der Rückkehr Perons nach Argentinien im Juni provozierten rechtsextreme Peronisten Schießereien, wobei es zahlreiche Tote und Verletzte vor allem unter der linken peronistischen Jugend – gab Bild Begräbnis eines der Opfer

Leserbriefe

Zum Süter-„Streik“ des KBW

„Die Nr. 4 der „Kommunistischen Volkszeitung“ (KVZ) des KBW enthält einen Artikel über einen Streik der Druckerei Süter in Hamburg für 50 Pf. mehr pro Stunde was natürlich nicht stimmt! Es hat überhaupt keinen Streik gegeben!“

Kollegen in der Hanseatischen Druckanstalt lassen in einer auf dem Tisch liegenden Zeitung ausgerechnet diesen Artikel mit Interesse und diskutierten kurz darüber. Vom KBW erfahren wir allerdings nie, daß diese Meldung falsch war.

Der KBW von einigen Süter-Kollegen auf diesen Irrtum aufmerksam gemacht, legte nur bei Süter der KVZ ein Berichtigungsblatt bei mit dem Inhalt, daß aufgrund angeblicher Schwierigkeiten in der telefonischen Übermittlung von Hamburg nach Mannheim eine falsche Information in die Zeitung gekommen sei.

Angewandte „Schwierigkeiten in der telefonischen Übermittlung“ können aber für Kommunisten nie der wahre Grund sein, begangene Fehler nicht vor der Branche bzw. vor der gesamten Arbeiterklasse zu korrigieren!

Ein mit Euch sympathisierender Kollege von „Hanseatische Druckanstalt“ –

Kommentar der Redaktion

Tatsächlich wird es sich wohl bei der Zeitungsentlastung in der KVZ über den Süter-Streik“ weniger um Schwierigkeiten bei der telefonischen Übermittlung handeln sondern darum, wie der KBW in Hamburg sich seine betrieblichen Informationen besorgt. Ohne selbst Einblick in das betriebliche Geschehen zu haben, nehmen diese Leute irrtümlich Scheinbegründungen, wie z.B. von rechten Betriebsräten zugespielte Informationen, als beliebige Kneipengericht für ihre Meinung an. Um es dann ungeprüft als neueste Information in ihrer Presse herauszugeben. Und die selbe Politik ist es, ihren ständigen Anhängern an der Hamburger Lin. zu heigen, daß der KBW schon ganz dick in den Hamburgern

Betrieben „vorankert“ ist. (Dies ist für die Hamburger Führer des KBW wichtig, um ihren Anhang bei der Stange zu halten, um ihren Studenten zu beweisen, „es geht voran mit unserer Politik.“) Ganz auf dieser Linie werden Zeitungen fiktiver „Betriebszellen“ (Zellen am Betrieb“ z.B. Reichhold-Chemie) herausgegeben usw. Dabei stört es die Führer des KBW wenig, wenn sie durch diese Politik das Gesicht der Reaktionäre im Betrieb erleichtern, die Kommunisten insgesamt als Spion und Lügner hinzustellen.

Ein Brief aus Chile

Wir gehen hier in folgenden Annahmen aus: aus einem Brief wieder den eine Genossin von ihrer Lin. aus nicht unkorrekten – Schwere erhielt die Schwere (ist zur Zeit in Chile anwesend und wird vom BRD-Staat in westdeutscher Währung entlohnt.

„19.10.73“

Liebe ...

Oh, uns gehts prima. Es gibt alles (fast alles) in beliebiger Menge zu kaufen. Kaffee, Zucker, Öl, feinstes Fleisch, Butter usw. Und was halt? Die Preise sind so irre gestiegen (Butter: 1/2 Kilo von 70 escudos auf 5/4 escudos!!!), daß halt nur die Reichen sich so etwas leisten können. Die Gehälter sind um 100 % gestiegen. Die Preise von 400-1000 %! Ein Paar Schuhe kostet jetzt 8000 escudos, ein normaler chilenischer Lehrer verdient aber nur 15.20000 escudos auf der Bank bekommen wir für 100 DM über 34000 escudos! wir leben also immer noch billig. Aber ich schmecke mich ganz einfach Butter zu kaufen, wenn die anderen Leute im Laden stehen und mich angucken. Brot ist das Hauptnahrungsmittel des einfachen Chilenen. Das Kilo Brot kostet 11 escudos auf dem Markt, das kann sich niemand leisten, das kann sich niemand leisten. Und die Teuerungen gehen weiter.

Dies ist auch ein Aspekt der Politik von Ruhe und Ordnung für die chilenischen Militärs bei uns (in BRD-Bunkern, Springer und ähnlichen massen Kreaturen bewundert werden.

Zur Außenpolitik der VR China

2. Teil

Die „Supermächte“

Inbesondere die Besetzung der CSSR im August 1968 und die militärischen Provokationen der Sowjetrevisionisten an der chinesischen Grenze (Überfall auf die chinesische Insel Dachenbae im März 1969 u.a.) veranlaßten die KPCh, ihre Haltung gegenüber dem Sowjetrevisionismus zu ändern. Während in der ersten Phase der Polemik gegen den Sowjetrevisionismus (bis etwa 1963) dieser als ein vom rechten Weg abgekommen, aber vielleicht bekehrbarer Freund behandelt wurde, galt er in der zweiten Phase (etwa bis 1968) als Verräter, der sich dem US-Imperialismus als Komplize mit mildernden Rechten verkauft hätte. Nunmehr (seit 1968) wurde er als dem US-Imperialismus gleichwertige imperialistische Macht betrachtet, die mit diesem zusammenarbeitet, während sie gleichzeitig im Konkurrenzkampf gegen ihn steht:

„Während die Sowjetrevisionisten und die US-Imperialisten ihre Zusammenarbeit intensivieren, bekämpfen sie sich auch auf der ganzen Welt im Bereich des Militärs, der Politik und der Wirtschaft immer heftiger. In Europa, dem Nahen Osten, Afrika und anderen Gebieten der Welt intrigieren sie gegeneinander und verdrängen sich gegenseitig im Ringen um Rohstoffe, Märkte, Vassallenstaaten, strategisch wichtige Gebiete und Einflusssphären. Sie trachten ferner, sich in die Einflusssphäre des anderen hineinzudringen, um ihm das Wasser abzugraben.“ (35)

Hierfür wurde später der Begriff der „Supermächte“ verwendet, und zwar, wie es scheint, erstmals von Tschou En-lai (der auch den Begriff des „Sozialimperialismus“ erstmals öffentlich vorbrachte – vgl. Teil I) am 14. Juli 1970 im Gespräch mit einem französischen Journalisten. Tschou sagte in diesem Zusammenhang u. a.:

„Obwohl China und Frankreich unterschiedliche Gesellschaftssysteme besitzen, ist beiden die Unabhängigkeit teuer, und wir bekämpfen Kontrolle und Intervention von Seiten der Großmächte. Heute gibt es auf der Welt ein oder zwei Super-Mächte, die stets versuchen, mit Gewalt andere zu überwinden, die Kleinen und Schwachen zu tyrannisieren und miteinander um die Welt-Hegemonie zu ringen.“ (36)

Es war sicher kein Zufall, sondern gezielt, daß Tschou En-lai diese Meinung gerade gegenüber einem französischen Journalisten vorbrachte. Frankreich war eines der ersten imperialistischen Länder, das 1964 diplomatische und relativ freundschaftliche Beziehungen zur VR China aufnahm, und das – nach einer vorübergehenden Trübung der Beziehungen während der Kulturrevolution – in China neue „diplomatische Offensive“ einbezogen wurde.

Tschou En-lai macht hier bereits den später gegenüber „mittelgroßen“ imperialistischen Ländern allgemein praktizierten Fehler, den gewöhnlichen Konkurrenzdenken durch imperialistischen Konkurrenzdenken zu ersetzen mit dem Streben nach nationaler Unabhängigkeit der Völker. Eine imperialistische Bourgeoisie, die selbst an der Kontrolle und Unterdrückung anderer Völker (speziell in Afrika) teilhat, wird zum Kämpfer gegen die „Kontrolle der Großmächte“ erklärt. Auf derselben Linie lag es, daß Mao-Tse-tung im November 1970 dem verstorbenen Politiker De Gaulle in einem Beileidsschreiben an dessen Witwe „aufrichtige Hochachtung“ sollte als einem unbeweglichen Kämpfer gegen die faschistische Aggression und zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit Frankreichs.“ (37)

Die praktische Kehrseite dieser politisch-moralischen Axiome ist u. a. die „mittelgroßen“ imperialistischen Mächte ist, daß die Rolle

der „Supermächte“ einseitig übertrieben wird, daß die in der Welt wirkenden Widersprüche einseitig auf den „Kampf gegen die Supermächte“ reduziert werden. Das wird beispielhaft deutlich an der Behauptung Tschou En-lais auf dem X. Parteitag der KPCh (August 1973):

„Das Ringen der USA und der Sowjetunion um die Hegemonie ist die Quelle der Unruhe in der Welt.“ (38)

ten“ für den Kampf der Völker um nationale Unabhängigkeit und Sozialismus ausgenutzt werden können. Dabei ist es doch kein Geheimnis, daß die Sowjetunion und andere imperialistische Länder (z.B. Vietnam) recht beträchtlich finanziell und materiell unterstützt haben, was für den (zumindest vorläufigen) Sieg über den US-Imperialismus sicher nicht völlig bedeutungslos war.

Ebenso gewährte die Sowjet-

union vom Typ Ägyptens oder Syriens.

Keinesfalls führt die sowjetische Hilfe automatisch zur Unterordnung der Betroffenen unter den Sowjetrevisionismus. Andernfalls müßten die DRV, die FNL, die palästinensische Befreiungsbewegung u. a. als Revisionisten bzw. als Befehlsempfänger des Sowjetrevisionismus betrachtet werden – eine absurde Idee, die bisher weder der KPCh noch den westdeutschen Super-Linken“ gekommen ist, bzw. jedenfalls noch nicht ausgesprochen wurde (außer von den „Trotzkisten“) die bekanntlich überall „Stalinisten“ heißen).

Die Analyse der KPCh trägt dem Widerspruch zwischen US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus (und seiner Ausnutzung für den revolutionären und anti-imperialistischen Kampf) nicht Rechnung. Das ist der Grund, warum die KPCh in dieser Frage nicht übereinstimmt mit sozialistischen Staaten wie Vietnam und Korea oder national-revolutionären Befreiungsbewegungen in Palästina, in den afrikanischen Kolonien Portugals u. a., die Hilfe von der Sowjetunion und anderen revisionistischen Ländern erhalten.

Im Allgemeinen ist es so, daß sich der US-Imperialismus einerseits und der Sowjetrevisionismus andererseits bei der Austragung ihrer globalen Widersprüche mit genau entgegengesetzten Kräften verbünden.

Während der US-Imperialismus überall mit Reaktion, Konterrevolution und Imperialismus zusammengeht, unterstützt der Sowjetrevisionismus gezwungenermaßen in gewissem Grad zahlreiche anti-imperialistische Staaten und nationale Befreiungsbewegungen. Eben deshalb können die revolutionären Völker diesen Widerspruch zu ihren Gunsten ausnutzen. Indem die KPCh jedoch alle Konflikte und Widersprüche auf das „Ringen der Supermächte um Hegemonie“ reduziert, setzt sie faktisch die Unterstützung des US-Imperialismus für Reaktion, Expansionismus etc. schlicht gleich mit der sowjetischen Unterstützung für anti-imperialistische Regierungen, nationale Befreiungsbewegungen etc.

Eine solche Sicht der Dinge geht an der tatsächlichen Politik des Sowjetrevisionismus und einer kommunistischen Kritik an ihr vorbei. Sie geht nicht von einer umfassenden



Mehrere Tage hindurch demonstrierten Schanghai Arbeitermassen, die eine ruhmreiche Tradition des antiimperialistischen Kampfes besitzen, eindringlich. Sie sprachen der feierlichen Erklärung des großen Führers Vorsitzenden Mao Ihre entschlossene Unterstützung aus und waren entschlossen, den Kampf der Völker der Welt gegen den USA-Imperialismus mit konkreten Taten entschieden zu unterstützen.

aus PEKING-RUNDschau 22/1970

Nehmen wir die Sache einmal konkret, so zeigt sich z.B.: Der Vietnamkrieg entstand nicht durch „das Ringen der Supermächte um Hegemonie“, sondern durch einen Angriff des US-Imperialismus gegen die nationale Befreiungsbewegung. Ähnliches gilt für Laos und Kambodscha.

Der Nahost-Konflikt entstand nicht durch das „Ringen der Supermächte um Hegemonie“, sondern durch die Gründung und Expansion des vom US-Imperialismus protegierten zionistischen Staates in dieser Region. (39)

Der indisch-pakistanische Konflikt entstand nicht durch das „Ringen der Supermächte um Hegemonie“, sondern bereits nach dem II. Weltkrieg als Erbe der britischen Kolonialpolitik.

Weitere Ursachen für „Unruhe in der Welt“ sind z.B. faschistische Unterdrückung, wie in Griechenland, Chile u. a. oder das Streben der westeuropäischen Imperialisten nach Umverteilung der Einflusssphären zu ihren Gunsten.

Die Methode dagegen, praktisch alle Probleme der Welt ausschließlich oder fast ausschließlich den „Supermächten“ (d.h. zu gleichen Teilen den USA und der Sowjetunion) anzulasten, ist simplifizierend und unwissenschaftlich, trägt weder der historischen Entwicklung der Widersprüche noch ihrem konkreten Zusammenhang und ihrer Komplexität Rechnung.

Die chinesische Theorie der „Supermächte“ läßt ferner außer acht, in welcher Weise die Widersprüche zwischen den „Supermäch-

union u. a. Ägypten und Syrien umfangreiche militärische Hilfe (wie auch Hilfe anderer Art), offenbar auch noch während der jüngsten Kämpfe, während sich solche vielversprechenden „Kämpfer gegen die Hegemonie der Supermächte“ etc. wie der Libyer Gaddafi als Maulhelden erwiesen. Selbst die palästinensische Befreiungsbewegung erhält Hilfe aus der Sowjetunion und anderen revisionistischen Ländern. Für die palästinensische Befreiungsbewegung ist wohl auch der Unterschied nicht unerheblich, daß der BRD-Imperialismus Israel massiv unterstützt, mit dem Zionismus eng verflochten ist, während die DDR ausgewiesene Palästinenser aufnimmt, ein Büro der PLO (Dachorganisation des palästinensischen Widerstandes) in Berlin/Hauptstadt der DDR eröffnet usw. a.m.

Zweifelloso verbinden die Sowjetrevisionisten mit ihrer Hilfe stets den Versuch politischer Einflüsse, bis zu politischem Druck, häufig im Sinne einer Unterordnung des „Konflikt-Herdes“ unter das globale Arrangement mit dem US-Imperialismus – wobei es aber immer noch Sache der Betroffenen selbst ist, wieviel sie diesem Einfluß nachgeben. Ein sozialistisches Land wie die Demokratische Republik Vietnam, eine revolutionäre Bewegung wie die südvietnamesische FNL, stehen diesem Einfluß gegenüber zweifellos stärker da (im Sinne der Ausnutzung der Widersprüche zwischen US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus für eine selbstständige revolutionäre Politik) als bürgerlich-nationalistische Regie-

runge vom Typ Ägyptens oder Syriens. Sie geht nicht von einer umfassenden Analyse der Widersprüche in ihrer Vielfalt und Allseitigkeit aus, sondern ersetzt sie durch das primitive Schema „Supermächte contra Rest der Welt“. Ein solches Schema ist für die revolutionären Kräfte unbrauchbar, während es offensichtlich den verschiedensten „kleinen und mittelgroßen“ Imperialisten, Reaktionären, Antikommunisten etc. maßgeschneidert ist.



„Genauso wie einige andere westeuropäische Staaten empfindet Westdeutschland auf tiefste, ohne Zusammenschluß und Einigkeit Westeuropas würde es für Westdeutschland viel schwieriger sein, in der heutigen Welt ein vollkommenes Mitspracherecht zu erhalten.“ (aus dem Artikel „Westlich vom Elbe-Fluß“ der Peking-„Roumin Ribau“ vom 5. Juli 73 – das Foto zeigt chinesische Journalisten im Mai 73 während eines Gesprächs mit F. J. Strauß.)

Sonderrolle des westlichen und japanischen Imperialismus

Zu einer Zeit, wo die chinesische Außenpolitik bereits imperialistische Staaten wie Frankreich als Kämpfer gegen die „Kontrolle der Großmächte“ begrüßte und allgemein den „Zusammenschluß der kleinen und mittelgroßen Länder gegen die Supermächte“ propagierte, wurden die imperialistischen Staaten BRD und Japan immer noch in einer besonderen Weise behandelt. Das ist sehr aufschlußreich im Vergleich zur aktuellen Politik der KPCh gegenüber diesen Staaten, und wir wollen an dieser Stelle kurz an die damaligen Einschätzungen erinnern.

a.) BRD

Eine umfassende Einschätzung gibt der Artikel „Wilde Ambitionen der militaristischen Kräfte Westdeutschlands“ in PR 29/69. Sie läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1.) „Deutschland war die Brutstätte zweier Weltkriege. Zur Förderung seiner Aggressions- und Kriegspolitik hat der USA-Imperialismus seit Ende des Zweiten Weltkrieges die westdeutschen militaristischen Kräfte energig unterstützt und gepflegt. Westdeutschland ist ein Werkzeug für seine Kontrolle über Westeuropa und seine Aggression gegen Osteuropa verzwandelt.“

2.) „Um ihre territorialen Expansionsabsichten und den Traum von einem „Großdeutschen Reich“ zu realisieren, haben die westdeutschen regierenden Kreise Bemühungen um Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen während des vergangenen Jahrzehnts oder länger unternommen.“ Gegenwärtig „hat die westdeutsche Monopolkapitalistenklasse das Tempo ihrer Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen beschleunigt, um sich der Balgerei um die Hegemonie in Europa anzuschließen und ihre reaktionäre Herrschaft im Innern zu konsolidieren.“

„Die westdeutsche Regierung verschärft ihre faschistische Herrschaft im Innern.“

Entsprechend wurde im September 1970 der westdeutsche-sowjetische Vertrag (Moskauer Vertrag) kommentiert: „Der Vertrag ist eine politische Kapitulation.“

„Der Vertrag ist eine politische Kapitulation.“

„Der Vertrag ist eine politische Kapitulation.“

„Der Vertrag ist eine politische Kapitulation.“

„Der Vertrag ist eine politische Kapitulation.“

„Der Vertrag ist eine politische Kapitulation.“

„Der Vertrag ist eine politische Kapitulation.“

„Der Vertrag ist eine politische Kapitulation.“

„Der Vertrag ist eine politische Kapitulation.“

„Der Vertrag ist eine politische Kapitulation.“

„Der Vertrag ist eine politische Kapitulation.“

„Der Vertrag ist eine politische Kapitulation.“

„Der Vertrag ist eine politische Kapitulation.“

„Der Vertrag ist eine politische Kapitulation.“

Fortz. VR China

den westdeutschen Militarismus hat sich nicht im geringsten gemildert, sondern immer mehr verschärft."

Die „Neue Ostpolitik“ der Regierung Brandt wurde so charakterisiert: „Das Wesen dieser Politik besteht darin, aufgrund der gegenwärtigen Interessen der Monopolbourgeoisie Westdeutschlands mit noch raffinierteren und hinterhältigeren Mitteln der friedlichen Infiltration die Ambition der westdeutschen Monopolbourgeoisie nach Expansion und Aggression in Osteuropa zu verwirklichen.“ (40)

Im Juli 1972 besuchte mit Schröder einer der Hauptvertreter des BRD-Imperialismus die VR China, um als Schrittmacher für intensivere Beziehungen zwischen beiden Ländern zu wirken. Es folgte der Besuch von Außenminister Scheel im Oktober 1972. Bei diesem Anlaß sagte der chinesische Außenminister Dai-Peng-fu u.a.:

„Wir sind zwar zwei Staaten mit unterschiedlicher Ideologie und Gesellschaftsordnung, aber dies hindert uns nicht daran, Gemeinsamkeiten zu finden. Beide Seiten drücken ihre Mißbilligung für Machtpolitik und Hegemoniebestrebungen aus und sind der Ansicht, daß die Beziehungen zwischen den Staaten auf den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruhen sollen.“ (41)

Der BRD-Imperialismus als Kämpfer gegen „Machtpolitik und Hegemoniebestrebungen“ – das ist eine Umkehrung der früheren korrekten Einschätzung des Charakters des BRD-Imperialismus. Es liegt in der Logik der Dinge, daß später die chinesische Presse mehrfach Äußerungen von BRD-Politikern (speziell CDU/CSU) gegen die Sowjetunion als Einmischen „weltweiser westdeutscher Freunde“ etc. nachdruckte, obwohl sich in diesen Äußerungen nichts weiter zeigt als der alte Geist des Revanchismus und Militarismus, der mit „Warnungen vor der russischen Gefahr“ etc. seit eh und je seine eigenen aggressiven Absichten tarnt. (42)

b.) Japan

Der japanische Imperialismus spielt eine dem BRD-Imperialismus

a.) Japan

Der japanische Imperialismus spielt eine dem BRD-Imperialismus vergleichbare Rolle in Ostasien, nur daß er wegen der Nähe von der KPCh als noch bedrohlicher behandelt wurde.

Eine gute Zusammenfassung der Einschätzung des japanischen Imperialismus gibt der Artikel „Nieder mit dem wiederlebenden japanischen Militarismus“ vom September 1970. Er zeigt folgende Punkte auf:

- 1.) „Einige Finanzmagnaten, einst Drahtzieher des militärischen Hauptquartiers der japanischen Faschisten, haben ihre verlorenen Positionen bereits wiedergewonnen.“
- 2.) „Der japanische Militarismus ist wieder aufgerollt worden.“
- 3.) „Die militäristischen Kräfte haben die militärische und politische Macht in Japan wieder in die Hand genommen.“
- 4.) „Die herrschende Clique Japans beschleunigt die Faschisierung des politischen Systems.“
- 5.) „Das japanische Monopolkapital hat fieberhaft Expansion und Aggression im Ausland betrieben.“
- 6.) „Der japanische Militarismus hat offen die zu unserem Territorium gehörige Provinz Taiwan und Korea in seine Einflußsphäre einbezogen.“
- 7.) „Die japanischen Militaristen dienen dem USA-Imperialismus aktiv als ‚Gendarm in Asien‘ und Sklavenaufseher und versuchen damit, wieder über Asien zu herrschen.“
- 8.) „Die japanischen Militaristen tun ihr Möglichstes, sich Vorwände für Truppenentsendung nach dem Ausland zu schaffen.“
- 9.) „Die herrschende Clique Japans arbeitet energisch an der Schaffung einer konterrevolutionären öffentlichen Meinung für einen Aggressionskrieg.“ (43)

Nachdem im Juni 1972 „unter dem Druck des japanischen Volkes und von Persönlichkeiten in der regierenden Partei und den Oppositionsparteien“ (44) der japanische Ministerpräsident Sato zurücktreten mußte, verabschiedeten sich die chinesisch-japanischen Beziehungen. Der neue Ministerpräsident Tanaka ließ alsbald erkennen, daß er für eine „Normalisierung der Be-

ziehungen mit der Volksrepublik China“ wirken wolle (45).

Im September 72 besuchte Tanaka China. Diplomatische Beziehungen wurden aufgenommen, und die VR China verzichtete „im Interesse der Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und Japans“ auf die Ansprüche auf Kriegentschädigung von Seiten Japans (46).

Die chinesische Presse schrieb dazu u.a.: „Trotz der unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen können China und Japan ohne weiteres in Freundschaft nebeneinander leben. Solange man im Geiste der gegenseitigen Verständigung das Gemeinsame in den Hauptpunkten sucht und die weniger wichtigen Differenzen bestehen läßt, können die verschiedentartigen Probleme zwischen den beiden Ländern gelöst werden... Die Herstellung und die Entwicklung gutnachbarlicher freundschaftlicher Beziehungen zwischen China und Japan werden zweifellos zur Entspannung der Lage in Asien und zur Wahrung des Weltfriedens beitragen.“ (47)

In diesem Sinn hat die VR China offenbar seither auf Klein-asiatischen Imperialismus verzichtet. Im Gegenteil unterstützt sie z.B. die japanische Forderung nach „Rückgabe“ einiger von der Sowjetunion 1945 besetzten Inseln („nördliche Territorien“) und nimmt japanische Äußerungen über eine angebliche militärische Bedrohung Japans durch die Sowjetunion auf.

Die Reise Nixons nach China

Zwischen der VR China und den USA fanden seit vielen Jahren Gespräche auf Botschafter-Ebene statt. Dazu gab das chinesische Außenministerium am 26. November 1968 eine Erklärung ab, in der es u.a. hieß:

„In den letzten 13 Jahren hat die chinesische Regierung beständig an der Befolgung zweier Prinzipien bei den chinesisch-amerikanischen Gesprächen auf Botschafter-Ebene festgehalten: Erstens, die US-Regierung übernimmt die Garantie für den sofortigen Rückzug all ihrer bewaffneten Streitkräfte von dem chinesischen Territorium, der Provinz Taiwan, und von dem Raum der Taiwan-Straße, und baut alle ihre militärischen Einrichtungen in der Provinz Taiwan ab. Zweitens, die US-Regierung stimmt zu, daß China und die Vereinigten Staaten ein Abkommen über die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz schließen. Aber in den vergangenen 13 Jahren weigerte sich die US-Regierung fortwährend, ein Übereinkommen mit der chinesischen Regierung über diese zwei Prinzipien zu erreichen, spannte den Karren vor den Gaul und begann ein Felschen um nebenstehende Fragen. Die chinesische Regierung hat die amerikanischen Seite wiederholt klar und deutlich gesagt, daß die chinesische Regierung niemals die Prinzipien verschonern wird. Wenn die amerikanische Seite mit ihren augenblicklichen Praktiken fortfährt, kann, was auch kommen mag, kein Resultat durch die chinesisch-amerikanischen Gespräche auf Botschafter-Ebene erzielt werden, ganz gleich welche Regierung das Amt in den Vereinigten Staaten übernimmt.“ (48)

Die VR China hielt jedoch nicht daran fest, diese beiden Prinzipien zur Voraussetzung einer Besserung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen zu machen. Die Reise Nixons nach China brachte keinerlei verbindliche Zugeständnisse des US-Imperialismus in diesen beiden Fragen.

Bei den Gesprächen mit Nixon ging es um eine ganze Reihe „nebenwärtlicher Fragen“, wie „Wissenschaft, Technik, Kultur, Sport und Zeitungswesen, in denen Kontakte und Austauschprogramme von Volk zu Volk von gegenseitigem Nutzen sein würden“, sowie über „bilateralen Handel als einen weiteren Bereich, aus dem gegenseitiger Nutzen gezogen werden kann“ (49); Tschou-En-Lai sprach auch davon, daß „die Tür zu freundschaftlichen Kontakten endlich geöffnet worden“ sei (50).

Jedoch kam es in den zwei prinzipiellen Fragen – Taiwan und friedliche Koexistenz – zu keinerlei verbindlichen Abkommen.

Im „Gemeinsamen Kommuniqué“ fanden die US-Imperialisten eine Menge schöner Worte: „gerechter und gesicherter Friede in Asien“, „individuelle Freiheit und Fortschritt aller Völker der Welt“, „Es sollte den Völkern Indochinas erlaubt sein, ihr eigenes Schicksal ohne Intervention von außen her zu bestimmen“ (51) etc. – im selben Moment schon wiederholt durch die tatsächliche Politik des US-Imperialismus in Indochina u.a.

In der Taiwan-Frage gab die US-Regierung folgende Erklärung ab: „Die Vereinigten Staaten kommen zu der Erkenntnis, daß alle Chinesen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße den Standpunkt vertreten, daß es nur ein China gibt und Taiwan ein Teil Chinas ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten erhebt keine Einwände gegen diesen Standpunkt. Sie versichert nochmals ihr Interesse an einer friedlichen Regelung der Taiwan-Frage durch die Chinesen selbst. Mit Rücksicht auf diese Ansicht bestätigt sie ihr Endziel des Abzuges aller US-Streitkräfte und militärischen Einrichtungen aus Taiwan. Inzwischen wird sie mit der Minderung der Spannungen in diesem Gebiet schrittweise ihre Streitkräfte und militärischen Einrichtungen auf Taiwan reduzieren.“ (52)

Da auch die Tschang-kai-shek-Clique auf Taiwan behauptet, daß es „nur ein China“ gibt und „nur eine chinesische Regierung“ (nämlich die Tschang-Clique, die eines Tages die „Rückkehr auf Festland“ bewerkstelligen will) hat sich die US-Regierung mit dieser Erklärung gar nichts vergeben und auch durchaus nicht „den Standpunkt der VR China zur Taiwan-Frage anerkannt“ (eine Behauptung, die trotz ihrer handgreiflichen Absurdität immer noch in „kommunistischen“ Zeitungen herumspukt).

Im Übrigen ist es purer Zynismus, wenn die US-Imperialisten, die Taiwan militärisch besetzt halten, davon reden, daß die Taiwan-Frage „durch die Chinesen selbst“ geregelt werden müsse.

„...noch trügerischer und gefährlicher als der Imperialismus

fählicher als der Imperialismus alten Schlages“

Nach dem Besuch Nixons in China ließen die Angriffe gegen den US-Imperialismus und vor allem gegen die Person Nixons merklich nach (53).



Das letzte Gespräch – Kosygin und Tschou-En-Lai am 11. September 1969 in Peking

Zum Teil waren extrem opportunistische Meinungen zu hören, wie in den folgenden Ausführungen von Fu Diao-yi, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der VR China:

„Mit einer falschen Einschätzung der Weltlage vernachlässigen die Vereinigten Staaten in den 50er und 60er Jahren vergeblich, China einzusaddeln und die Vereinigung unseres Vaterlandes zu verhindern. Am Ende fanden sie sich aber international mit zahlreichen Widersprüchen konfrontiert und steckten sowohl im Inland als auch im Ausland in Schwierigkeiten. Nixon hatte den Mut, den Fehler einer „Eindämmung“ Chinas zu erkennen und zu begreifen, daß, nur wenn die Vereinigten Staaten die normalen Beziehungen zu China wieder herstellen und auf der Basis der fünf Prinzipien friedlich mit ihm zusammenleben, der Frieden im asiatisch-

paszifischen Raum und auf der Welt gewahrt werden kann. Er beschloß deshalb, die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber China zu ändern. Da die Vereinigten Staaten den Frieden im asiatisch-pazifischen Raum und auf der Welt wahren wollen, ist es für sie unmöglich, ihre Beziehungen mit China nicht zu normalisieren und nicht friedlich mit China zusammenzuleben...“ (54)

Diese Äußerung steht allerdings – jedenfalls gut das unsere Wissen für im Westen bekannt gewordene Äußerungen – einmalig dar.

Immerhin scheint sich in der Zeit nach dem Besuch Nixons – und besonders nach der formalen Beendigung des US-Krieges in Vietnam und nach dem Konflikt um Ostpakistan („Bangla Desh“) – in der KPCh die Auffassung durchgesetzt zu haben, daß sich ebenfalls der US-Imperialismus in einer Phase des Niederganges befindet und daher (zumindest im Moment) international zum „kürzertreten“ gezwungen sei, während die Sowjetrevisionisten als aufstrebende imperialistische Macht eine Neuaufteilung der Welt mit allen Mitteln – einschließlich militärischer – anstreben.

So war jetzt häufig zu hören, der „Sozialimperialismus“ sei, der schlimmste Feind der Völker des ganzen sozialistischen Subkontinents (55), sei „noch betrügerischer als die imperialistischen Mächte alten Stils und daher noch gefährlicher“ (56), „noch trügerischer als der Imperialismus alter Art und deshalb noch gefährlicher“ (57), „betrügerischer und gefährlicher als der Imperialismus alter Art“ (58), „noch trügerischer und gefährlicher als der Imperialismus alten Schlages“ (59).

In den Artikeln „Warum es notwendig ist, Weltgeschichte zu studieren“ (60), „Nochmals über Studium der Weltgeschichte“ (61) und „Etwas Geschichte über den Imperialismus studieren“ (62) von Schi Dju wird besonders die Tatsache hervorgehoben, daß aus der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus ein ständiges Ringen um Hegemonie zwischen den imperialistischen Mächten entsteht: „Von den Gesetzen der ungleichmäßigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung herrscht, und manche imperialistischen Länder die Entwicklung der unterentwickelten wirtschaftlichen und politischen Entwicklung beherrscht, sind manche imperialistischen Länder im Aufkommen begriffen, während andere sich dem Untergang nähern, und die ständige ungleichmäßige Entwicklung führt zu heftigen Kämpfen um die Vorherrschaft. Die

schlechte die Renaissance des sowjetischen Revisionismus in der Evolution zum Sozialimperialismus... Den gleichen objektiven Gesetzen des Imperialismus unterworfen, verfügt sich der Sozialimperialismus auf seine rapide angeschwollenen militärischen Kräfte und nimmt an imperialistischen Kampf um die Neuaufteilung der Welt teil, wobei er versucht, wenn auch vergeblich, eine Vorherrschaft über die ganze Welt zu errichten. So entstand die gegenwärtige Situation, in der die beiden Mächte der Hegemonie miteinander im Wettstreit stehen.“ (64 – Hervorhebung durch AK)

Die „Konkretisierung“ dieser These führte teilweise zu recht absurden Schlußfolgerungen:

„Im vergangenen Jahr (d.h. 1972 – AK) wurde die Position des amerikanischen Imperialismus als Oberherr von Lateinamerika noch stärker erschüttert. Die andere Supermacht (d.h. die Sowjetunion – AK) versucht, unter dem Auswandgeschütz der „Hilfe“ in Lateinamerika Boden zu gewinnen.“ (65)

Oder im selben Sinne die Behauptung, daß der „Sozialimperialismus“, nach Infiltration und Expansion in Lateinamerika strebt und dabei die wichtige Position des amerikanischen Imperialismus als Oberherr in Lateinamerika zur-
nützt...“ (66)

Hierin zeigt sich besonders deutlich die Fehleinschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses, speziell die Unterschätzung des US-Imperialismus – hier auf einem Kontinent, der fast völlig von einheimischer Reaktion und Faschismus und von den US-Monopolen beherrscht wird.

Ein anderes Beispiel ist ein Hsin-bus-Kommentar vom April 73, in dem es u.a. heißt, „eine Zeitung nach dem II. Weltkrieg“ sei der US-Imperialismus, „der Oberherr aller Mittelmeer“ gewesen. Nun jedoch hätte die Sowjetunion nicht nur Marine- und Luftstützpunkte im östlichen Mittelmeer, an sich gerissen, sondern ihre „Expansion“ auf das westliche Mittelmeer ausgedehnt. „Im Verlaufe mit den Flotten in der Ostsee und in der Nordsee verschoben sie, Europa zogenförmig einzuweichen.“ (67)

Hierin wiederholt sich die frühere unvollständige Wahrnehmung des US-Imperialismus als „Oberherr aller Mittelmeer“ (67)

Hierin kündigt sich die spätere Behauptung an, die Sowjetunion strebe danach, „Westeuropa zu ersetzen und die Vorherrschaft über ganz Europa zu erringen.“ (68)

Tschou-En-Lai behauptete auf dem X. Parteitag der KP Chinas im August 73:

„Gegenwärtig ist der Sowjetrevisionismus dabei, ein Scheinmanöver im Osten zu vollführen, den Angriff aber im Westen zu unternehmen“, er intensiviert das Ringen in Europa und fördert seine Expansion des Mittelmeers und dem Indischen Ozean zu...“ (69)

Und im oben erwähnten Artikel „Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats“ heißt es zu diesem Thema: „Der Sozialimperialismus legt Lippenbekanntnisse über „Frieden und Sicherheit“ in Europa ab, vergrößert aber in Wirklichkeit personell und materiell seine militärische Stärke in Europa und versucht alles, um Westeuropa mehr (!!) unter seine Kontrolle zu bringen. Viele europäische Länder haben diese Absichten des Sozialimperialismus entlarvt...“ (70)

Die absolut spekulative These von der angeblich beabsichtigten Aggression des Sowjetrevisionismus gegen Westeuropa führte die chinesische Außenpolitik mit Notwendigkeit an die Seite der imperialistischen Mächte Westeuropas, die sich bekanntlich schon seit Jahrzehnten wegen der „russischen Gefahr“ sorgen. Die VR China mahnt die imperialistischen Staaten Westeuropas zur „Wachsamkeit“, gegenüber der Taktik gewisser Kräfte, welche die Entspannung zu fördern vorgeben, in Wirklichkeit aber eine Expansion betreiben“ (71), sie unterstützt „die Anstrengungen der westeuropäischen Länder, auf dem Boden der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens sich zusammenzuschließen und stärker zu werden“ (72). China ist der Meinung, daß die westeuropäischen Staaten „das Recht haben sollen, eigene Verteidigungsmittel zu besitzen,

Forts. China

um ihre Unabhängigkeit zu verlieren" (73) wie es auch allgemein der Ansicht ist, daß „alle alle mittelgroßen und kleinen Länder der Welt in einer Position mangelhafter Verteidigung befinden" (74) und daß daher für „eine große Zahl der kleinen und mittelgroßen Länder" die „gegenwärtige Aufgabe demzufolge nicht die Abrüstung, sondern die Stärkung ihrer Landesverteidigung (ist), um sich gegen Aggression und Unterdrückung von außen wehren zu können" (75).

Wird fortgesetzt

Anmerkungen:

- 36.) „PR“ 2/70, S. 22
- 36.) „PR“ 31/70, S. 11
- 37.) „PR“ 46/70, S. 3
- 38.) „PR“ 35/70, S. 23
- 39.) z.B. behauptet die „Renmin Ribao“ (Volkszeitung) vom 5. Juni 72, die Rivalität der „zwei Supermächte“ sei „die eigentliche Ursache, warum für die Mittelmeer-Frage fünf Jahre lang keine gerechte Lösung gefunden wurde.“ (s. nach „PR“ 23/72, S. 10) - Diese Behauptung geht an der Tatsache vorbei, daß das Palästina-Problem schon seit über 25 Jahren ungelöst besteht und seine historischen Wurzeln sogar noch weiter zurückreichen. Im Übrigen sollte nicht verschwiegen werden, daß die Sowjetunion unter Führung Stalins einer der ersten Staaten war, der Israel nach dessen Proklamation anerkannte und dessen Partei gegen die arabischen Staaten ergriff, und daß ferner zu keinem Zeitpunkt aus nur andererseits völkische Einwandern aus der Sowjetunion nach Israel kamen wie eben zu dieser Zeit (Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre). „s. z.B. nach „PR“ 23/72, S. 10
- 40.) Über den Vertrag zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland, „Renmin Ribao“ vom 13.9.70; in „PR“ 38/70, 41.) „PR“ 41/72, S. 4
- 42.) So druckte z.B. die „Renmin Ribao“ einen in der „Süddeutschen Zeitung“ erschienenen Artikel von „Verteidigungsmilitär“ über die in der die wehrhaften in der Frage eines Truppenabbaus angegriffen wurde. (laut „Hamburger Morgenpost“ vom 1.3.73) - vgl. dazu auch den Artikel „Westlich vom Elbe-Fluß“ der „Renmin Ribao“ vom 29.8. und 5.7.73; deutsch in „Frankfurter Rundschau“ vom 4.8.73.
- 43.) „Nieder mit dem wiederbelebten japanischen Militarismus“, Leitartikel der „Renmin Ribao“ und der „Jiefangjun Bao“ vom 3.9.73; in „PR“ 36/70, 44.) „Soto tritt ab“, „PR“ 26/72, S. 20
- 45.) „Tanaka tritt sein Amt als Ministerpräsident an“, „PR“ 28/72, S. 22
- 46.) Gemeinsame Erklärung der Regierung der Volksrepublik China und der Regierung Japans vom 29.8.72; in „PR“ 40/72.
- 47.) „Neues Kapitel in der Geschichte der chinesisch-japanischen Beziehungen“, „Renmin Ribao“ vom 30.9.72, in „PR“ 40/72, S. 29.
- 48.) PR 48/68, S. 29
- 48.) PR 48/68, S. 29
- 49.) aus dem „Gemeinsamen Kommuniqué“ vom 27.7.73 - PR 9/72, S. 6

Forts. Rüstung

rer Stelle des Bundeshaushaltes befinden. Die tatsächliche Höhe des Rüstungshaushaltes wird aber stets bewußt verschwiegen.

1972 waren 14,083,75 Mio. Mark (= 60% des Etats des Kriegsministeriums) an Rüstungskosten in anderen Etats des Bundeshaushaltes versteckt worden, 1973 sind es 14,267,7 Mio. Mark (= 56%).

Die realen Rüstungslasten beliefen sich 1972 auf 38,202,75 Mio. Mark und betragen 1973: 40.819,5 Mio. Mark. (siehe Tabelle)

Über diese Kosten hinaus gibt die westdeutsche Bourgeoisie Geld aus für das, was sie demagogisch „innere Sicherheit“ nennt, was in Wirklichkeit aber Bürgerkriegsvorbereitungen sind (s. AK 33, S. 13).

Für das Bundeskriminalamt 1972 75,205 Mio. Mark und für 1973 119,605 Mio. Mark (Steigerung um 59%)

Für die Ausrüstung der Bereitschaftspolizei 1972 10,732 Mio. und für 1973 28,117 Mio. Mark (Steigerung um 163%), ohne Ausgaben der Bundesländer

Für den Verfassungsschutz 1972 48,104 und für 1973 64,204 Mio. Mark.

Darüberhinaus kommen Ausgaben des Bundes für Kerntechnik, Straßenbau, Luftfahrt, Kernforschung, Weltraumforschung, technologische Forschung und Entwicklung auch militärischen Zwecken zugute.

Z.B. sind schätzungsweise eine halbe Milliarde Mark für militärischen Straßen- und Wasserbau im Titel 3,104 „Straßenbau“ des Bundeshaushaltes untergebracht worden. Im Etat für Forschung und Technologie befinden sich fünf Posten, in Höhe von insgesamt 3124,07 Mio. Mark, die militärischen Zielen ebenso dienen wie zivilen. Dabei beträgt der gesamte Etat 304 „Forschung und Technologie“ des Bundeshaushaltes 1973 selbst nur 3.137,1 Mio. Mark.

Zu den Kosten für zukünftige Kriege kann man mit gutem Grund auch die Folgekosten des II. Weltkrieges (z.B. Kriegsgeldern-Renten) hinzurechnen, die für 1973 eine Höhe von 8.974,0 Mio. Mark erreicht haben. (In anderen westeuropäischen Staaten, z.B. Holland, werden diese Folgekosten offiziell dem Verteidigungshaushalt zugerechnet).

So erreichen die westdeutschen Rüstungskosten zusammen mit den Rüstungskosten zusammen mit den Kriegsfolgekosten des II. Weltkrieges 1973 eine Höhe von 49.793,5 Mio. Mark. Mit den Ausgaben für „innere Sicherheit“ zusammen machen diese Ausgaben einen Anteil von ca. 50% des Gesamthaushaltes des Bundes aus.

Diese Rechnung erhebt allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es sind sicherlich noch andere versteckte direkte oder indirekte

Forts. Rüstung

te Militärausgaben im Bundeshaushalt vorhanden.

Wir sehen, noch nie mußte die westdeutsche Arbeiterklasse soviel Geld für die Rüstung aufbringen. Die BRD steht mit den Rüstungskosten, was die absolute Summe angeht (aber auch in prozentualen Anteil am Staatshaushalt) mit Abstand an der Spitze der europäischen NATO-Staaten.

Der DKP-Führer Müller-Goldstedt, der bis zu den Wahlen noch in der Jugendvertretung war, und persönlich für einen Hauptteil dieser Diffamierungen verantwortlich zeichnet und dies auch auf der letzten Jugendversammlung unumwunden zugab, bekam von den Kollegen die entsprechende Antwort präsentiert und flog mit erheblichem Abstand zu den fünf gewählten linken Kollegen aus der Jugendvertretung raus.

Es ist zu erwarten, daß die Kapitalisten, sowie die Gewerkschaftsführer und der reaktionäre Betriebsrat mit allen Mitteln versuchen werden, die Arbeit der neuen Jugendvertretung zu verhindern und zu sabotieren. Das kann, wie die Erfahrungen in anderen Betrieben zeigen, von Nichtbeachtung und Verlangung von Anträgen und Verhandlungen bis zu Ausschüssen aus der Gewerkschaft und Rausschmeißen aus dem Betrieb reichen.

Sich hierauf einzustellen und die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen und nicht nachzulassen im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, gegen die Kapitalisten, werden die entscheidenden Aufgaben der HDW-Lehrlinge und ihrer Jugend-

'Verteidigungsausgaben' im Bundeshaushalt, in Millionen DM

Titel	1972	1973
14 'Verteidigung'	24.219,00	26.552,80
33 'Versorgung' mit Versorgungskosten für Bundeswehrsoldaten und Berufssoldaten der Hitler-Wehrmacht	2.018,50	2.822,81
35 'Verteidigungslasten' mit Kosten für Stationierungstreiträfte in der BRD	700,90	798,50
05 'Auswärtiges Amt' mit Kosten für Nato-Verteidigungs- und Ausrüstungshilfe	101,10	99,96
60 'Allgemeine Finanzverwaltung' mit Kosten für die Beschaffung von Rüstungsmaterial, wie 'Phantom F-4F' u.a.	610,00	675,00
02 'Bundesrat' mit Kosten für den Wehrbeauftragten	2,00	3,63
06 'Inneres' mit Kosten für den Bundesgrenzschutz	506,50	608,70
Berlin Hilfe	4.530,50	4.461,00
1972 im Weißbuch als Rüstungskosten bekanntgegeben - 1973 von uns errechnet -	32.688,28	36.624,49
Weitere versteckte Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt:		
60 'Allgemeine Finanzverwaltung' mit zusätzlichen Kosten für die Stationierung von US-Truppen in der BRD von britischen Truppen	30,00	41,50
- Beitragsleistungen für militärische Nato-Anlagen auf Malta	26,30	20,35
- Kriegsfolgekosten	39,00	38,50
36 'Zivilverteidigung'	532,00	543,80
04 'Bundeskanzleramt' mit Kosten für Militärpropaganda	4,20	4,35
- 'Devisenausgleich mit der USA 1)	3.300,00	4.000,00
- Eventualhaushalt 72 für zusätzliche Rüstungsaufträge	1,00	
- Bundesnachrichtendienst	83,75	99,50
Gesamtausgaben der Rüstung für 1972 und 1973	38.202,75	40.819,50
Kriegsopferversorgung als Folgekosten des II. Weltkrieges		8.974,00
Gesamt		49.793,50
Zum Vergleich, Gesamt Haushalt	106,6 Mrd.	121,6 Mrd.

Anmerkung 1)
Für 1973 ist der Betrag von 4 Mrd. noch vorläufig. Über die genaue Höhe des Devisenausgleichs wird noch verhandelt.

Jugendvertreter-Wahlen auf der HDW

Am 18. Oktober wählten sich die Kollegen der HDW eine neue Jugendvertretung. Obwohl die bestehende Jugendvertretung erst gut ein Jahr im Amt war (übliche Amtszeit - zwei Jahre), wurden diese Wahlen erforderlich, da einige Jugendvertreter ausreisten, bzw. aus persönlichen Gründen auschieden.

Die Bedeutung dieser Wahlen besteht im wesentlichen darin, daß die Lehrlinge zu entscheiden hatten, zwischen zwei Linien in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, die hier offen zu Tage traten:

a) Entwicklung der JV-Arbeit eng orientiert an den Interessen der Lehrlinge und keineswegs der Beziehung in den Kampf gegen die ärgsten Feinde der Arbeiterjugend, die Kapitalisten, um bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. Gleichzeitiger Kampf in der Gewerkschaft gegen die Linie der Sozialpartnerschaft und deren Vertreter. Diese Linie wurde vom KB unterstützt.

b) Taktikorientiert als Einzelkämpfer gegenüber den Kapitalisten und Abwiegung jeglicher Kritik an der Gewerkschaftsführung bis zum offenen Verrat und Denunziation der Kritiker als „Gewerkschaftsfeinde“.

Diese Linie wurde von der DKP (SDAJ) unterstützt.

Trotz massenweisen Eingreifens des Betriebsrats, der zunächst die Neuwahlen zu verhindern suchte und schließlich die fortschrittlichen Kandidaten als „linksradike Chacoten“ diffamierte - und auch der DKP/SDAJ, deren Vertreter sowohl im Betrieb, als auch über die Betriebsvereinigungen in überstolzer demagogischer Form in einer wahren Kampagne des reaktionären Vorgehens des Betriebsrats ergänzte, ließen sich die Kollegen nicht verwirren, sondern entschieden sich für eine klassenkämpferische Jugendvertretung.

Die DKP/SDAJ behauptet u.a., daß die Kollegen es hier mit Leuten zu tun hätten, die beim ständigen Versuch, „den BR, VK-Leitung und Ortsverwaltung der IGM als Handlanger des Kapitals darzustellen, den Kampf gegen die Unternehmer vergessen“ hätten. Ja, diese Leute könnten „vor lauter Gewerkschaftsfäulnislichkeit kaum noch aus den Augen gucken“ und würden gar empfehlen, „gleich mit dem Gewehr in der Hand Verhandlungen mit dem Betriebsrat zu führen“ (alles zitiert aus „Wert-Echo“ bzw. „Rot-Stift“, DKP/SDAJ)

Die Kapitalisten reden zwar immer von „Sicherheit, Entspannung und Abrüstung“, aber „Sicherheit“ bedeutet für sie den Vortreiben der Aufrüstung in der BRD, um bei gegebener Gelegenheit ihre politischen Ziele auch militärisch durchsetzen zu können.

Militarismus-Kommission des KB/Gruppe Hamburg

den Lehrlingen entbrannt ist, wird in der nächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF zu lesen sein. Der schon für diese Ausgabe vorliegende Artikel kann aus Platzgründen nicht erscheinen.

Zellen-Leitung Werften
KB/Gruppe Hamburg

Ansätze

04. 250 Seiten, Preis 6,00 DM

"DIE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN GEWEHRLÄUFEN!"

Hauptdruck von Toren zu den politischen Problemen des brennendsten Kampfes der Arbeiterklasse.

Ein neues Kapitel im Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie. Ein Buch, das die wichtigsten politischen Fragen des Arbeiterkampfes beantwortet. Ein Buch, das die Arbeiter zu einem bewußten Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie erzieht. Ein Buch, das die Arbeiter zu einem bewußten Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie erzieht.

Verlag „ARBEITERKAMPF“

2. Reihe
2. Heftung 19
Buchpreis 3,-

Erweitert um die wichtigsten politischen Fragen des Arbeiterkampfes. Ein Buch, das die Arbeiter zu einem bewußten Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie erzieht. Ein Buch, das die Arbeiter zu einem bewußten Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie erzieht.

Verlag „ARBEITERKAMPF“

2. Reihe
2. Heftung 19
Buchpreis 3,-

Nach dem Streik in Nordbaden/Nordwürttemberg:

Kein »Jahrhundertergebnis«

Die Gewerkschaftsführer jubilierten: Dieser Abschluß ist ein „Jahrhundertergebnis“ (Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall). Gemeint ist der Abschluß eines Teils des Manteltarifs im Tarifgebiet Nordbaden/Nordwürttemberg Ende Oktober. Sein Stellvertreter Hans Mayr gar kam auf einer kleinen Funktionärerversammlung am 30.10. in Hamburg ins Schwärmen: „Die IG-Metall hat einen Dammbrock erzielt ... wir haben in Nordbaden ein Riesengloch in eine Mauer des Widerstands gestoßen ... Eine breite Straße, auf der andere Tarifgebiete nachstoßen können“ und schließlich gar „Einen Erfolg mit Auswirkungen auf die internationale Arbeiterbewegung.“ Was hat es tatsächlich mit diesem „Jahrhundertergebnis“ auf sich?

Für den Streik zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen hatten in einer Urabstimmung am 10. Oktober 89% der IGM-organisierten Arbeiter und Angestellten gestimmt (vergleiche hierzu ARBEITERKAMPF 34, „Klares Votum für Streik“). Dieses eindeutige Ergebnis kam zustande, obwohl in der Vergangenheit Regelungen aus Mantel- oder Lohnrahmentarifverträgen zumeist ohne Beteiligung der Arbeiter abließen und die Metaller in Nordbaden/Nordwürttemberg am Aufstellen dieser Forderungen nicht beteiligt waren. Es verdeutlicht, daß der notwendige Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen eine breite Basis unter den Arbeitern hat, was nicht zuletzt in Forderungen bei spontanen Streiks dieses Jahr zum Ausdruck kam.

Trotz großer Sprüche über „Jahrhundertergebnis“, „großes Durchbruch“ etc., stimmten in der Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis am 24.10. die Arbeiter dem Ergebnis nicht vorbehaltlos zu:

Gegenüber der ersten Urabstimmung (Beteiligung fast 96%) nahmen diesmal fast 10% weniger abstimmungsberechtigte teil: 71,4% stimmten mit Ja, 14,8% mit Nein. Prüfen wir den Abschluß und vergleichen ihn mit den hochgestochenen Jubelklingeln der Gewerkschaftsführer:

Tatsächlich gab es Verbesserungen, die nicht zu unterschätzen sind:

- Akkord-, Fließband- und Prämiendarbeiter erhalten in Zukunft fünf Minuten „Erholungszeit“ in der Stunde (Ausgangsforderung sechs Minuten/Schlichtung fünf Minuten), die neben einer dreiminütigen „Bedürfniszeit“ gilt.

● Lohngarantie auf dem vorbereiteten Stand für Arbeiter über 55 Jahre (50 Jahre/55 Jahre).

- Einschränkung der Kündigungsmöglichkeit (nur noch „aus wichtigem Grund“) für Arbeiter über 53 bei dreijähriger Betriebszugehörigkeit. (50 Jahre/53 Jahre).

- Weiterzahlung des Nettolohns bei Betriebsunfällen bis zur 78. Woche (bisher bis zur zwölften Woche)

- und schließlich:
- Akkordlohnabsicherung von 125% im Betriebsdurchschnitt ab 1975 130% (140%/130% individuelle Absicherung).

Der Vertrag ist bis zum 30.10.

trag abgeschlossen, die uns in einzelnen nicht bekannt sind (die aufgeführten Ergebnisse stammen aus dem Lohnrahmen II). Erst der Abschluß des Manteltarifs und der Verzicht der IG-Metall auf Änderung des Leistungsulagenvertrages (der trotz Kündigungsgelegenheit um zwei Jahre verlängert ist), haben laut Vorsitzenden von Gesamtmetall Baden/Württemberg Schleyer, „zum Erreichen der Kompromißlösung beigetragen“ („Handelsblatt“ vom 23.10.).

IGM-Führung: Ja zum kapitalistischen Leistungsprinzip

Ein Jahrhundertergebnis? Nun, am vorher dargelegten wird schon deutlich, daß das mehr als übertrieben ist und daß hier zwar wichtige Verbesserungen erreicht wurden, aber auf Kosten von Zugeständnissen durch die Gewerkschaftsführer auf anderen ebenfalls wichtigen Gebieten.

Noch entscheidender ist allerdings die Tatsache, daß der Abschluß vorübergehend gerade für Akkord- und Bandarbeiter Verbesserungen bringen wird, daß er aber nicht, wie es von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern vorgewandt wird, eine neue „Lebensqualität“ darstellt, sondern auch in diesem Rahmen den Kapitalisten Möglichkeiten bleiben, die Akkord- und Arbeitsetze, etwa durch Änderung der Vorgabezeiten, zu steigern und das hiergegen auch weiterhin ein ständiger Kampf der Arbeiter geführt werden muß.

Denn der Abschluß hat nicht etwa eine Änderung der Lage der Arbeiter als Lohnabhängige und Ausbeutete im Kapitalismus ge-

bracht, was auch gar nicht die Absicht der Gewerkschaftsführer war, wie die Auseinandersetzungen um die Frage der Akkordabsicherung zeigt.

Die Kapitalisten jammerten in bekannter Manier, eine individuelle Absicherung des Akkordlohns, egal bei welcher Höhe, komme auf gar keinen Fall in Frage. Ihnen geht es darum, die Arbeitsleistung des sogenannten „leistungsschwächeren“ Arbeiter gegenüber dem „leistungsschwächeren“ höher zu bezahlen, den „Anreiz“ mehr zu leisten zu erhalten. Das heißt nichts anderes, als die rückwärtslose Arbeitsetze des Akkordlohns eben eine wichtige Stütze des kapitalistischen Lohnsystems,

ist verpflichtet, den beiden Arbeitern pro Monat durchschnittlich 125% Akkord zu zahlen. Das heißt nun aber nicht, daß jeder der beiden auch wirklich 125% bezahlt bekommt, sondern der eine kann 150% bekommen, der andere 100% (140/110 usw.). Der Durchschnitt liegt dann aber immer bei 125%.

sierung, zur Verschärfung der Ausbeutung: „Die Gewerkschaften sind außerdem für eine wachsende Störfähigkeit (!) menschlicher Arbeit.“ Die Arbeiter müssen eine „entsprechende Mehrleistung (!) erbringen“, weil die „sozial und schicksalsbedingte Arbeitsunfähigkeit“ einen Anspruch auf ein menschenwürdiges

aber wie eine derartige Organisation der Arbeit unter der Herrschaft der Bourgeoisie erreicht werden soll, wird nicht verraten.

Schwierigkeiten mit den Streikwilligen

Der Bezirksleiter der IG-Metall Nordbaden/Nordwürttemberg, Franz Steinkühler ist sich darüber im Klaren, daß der Schwerpunktstreik die schwierigste Kampfform ist. „Nicht die „Arbeitswilligen“, die für uns immer Streikbrecher bieten werden, sind ein Problem für uns, sondern die vielen Streikwilligen (!!!), denen es schwerfällt, an den Streikposten vorbei zur Arbeit zu gehen.“ („Metall“, vom 22. Oktober 73)

In der Tat fanden die IG-Metall-Strategen bis heute keine plausible Erklärung zur nachträglichen Rechtfertigung ihrer eigenmächtigen Taktik, nach der nur 20% der organisierten und nur 14% aller Metaller des Bezirks am Arbeitskampf beteiligt wurden.

Einzig wirkliche Begründung für die „Schwerpunkt-Taktik“ bleibt der Versuch der Gewerkschaftsführer, die Arbeiter zum Luftablassen zu bringen und gleichzeitig den Kapitalisten nicht allzuviel zu schaden.

„Was allein zählt, ist der Erfolg“, hieß es in der schon erwähnten Ausgabe von „Metall“. Der Meinung waren ohne Frage auch die Metallarbeiter, die für Streik gestimmt hatten, weil sie nur darin eine Chance zur Durchsetzung der Forderungen sahen.

Es gibt klar zu Lasten der IG Metall-Führung, wenn von dem oben in der Schlichtung schon zureichend gestützten Forderungskatalog noch weitere Abstriche gemacht werden mußten, weil sie den klar bezugten Kampfwillen der Metaller ignoriert und mit ihrer Taktik der „Schwerpunktstreiks“ die Kampfkraft weiter geschwächt hat.

Metall-Komitee KB/Gruppe
Hamburg



Auf Streikposten: Loderer, Steinkühler, Mayr

aus „Metall“

Mit Genugtuung stellten die Kapitalisten nach dem Abschluß dazu fest:

„Er (gemeint ist der Kompromiß bei der Akkordabsicherung) läßt aber den Betrieben eine Bandbreite, die sehr wohl eine leistungsorientierte (!), vielleicht sogar leistungsgerechte (!) Entlohnung ermöglicht. Damit widerspricht der Kompromiß nicht dem Leistungsprinzip.“

(Schleyer im „Handelsblatt“ vom 23.10.73)

Der Schwindel vom „gerechten Lohn“, der angeblich bei der Anwendung des „Leistungsprinzips“ ermittelbar ist und auch tatsächlich werden soll, ist auch eine programmatische These der IG-Metall-Führer. In einem Grundsatzartikel (der offenbar zur ideologischen Vorbereitung des Arbeitskampfes in Nordbaden gedacht war) wird erklärt:

„Die Gewerkschaften sagen also ja zum Leistungsprinzip (!) und damit zur ergebnisbezogenen (!) Entlohnung.“ („Der Gewerkschafter“, 9/73)

Die Gewerkschaftsführer sagen ja zur kapitalistischen Rationali-

zation (haben)“ („Der Gewerkschafter“, a.a.O.)

Großartig! Nicht der Kapitalist eignet sich in Form des Mehrwerts (Profits) die „Mehrleistung“ der Arbeiter an, und zahlt diesem den Lohn, der zur Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendig ist, sondern das Geld aus der „Mehrleistung“ fließt sozusagen in einen großen Topf, aus dem jeder Bedürftige schöpfen darf.

Mit dieser geradezu kriminellen, den tatsächlichen Verhältnissen im Kapitalismus hohnsprechenden „Begründung“ wird schlicht leugnet, daß es in der BRD überhaupt noch Ausbeutung gibt – allenfalls werden Einwände gegen anscheinend „erhöhte“ der „Leistungsgesellschaft“ erhoben. Und mit geschlossenen Augen werden fromme Wünsche nach wesentlichen Veränderungen auf dem Boden der bestehenden kapitalistischen Ordnung formuliert: „Die Arbeit muß ausführbar (!), erträglich (!) und zumutbar (!) sein, und sie muß ein subjektives Wohlbefinden beim Arbeitnehmer (!!!) auslösen.“ (ebenda)

Es wird zwar lakonisch festgestellt: „Das sind alte Forderungen“.

Inhalt

Streiks in Westdeutschland

Saarbergleute mußten aufgeben, Analyse des Verlaufs und Zusammenbruchs des Bergarbeiter-Streiks im Saarland

IG Metall-Jugend Hamburg solidarisch, Solidaritätsadresse der Hamburger Vollversammlung des Ortsjugend-Ausschusses IGM an die 14.000 streikenden Saar-Bergarbeiter

Wieder spontane Streiks der Metaller, (Hanomag-Henschel in Kassel, Bremen und Hamburg – Neunkirchner Eisenwerke in Saarbrücken – Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg) Zum Akzo-Streik – Von den Bemberg-Arbeitern lernen: Arbeiter-Solidarität contra Chemio-Gigant

Zum Streik der Metaller in Nordbaden/Nordwürttemberg: Kein „Jahrhundertergebnis“

Gewerkschaften

Gewerkschaft HBV-Hamburg: Der Kampf um die Mitglieder-Versammlung, Hamburger Angestellte verteidigen ihre demokratischen Rechte in ihrer Gewerkschaft gegen die HBV-Führer

Zur „Reverse“-Politik der Gewerkschaftsführer: Ausschlußverfahren gegen eine Vertrauensfrau der IG Metall bei MaK, Kiel

Arbeiterjugend

HDW-Hamburg: Ein Wahlsieg der klassenbewußten Linken bei den Jugendvertreter-Wahlen

Kapitalistische Energiepolitik

Krim im Steinkohlenbergbau – für wen? Eine ausführliche Analyse der westdeutschen „Kohlenkrise“ und ihrer unterschiedlichen Auswirkungen für Kapitalisten und Arbeiter. Dritter Teil: Die Kommunistenjugend Redaktionelle Berichtigung zum ersten Teil des Artikels

Ideologien

Zionismus in der BRD, westdeutsche Zionisten beherrschen die Berichterstattung in der rechtsbürgerlichen und sozialdemokratischen Presse

Internationales

Nahost: Nahost – Weder Krieg noch Frieden

Israel: Kommunisten vor Gericht, überstürzte Rede eines israelischen Kommunisten vor seiner politischen Aburteilung

Freiheit für Marius Schatner! Eine Erklärung israelischer Kommunisten

Stellungnahme der Leitung des KB zum israelisch-arabischen Krieg (vom 8.10.73)

Thailand: Massenkampf verjagt Militär-Diktatoren

Namibia: Westdeutscher Imperialismus in Namibia

England: Ausländische Arbeiter in Großbritannien

Chile: Zur Situation des Widerstandes in Chile: Langdauernder revolutionärer Krieg

Erklärung der „KP“ Chiles nach dem Putsch

Ein Brief aus Chile

Argentinien: Friedliche Revolution?

Westdeutsche Links

Chile und die Qual des Jubel-Ökonomismus, zur Chile-Kampagne des KBW (NRF)

„He Licht“, KBW erfindet Linksrutsch in Israel Zum Sültar, „Streik“ des KBW (Lewerbrief und Kommentar)

Das letzte vom KBW: Völlig auf den Hund gekommen

DKP-Schüler! Notizen zur Chile-Kampagne des KB in Hamburg

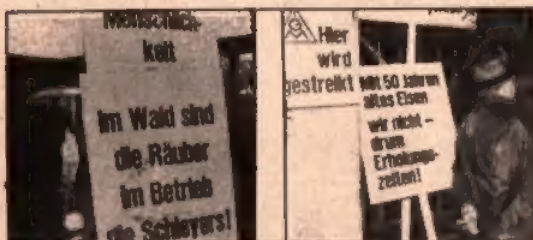
Probleme des Marxismus-Leninismus Zur Außenpolitik der VR China, Teil 2

Bürgerliche Militär-Politik Doppelte Buchführung, die Rüstungsausgaben der BRD

Kapitalistische Stadt-Sanierung Hamburg: Kapitalistische „Sanierung“ in Otten-

Schulpolitik Gibt die Schulbehörde nach, Hamburger Eltern kämpfen gegen Lehrer-Mangel

Redaktionelle Anmerkung



Den Arbeitern war es ernst mit ihrem Streik – aber nur wenige wurden einbezogen.

76 (!) festgelegt, während für die „Akkordabsicherung“ gar eine Laufzeit bis 1979 (!) vereinbart ist. Die Forderung nach Verbot von Arbeitstaken unter 1,5 Minuten am Band wurde fallengelassen. Stattdessen wurde vereinbart, bestehende Taktzeiten nicht zu verkürzen. „Nebenbei“ haben Kapitalisten und Gewerkschaftsführer dazu auch noch schnell Regelungen aus dem gesamten Manteltarifver-

beizubehalten.

Diese Möglichkeit haben sie durch eine individuelle Mindestverdienstabsicherung eingeschränkt (allerdings keineswegs aufgehoben).

So steht denn im neuen Lohnrahmen II auch ausdrücklich: Akkordlohnabsicherung im Betriebsdurchschnitt.

Was bedeutet das konkret? Nehmen wir ein einfaches Beispiel: Ein Betrieb mit zwei Akkordarbeitern